

Rechtsstaat Mexiko?

México: ¿Estado de Derecho?

Internationale Tagung der
**Deutschen Menschenrechts-
koordination Mexiko**

in Kooperation mit der
Heinrich-Böll-Stiftung

30.11.12 – 2.12.12 / Berlin



Tagungsdokumentation

Deutsche
Menschenrechtskoordination
Mexiko 

Diese Dokumentation gibt ausschließlich Ausführungen von Referentinnen und Referenten sowie Tagungsteilnehmerinnen und Tagungsteilnehmern wieder.

Alle Rechte an den Beiträgen liegen bei den Autorinnen und Autoren.

Februar 2013

© Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko /
Coordinación Alemana por los Derechos
Humanos en México

Blumenstraße 19
70182 Stuttgart
Deutschland

Tel. 0049-(0)711-57 64 68 79

Fax: 0049-(0)711 24 83 97 22

mexmrkoordination@gmx.de
www.mexiko-koordination.de

Inhalt

1. Einleitung – Rechtsstaat Mexiko?	5
2. Chancen des Rechtsstaates gegen Gewalt	5
3. Alternativen zum Sicherheits-abkommen zwischen Deutschland und Mexiko	7
4. Der ökonomische Zugriff der Kartelle auf die Ressourcen – Ausmaß und Auswege	10
5. Antworten und Grenzen der Menschenrechtsarbeit in Mexiko angesichts der Eskalation von Gewalt und einer Vielzahl von „Gewaltakteuren“	11
6. Foren	12
Forum I: Auswirkungen von Militarisierung	12
Forum II: Instrumentalisierung des Drogenkrieges	15
Forum III: Stärkung der Judikative als Alternative?	18
Forum IV: Waffenexporte und Sicherheitsabkommen	20
7. Mafiokratie und Rechtsstaat	23
8. Anhänge:	26
Darstellung der Referent_innen und Organisationen	26
Programm der Tagung	30
Selbstverständnis der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko	31

Contenido

1. Introducción: México - ¿Estado de Derecho?	33
2. Las posibilidades del Estado de derecho contra la violencia	33
3. Alternativas al convenio bilateral en materia de seguridad entre Alemania y México	35
4. La toma económica de los cárteles sobre los recursos mexicanos — dimensiones y salidas	38
5. Respuestas limitadas al trabajo por los derechos humanos en México ante la escalada de la violencia y diversos „actores de la violencia“	39
6. Foros	40
Foro I: Impactos de la militarización	40
Foro II: La instrumentalización de la „guerra contra el narcotráfico“	43
Foro III: ¿Fortalecimiento del poder judicial como alternativa?	45
Foro IV: Exportación de armas y convenio en materia de seguridad	48
7. „Mafiacracia“ y Estado de derecho	50
8. Anexos:	53
L@s ponentes y sus organizaciones	53
Programa de la Conferencia	58
La Coordinación Alemana por Derechos Humanos en México	59

1. Einleitung – Rechtsstaat Mexiko?

Mexiko gilt als aufstrebendes, wirtschaftlich starkes Schwellenland. Für die Europäische Union (EU) – allen voran für Deutschland – ist Mexiko von besonderer Bedeutung, insbesondere in den Bereichen wirtschaftliche Partnerschaft sowie politische Koordination und Zusammenarbeit. Jährliche Wachstumsraten der deutschen Exporte nach Mexiko von durchschnittlich zwölf Prozent unterstreichen die wirtschaftliche Dimension der Beziehungen. Zugleich hebt die Bundesregierung das „gemeinsame Werteverständnis“ von Deutschland und Mexiko bezüglich Demokratie und Menschenrechten sowie Rechtsstaatlichkeit hervor. Die mexikanische Außenpolitik hat es zwar geschafft, ein positives Außenbild in Menschenrechtsfragen aufzubauen, doch in der Realität hat Mexiko heute große und häufig chronische Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit. Immer wieder berichten Beobachter von systematischen Menschenrechtsverletzungen.

Im „Krieg gegen das Organisierte Verbrechen“, den der soeben aus dem Amt geschiedene Präsident Felipe Calderón im Jahr 2006 begonnen hatte, wurden über 60.000 Menschen getötet, Tendenz steigend. Die deutschen Medien berichten allerdings wenig über die Hintergründe dieser Gewalt und noch weniger über die Rolle, die die über 60.000 Soldaten dabei spielen, die inzwischen innerstaatlich eingesetzt werden und polizeiliche Aufgaben übernehmen. Tatsächlich hat dieser militärische Einsatz dazu geführt, dass sowohl Fälle von Folter als auch illegale Festnahmen deutlich zugenommen haben. Teilen des Militärs und der Polizei wird vorgeworfen, mitverantwortlich für außergerichtliche Hinrichtungen und für das Verschwindenlassen von Personen zu sein. Die minimale Aufklärungsquote und die hohe Straflosigkeit verweisen auf gravierende rechtsstaatliche Mängel.

Am 1. Juli fanden die Präsidentschaftswahlen in Mexiko statt. Der neue Präsident Enrique Peña Nieto trat sein Amt am 1. Dezember 2012 an. Auf der Tagung „Rechtsstaat Mexiko?“, die vom 30.11. – 2.12.2013 in Berlin stattfand, setzten sich die Teilnehmer_innen in diesem Zusammenhang mit folgenden Fragen auseinander: Wie lässt sich die Militarisierungsstrategie der Jahre 2006 bis 2012 beurteilen? Welche gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Alternativen gibt es zu diesem Trend? Wie können Demokratie und Rechtsstaat gestärkt werden? Die Tagung suchte nach Antworten, wie auch Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen auf die Gewaltsituation reagieren können.

An der dreitägigen internationalen Tagung nahmen zahlreiche Referent_innen aus Mexiko teil. Sie knüpfte an die langjährige Tradition des Netzwerks „Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko“ an, in regelmäßigen Abständen Tagungen zu ausgewählten Menschenrechtsthemen in Bezug auf Mexiko zu veranstalten und verstand sich als Plattform für die Vernetzung und den Austausch von Fachpublikum und Interessierten.

2. Chancen des Rechtsstaates gegen Gewalt

In seinem Einstiegsvortrag illustrierte [José Raúl Vera](#), Bischof von Saltillo im mexikanischen Bundesstaat Coahuila, die aktuelle Situation in Mexiko exemplarisch anhand von „drei Tragödien“, mit denen er durch seine Arbeit als Bischof und Menschenrechtsverteidiger stetig in Berührung ist und in Bezug auf die er starken Handlungsbedarf für die Zivilgesellschaft sowie für die neue mexikanische Regierung sieht.

Als erstes ging er konkret auf die schwierige Situation von Migrant_innen ein, die sich auf der Route durch Mexiko in Richtung USA befinden. Durch seine eigene Arbeit in der Migrant_innenherberge „Belén“ in Saltillo, die Migrant_innen temporär Unterkunft, Verpflegung und Schutz bietet, verfügt Bischof Raúl Vera über Eindrücke und Erfahrungen aus erster Hand. Er berichtete davon, wie Migrant_innen auf den

Dächern von Güterzügen reisen und dass sie dabei oftmals Opfer von verschiedenen Akteuren würden. Laut Berichten von Migrant_innen gebe es Fälle, in denen Wach- und Sicherheitskräfte der privaten Eisenbahnbetreibergesellschaften Migrant_innen von den fahrenden Zügen werfen. Viele verlören dabei ihr Leben oder würden schwer verletzt. Bewaffnete Jugendbanden und andere Akteure des organisierten Verbrechens überfielen regelmäßig die Migrant_innen während ihrer Reise, um sie auszurauben oder um sie zu entführen und Lösegeldforderungen zu stellen. Ihnen würden oft die Mobiltelefone abgenommen, um damit Familienangehörige aus den Herkunftsländern oder in den USA zu kontaktieren, die dann Summen von ca. 3.500 US-Dollar aufbringen müssten. Schätzungen zufolge fänden jährlich ca. 20.000 solcher Entführungen statt, die dem organisierten Verbrechen etwa 50 Millionen US-Dollar einbrächten, so Vera. Sofern sich die Migrant_innen weigerten oder über keine Kontaktdaten verfügten, seien sie häufig umgebracht worden. Vergewaltigungen und andere Übergriffe seien keine Seltenheit.

Vera betonte, der mexikanische Staat sei dazu verpflichtet, die Migrant_innen vor derartigen Gewalttaten zu schützen und damit ihr Menschenrecht auf Unversehrtheit zu garantieren. Dies gälte umso mehr, da Mexiko entsprechende internationale Abkommen zum Schutz der Menschenrechte unterzeichnet habe. Trotz der Schwere und der hohen Anzahl der beschriebenen Verbrechen käme der mexikanische Staat dieser Verpflichtung nicht nach und es herrsche nahezu vollständige Straflosigkeit für die Täter. Staatliche Sicherheitsorgane seien oftmals direkt in die Machenschaften des organisierten Verbrechens involviert, darunter sowohl bundesstaatliche als auch lokale Polizeieinheiten oder Regierungsvertreter/innen. Wenn Migrant_innen ihre Entführung bei der Polizei oder bei der Migrationsbehörde zur Anzeige brachten, seien sie nicht selten direkt danach getötet worden. Hier, so Vera, bestehe eine große Verantwortung und ein starker Handlungsbedarf für die neue mexikanische Bundesregierung, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen und derartige Missstände mit rechtsstaatlichen Mitteln zu unterbinden.

Seit einiger Zeit gebe es zwar ein Migrationsgesetz, das ein sechsmonatiges Visum für Migrant_innen vorsehe, für die Mexiko das Transitland in die USA sei. In der Praxis wären die Kriterien, um ein solches Visum zu erhalten allerdings nahezu unerfüllbar. So müssten umfassende Identitätsdokumente vorgelegt werden, ebenso wie ein Arbeitsvertrag in den USA und die Verfügung über vergleichsweise hohe finanzielle Mittel. Die meisten Migrant_innen hätten daher nach wie vor einen irregulären Status in Mexiko und seien entsprechend sehr viel verwundbarer gegenüber den bereits genannten Gefahren. Auch hier bestehe Handlungsbedarf seitens der neuen mexikanischen Regierung.

Laut Bischof Raúl Vera bieten lediglich die Migrant_innenhäuser und -herbergen Schutz, die ähnlich wie die bereits erwähnte Herberge „Belén“ in Saltillo arbeiten. Es existierten mehrere Herbergen entlang der wichtigsten Migrationsrouten durch Mexiko. Die zivilgesellschaftlichen Kräfte, die die Migrant_innenherbergen unterhalten, würden auch politisch für die Rechte der Migrant_innen eintreten. Dennoch seien hier die mexikanische wie auch die internationale Zivilgesellschaft als ganzes gefordert, in stärkerem Maße als bisher auf die mexikanische Regierung einzuwirken.

Die zweite „Tragödie“, auf die Bischof Vera einging, ist die Lage der Bergarbeiter im Kohlebergbau. Vera schilderte einen Fall aus dem Bundesstaat Coahuila. Dabei betonte er die extrem gefährlichen Arbeitsbedingungen im Bergbau und das völlige Versagen des Krisenmanagements bei einem Minenunglück im Jahre 2006. Die eingesetzte Technologie sei veraltet und entspräche offenbar in nahezu keinem aktiven Kohlestollen den gesetzlichen Normen. Die Kohlearbeiter würden einzeln in die Tiefe hinuntergelassen, wo sie in Stollen mit lediglich 60 cm bis 1 Meter Höhe arbei-

teten. Evakuierungswege bestünden nicht. Ansätze der Behörden, derartige Stollen zu schließen, seien letztendlich nicht umgesetzt worden. Im Februar 2006 sei in Coahuila dann ein Grubenunglück geschehen, bei dem mehrere Bergleute verschüttet wurden. Erst fünf Tage danach wären die Verantwortlichen der Unternehmen und Expert_innen an der Unglücksstelle eingetroffen. Sie erklärten kurzerhand alle denkbaren Rettungsmaßnahmen für zu gefährlich, was sich später als falsch herausstellte. Die Leichen der verschütteten Bergleute seien auch später nicht geborgen worden.

Bischof Vera sah es als Notwendigkeit an, dass sich die Bergarbeiterschaft sowie die Zivilgesellschaft im allgemeinen sehr viel stärker als bisher gegen derartige Missstände organisierten und so geschlossen Druck auf die entsprechenden Unternehmen und die Regierung ausübten, damit diese ihren Sorgfaltspflichten und ihrer Verantwortung nachkommen.

Die dritte „Tragödie“, von der Bischof Vera sprach, ist der sogenannte „Drogenkrieg“ im Allgemeinen, der 2006 unter Präsident Calderón begann und bisher um die 60.000 Todesopfer forderte. Vera kritisierte vor allem die ungesetzliche Vorgehensweise der Streitkräfte, die zum Teil schwere Menschenrechtsverletzungen wie extra-legale Hinrichtungen und Folter beinhalten würden. Derartige Vergehen blieben meist ungeahndet. In der Regel finde noch nicht einmal eine Strafverfolgung statt. Ermittelt werde im Rahmen dessen, was allgemein der „Drogenkrieg“ genannt wird.

Vera kritisierte ferner den offenbar laxen Umgang der Staatsanwaltschaft mit einem mutmaßlichen Fall von massiver Geldwäsche für das organisierte Verbrechen seitens der Bank HSBC mit einem geschätzten Umfang von ca. sieben Milliarden US-Dollar. Offiziell sei nur eine Summe von 360 Millionen mexikanischen Pesos ermittelt worden. HSBC wäre daraufhin zu einer harmlosen Geldstrafe verurteilt worden, und ins Gefängnis sei niemand gekommen.

Vera betonte weiterhin, dass der kürzlich aus dem Amt geschiedene Präsident Felipe Calderón stets jegliche Verantwortung für Verbrechen und Unregelmäßigkeiten von sich gewiesen habe die durch staatliche Organe im Rahmen des sogenannten „Drogenkrieges“ begangen worden seien.

Vera verwies auf die Notwendigkeit eines entschlossenen Vorgehens der nationalen wie internationalen Zivilgesellschaft, um insbesondere auch von der neuen mexikanischen Bundesregierung die Einhaltung des rechtsstaatlichen Rahmens und ein Ende der Gewalteskalation einzufordern.

3. Alternativen zum Sicherheitsabkommen zwischen Deutschland und Mexiko

Thema der Podiumsdiskussion war das bereits seit 2010 geplante Sicherheitsabkommen zwischen Deutschland und Mexiko. Es soll vor allem die polizeiliche Kooperation und Beratung im Bereich der Bekämpfung des „organisierten Verbrechens“ beinhalten. Aufgrund der vielen Menschenrechtsverletzungen die von den mexikanischen Sicherheitsorganen ausgehen und aufgrund der engen Verflechtung zwischen Sicherheitsorganen und dem organisierten Verbrechen, gibt es massive Vorbehalte und Bedenken vieler zivilgesellschaftliche Gruppen in beiden Ländern in Bezug auf eine derartige Kooperation. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem geplanten Abkommen durchzog auch die Debatte während der Podiumsdiskussion. Einerseits wurde argumentiert, durch eine Unterstützung Mexikos beim Aufbau einer an rechtsstaatlichen Prinzipien orientierten Polizei könne das Fundament des vergleichsweise jungen Demokratisierungsprozesses gestärkt und ein Beitrag zur effektiven Bekämpfung des organisierten Verbrechens geleistet werden. Hiergegen wurde von vielen Seiten massive Kritik geäußert und argumentiert, die Sicherheitskräfte seien ein Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Mit einer Unterstützung des mexikanischen Sicherheitsapparates im Sinne der geplanten bilateralen Kooperation bestünde die Gefahr, staatliche Übergriffe auf die Zivilbevölkerung indirekt zu befördern und einer weiteren Gewalteskalation Vorschub zu leisten. Anstelle eines Sicherheitsabkommens wurde in diesem Zusammenhang eine Politik gefordert, die die mexikanische Zivilgesellschaft unterstützt und zugleich die mexikanische Regierung unter Druck setzt, die Menschenrechte einzuhalten, eine echte Demokratisierung zuzulassen und die sozialen Ursachen des organisierten Verbrechens wie die massive Armut, die mangelnde Bildung und die extreme soziale Ungleichheit zu bekämpfen.

Sven Berger, Leiter des Referats für „schwere und organisierte Kriminalität“ im deutschen Bundesministerium des Innern, vertrat die erstgenannte Argumentationslinie. Er führte aus, dass das geplante Abkommen vor allem der Verbesserung der Zusammenarbeit bei schwerer und organisierter Kriminalität, Drogenhandel, Menschenhandel und Terrorismus dienen sollte. Die Initiative für die entsprechenden Verträge sei von Mexiko ausgegangen, und eine Unterzeichnung sei für 2014 zu erwarten. Vertragspartner in Mexiko wäre die dortige Generalstaatsanwaltschaft. Eine Kooperation sei vor allem mit dem Bundeskriminalamt und mit der deutschen Bundespolizei denkbar. Möglich seien Maßnahmen der Ausbildungshilfe für mexikanische Polizei-

einheiten sowie Lehrgänge bei der Tatortarbeit und Fortbildungen für Kommissionen. Es gehe also um Know-how-Vermittlung und nicht etwa um finanzielle Unterstützung oder gar um Waffen- und Ausrüstungslieferungen. Den Einwand aus dem Publikum, es habe seitens der deutschen Privatwirtschaft mutmaßlich illegale Waffenexporte gegeben, bestätigte Berger, betonte aber gleichzeitig, dass gegen die Verantwortlichen ein Strafverfahren eingeleitet worden sei und dass dieser Fall nicht im Kontext mit dem geplanten Abkommen gesehen werden könne. Berger hob hervor, dass für die deutsche Seite eher eine beratende und vermittelnde Funktion vorgesehen sei, die praktische Durchführung liege dann bei der mexikanischen Seite.

Berger betonte ferner, dass die momentane Polizeistruktur in Mexiko auch in quantitativer und organisatorischer Sicht der extrem problematischen Sicherheitslage wohl nicht gewachsen sei. Als Beispiele führte er die geringe Größe der mexikanischen Bundespolizei von lediglich 30.000 Polizisten an sowie die Überforderung und Schwäche kleiner kommunaler Polizeieinheiten. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, mit Hilfe des geplanten Sicherheitsabkommens einen Beitrag zu leisten, damit sich die mexikanische Polizei wandeln könne. Ohne eine Arbeit mit der bestehenden mexikanischen Polizei könne er sich keine Lösung der Probleme vorstellen, da der Aufbau einer gänzlich neuen Polizei unrealistisch sei und da es ohne Polizei letztlich weder einen Rechtsstaat noch eine öffentliche Sicherheit geben könne. Sicherheit, so Berger, sei wiederum eine zentrale Grundlage jeglicher sozialen Entwicklung.

Berger sah in der deutschen Polizei einen äußerst geeigneten Kooperationspartner und Berater für die mexikanische Seite, da sie zumindest im internationalen Vergleich eine sehr rechtsstaatskonforme, „zivile“ und professionelle Aktionsweise aufzuweisen hätte.

Zur Frage nach dem demokratischen Charakter des mexikanischen Staates verwies Berger auf entsprechende Expertengespräche die mit dem Auswärtigen Amt geführt worden seien. Diesen zufolge sei Mexiko zwar eine noch junge und noch im Aufbau begriffene Demokratie, aber eben doch eine Demokratie, wenngleich sie in der Tat noch einige rechtsstaatliche Mängel aufweise. Die Bundesregierung sei daher und auch aufgrund der besonders intensiven und langjährigen Beziehung beider Länder der Ansicht, die mexikanische Regierung sei ein geeigneter Kooperationspartner. Hinsichtlich der Frage nach Folter, verübt durch mexikanische Polizei erklärte Berger, ihm lägen diesbezüglich keinerlei Informationen vor.

Bezüglich der Frage ob in dem geplanten Sicherheitsabkommen Menschenrechtsklauseln und entsprechende Kontrollmechanismen für diese vorgesehen seien, antwortete Berger, es gäbe einen Katalog mit derartigen Klauseln, diese

seien allerdings sehr allgemein formuliert. So müssten z.B. die Todesstrafe oder ihre Androhung ausgeschlossen sein, was in Mexiko bereits durch das innerstaatliche Recht gewährleistet sei. Als Beispiel für einen Kontrollmechanismus führte Berger das Recht parlamentarischer Oppositionsfraktionen an, entsprechende Anfragen hinsichtlich des Sicherheitsabkommens und seiner praktischen Umsetzung zu stellen. Die Bundesregierung sei dann verpflichtet wahrheitsgemäß zu antworten. Allgemeine und regelmäßige Berichtspflichten wie beispielsweise bei militärischen Auslandseinsätzen gebe es dagegen nicht.

Für [Carlos Fazio](#), Journalist und Professor der Sozialwissenschaften an der UNAM und der UCAM steht fest, dass aktuell von Mexiko nicht von einer wie auch immer gearteten Demokratie gesprochen werden kann. Für ihn handelt es sich derzeit in Mexiko um einen kriminell stark unterwanderten und unabhängig davon zugleich um einen terroristischen Staat, mit dem sich eine Sicherheitskooperation wie sie die deutsche Bundesregierung plant, kategorisch verbiete.

Fazio führte aus, dass bereits ab dem Ende der 1990er Jahre eine zunehmende Verquickung zwischen staatlichen Akteuren, insbesondere zwischen der damals noch regierenden PRI, dem Bankensektor und dem organisierten Verbrechen erkennbar gewesen sei. Diese Entwicklung habe sich bis heute fortgesetzt und noch verstärkt. Im Privatsektor existierten heute legale und illegale Aktivitäten neben- und miteinander. So würden in „legalen“ Unternehmen und Banken im großen Stil Gelder gewaschen, die aus der illegalen Wirtschaft des organisierten Verbrechens stammten. Verschiedene Ebenen und Akteure des Staats seien daran beteiligt und darin verwickelt. Fazio sprach daher auch von einem „verbrecherischen Staat“.

Zugleich betonte er, dass der mexikanische Staat auch unabhängig von der Problematik des organisierten Verbrechens seit Jahren eine terroristische Politik gegenüber der Bevölkerung betreibt, welche vergleichbar sei mit der lateinamerikanischen Militärdiktaturen in den 1970er Jahren. In der als „Drogenkrieg“ deklarierten Offensive der Regierung sah Fazio in erster Linie einen Vorwand, um eine Militarisierung, die in den 1990er Jahren im Bundesstaat Chiapas zum Zwecke der Aufstandsbekämpfung begonnen wurde, auf das ganze Land auszudehnen. Ziel sei vor allem die militärische Kontrolle der Bevölkerung und insbesondere die Option einer effektiven Bekämpfung sozialer Protestbewegungen. Fazio verwies dabei auf Fälle von massiven Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung, wie Folter, Verschwindenlassen und extra-legalen Hinrichtungen, die durch die Streit- und Sicherheitskräfte verübt würden und die in aller Regel ungeahndet blieben. Auch nannte er jüngere Beispiele von Einsätzen des Militärs gegen streikende Minenarbeiter_innen. Hintergrund, so Fazio sei die enge Verbundenheit der regierenden mexikanischen

Parteiliten mit dem nationalen und internationalen Kapital. Es gehe vor allem um die Kontrolle von und um den Zugang zu Territorien und Rohstoffen für die genannten Kapitalen. Die landesweite Militarisierung stelle einen Quasi-Bürgerkrieg gegen eine sich zunehmend in ökologischen, gewerkschaftlichen und dabei oft basisdemokratischen und anti-staatlichen Bewegungen mobilisierende Bevölkerung dar, die ihre Territorien und ihre Rechte gegen den Zugriff des Kapitals zu verteidigen suche.

Für Fazio bedarf es zuvorderst einer grundlegenden Transformation des Staates, um die terroristische Politik gegen die Bevölkerung zu beenden und den Einfluss des organisierten Verbrechens in den staatlichen Institutionen zurückzudrängen. Er warnte vor internationalen Sicherheitskooperationen mit einem mexikanischen Staat, der eine solche Transformation nicht durchlaufen habe. Derartige Kooperationen unterstützen letztlich den Staatsterror sowie die Gewalteskalation in Mexiko. In diesem Zusammenhang verurteilte er unter anderem die sogenannte Mérida-Initiative, die eine Sicherheitskooperation zwischen Mexiko und den USA beinhaltet. Von dieser Initiative sowie von der neuen mexikanischen Regierung unter Peña Nieto befürchtete Fazio eine Entwicklung nach kolumbianischem Muster im Sinne einer weiteren Paramilitarisierung und einer weiterhin fehlenden Rechtsstaatlichkeit bezogen auf das Handeln der staatlichen Sicherheitsorgane.

Anstelle eines Sicherheitsabkommens solle Deutschland in seinen diplomatischen Beziehungen mit Mexiko die Einhaltung der Menschenrechte in den Fokus rücken und die mexikanische Regierung entsprechend unter Druck setzen.

[David Bermúdez Jiménez](#), Direktor der mexikanischen Nichtregierungsorganisation Serapaz kritisierte ebenfalls in starkem Maße die Politik der Regierung Calderón. Insbesondere der Einsatz des Militärs zum Zwecke der öffentlichen Sicherheit sowie die Schaffung einer Bundespolizei, bestehend aus ehemaligen Angehörigen von Heer und Marine, seien die falsche Reaktion auf die Aktivität des organisierten Verbrechens in Mexiko und habe schlimme Folgen für das Land. Bermúdez Jiménez betonte, dass in vielen Teilen Mexikos quasi ein Kriegszustand herrsche, und dass sowohl das Militär als auch die Bundespolizei für schwere Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Mord, willkürliche Verhaftungen, unverhältnismäßige Gewaltanwendung und fingierte Anschuldigungen verantwortlich seien. Darüber hinaus gebe es in beiden Sicherheitsorganen Verbindungen zum Organisierten Verbrechen. In manchen Regionen habe die entsprechende kriminelle Aktivität nach einem in Erscheinungtreten der Bundespolizei sogar noch zugenommen, was Bermúdez Jiménez auf eine besonders enge Komplizenschaft zwischen Polizei und dem Organisierten Verbrechen zurückführt. Als Beispiel nannte einen Fall aus Ciudad Juárez, in dem Polizeieinheiten vermutlich selbst

direkt an einer Entführung mit anschließender Lösegelderpressung beteiligt gewesen seien.

Auf die Frage, ob er Mexiko prinzipiell für einen Rechtsstaat halte, antwortete Bermúdez Jiménez mit einem klaren „Nein“. Mexiko sei ein Staat, der aktiv die Menschenrechte verletze und dessen Politik sich nicht zuletzt zugunsten der Interessen des internationalen Kapitals gegen die überwiegende Mehrheit der eigenen Bevölkerung richte.

Als Folge seiner Einschätzungen über den momentanen Charakter des mexikanischen Staates und seiner Sicherheitskräfte lehnte Bermúdez Jiménez das geplante Sicherheitsabkommen zwischen Deutschland und Mexiko entschieden ab. Dieselbe Meinung vertrat er gegenüber bilateralen Wirtschaftsabkommen. Staaten, die derartige Kooperationen mit Mexiko eingingen, so Bermúdez Jiménez, machten sich schlicht zu Komplizen. Er erwähnte auch, dass es bereits eine sehr lange Tradition gebe, mexikanische Militärs in den USA ausbilden zu lassen. Diese Art der Sicherheitskooperation habe aber offenbar nicht zu einer rechtsstaatlicheren Handlungsweise der Sicherheitskräfte geführt.

An Stelle von Sicherheitsabkommen müsse seitens anderer Staaten wie Deutschland Druck auf die mexikanische Regierung ausgeübt werden, internationale Menschenrechtsstandards einzuhalten und eine Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten, die auch die konsequente Strafverfolgung der Verbrechen von Sicherheitskräften beinhalte.

Abschließend führte Bermúdez Jiménez einige konkrete Schritte an, mit denen der aktuellen Gewaltsituation in Mexiko begegnet und ihr zumindest teilweise Einhalt geboten werden könnte. So müsse das Militär einer zivilen Gerichtsbarkeit unterstellt werden, die befugt sei, öffentliche Prozesse zu führen. Nur so könne der systematischen Anwendung von Folter durch das Militär ein Ende gesetzt werden. Darüber hinaus solle die Ausbildung staatlicher Sicherheitskräfte durch zivile Institutionen erfolgen. Die Gesetze müssten internationalen Standards angepasst und anschließend auch de facto zur Anwendung gebracht werden. Schließlich müsse sich auch die mexikanische Zivilgesellschaft noch besser organisieren, um den Druck auf die Regierung zu erhöhen, die Menschenrechte einzuhalten, Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Beteiligung zuzulassen und eine Demokratisierung des Staates zu betreiben.

Ska Keller, Mitglied des Europaparlaments (die Grünen), berichtete von einer Delegationsreise mehrerer Parlamentarier_innen nach Mexiko im Oktober 2012, bei der sie den Eindruck einer Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Mexiko gewann. Die Delegation sei während ihres Mexikoaufenthalts immer wieder von NGOs und Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen nach ihren Einflussmöglichkeiten auf die internationalen Beziehungen zwischen der EU

bzw. Deutschland und Mexiko gefragt worden, hinsichtlich einer stärkeren Fokussierung derselben auf die Einhaltung der Menschenrechte. Keller betonte, dass der Handlungsspielraum von EU-Abgeordneten in diesem Zusammenhang nicht sehr groß sei, dass es aber durchaus einige wenige Einflussmöglichkeiten gebe. So bedürften internationale Verträge und Abkommen einer Ratifikation durch das Parlament, wo Menschenrechtsklauseln eingefügt werden könnten. Leider, so Keller, sei „Papier oft geduldig“ und die beschlossenen Klauseln hätten in der Praxis wenig bis keine Relevanz.

Keller ging auch auf den politischen Dialog zwischen der EU und Mexiko ein, in den die Zivilgesellschaft miteinbezogen worden sei. Von den Vorschlägen der Zivilgesellschaft in dem Dialogprozess sei jedoch kein einziger umgesetzt worden. Weiter betonte sie, dass bei derartigen Dialogen in der Regel die Liberalisierung von Märkten und ökonomische Interessen im Vordergrund stünden und nicht die Einhaltung der Menschenrechte. Keller trat in diesem Zusammenhang für eine Neuauflage des Globalvertrages zwischen Deutschland und Mexiko unter Einbeziehung eines Kapitels zu Nachhaltigkeit und zu Menschenrechten ein.

Als positives Beispiel einer internationalen Kooperation nannte sie ein Abkommen mit Kolumbien, das den Bananenhandel regelt und das über entsprechende Schutzklauseln verfüge sowie eine Berichtspflicht in Bezug auf die Einhaltung ökologischer und menschenrechtlicher Mindeststandards beinhalte. Ähnliche Instrumente sollten auch in die Beziehungen mit Mexiko Eingang finden.

Weiter sprach sich Keller für eine Thematisierung von Menschenrechtsfragen im Handelsausschuss aus sowie für die Einrichtung von entsprechenden Monitoringgruppen für alle Länder mit denen die EU Handelsabkommen geschlossen hat. Gleichzeitig sollte auch Mexiko die Verantwortungsübernahme der EU in Fällen einfordern, in denen europäische Unternehmen und Investor_innen zur Verletzung von Menschenrechten in Mexiko beitragen. Hier verwies Keller auf entsprechende Fälle im Zusammenhang mit Windpark- und Bergbauprojekten im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca.

Abschließend sprach sich Keller insgesamt dafür aus, die Stärkung von Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte ins Zentrum der Außenpolitik zu stellen und sie an diese Prinzipien zu koppeln.

Aus dem Publikum wurde unter anderem angemahnt, Deutschland solle legale und illegale Waffenexporte nach Mexiko unterbinden, anstatt Sicherheitsabkommen mit der mexikanischen Regierung zu schließen, deren mangelnder demokratischer Charakter wissenschaftlich mehrfach belegt sei. Zudem wurde angemerkt, dass es auch in Deutschland Menschenrechtsverletzungen seitens der Polizei gebe,

und dass diese daher keinen geeigneten Kooperationspartner für die Know-how-Vermittlung im Bereich Rechtsstaatlichkeit abgebe.

4. Der ökonomische Zugriff der Kartelle auf die Ressourcen – Ausmaß und Auswege

Die Journalistin und Schriftstellerin [Ana Lilia Pérez](#) berichtete in ihrem Beitrag über ihre investigative Arbeit zur organisierten Kriminalität in Mexiko und über die Einschätzungen, die sie daraus gewonnen hat.

Eine ihrer Kernthesen bestand darin, dass die mexikanischen Mafia-Kartelle trotz des bereits sechs Jahre andauernden sogenannten „Drogenkrieges“ der Regierung Calderón ihren Reichtum und ihre Macht stark ausbauen konnten. So seien die fünf mexikanischen Kartelle heute die größten der Welt. Die EU-Behörden sähen das Sinaloa-Kartell als den gefährlichsten Akteur organisierter Kriminalität überhaupt an. Seine wichtigste Führungsfigur, „Chapo Guzmán“ werde auf der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt geführt. Pérez erklärte diesen ökonomischen Erfolg der Kartelle mit einer fortschreitenden Internationalisierung und Ausdifferenzierung ihrer Tätigkeit. So seien sie heute in 50 Staaten und in 22 teils illegalen, teils legalen Geschäftsfeldern aktiv. Neben Drogenhandel, Prostitution, Schutzgelderpressung, Entführungen und Menschenhandel verdienten die Kartelle heute z.B. sehr stark am Schmuggel von Kohlenwasserstoffen. Laut Pérez werde dieser durch eine Unterwanderung des staatlichen mexikanischen Erdölkonzerns PEMEX seitens der Kartelle ermöglicht. Darüber hinaus sei das organisierte Verbrechen heute an vielen Unternehmen der formellen Ökonomie beteiligt und unter anderem in den Handel mit Erzen und landwirtschaftlichen Produkten involviert. Die Geldwäsche der mexikanischen Mafia-Kartelle finde heute auf der ganzen Welt statt, auch in starkem Maße in der EU.

Jeder und jede könne damit heute, ohne es zu wissen, zu einem Kunden des organisierten Verbrechens werden. Ihrer Ansicht nach wäre die beschriebene ökonomische Ausdifferenzierung und Internationalisierung der Kartelle undenkbar ohne eine Komplizenschaft seitens staatlicher Behörden und großer Unternehmen.

Als Beispiel führte Pérez den Verkauf von 200 gestohlenen Tanklastwagen in die USA an, der von legalen Unternehmen und unter der mutmaßlichen Mitwirkung mexikanischer und US-amerikanischer Zollmitarbeiter_innen abgewickelt wurde.

Des Weiteren übte sie starke Kritik an der Strategie der Regierung Calderón, das organisierte Verbrechen zu bekämpfen. Zwar hätten die staatlichen Sicherheitskräfte die beste Ausbildung erfahren und seien gut ausgerüstet worden, dies habe aber nichts an ihrer Korruption und Verstrickung mit dem organisierten Verbrechen geändert. Aufgrund dieser oft starken personellen Überschneidungen zwischen den Sicherheitskräften und der Organisierten Kriminalität habe der Staat mit diesen Ausbildungsprogrammen quasi Teile der Mafia selbst ausgebildet. Pérez bemängelte die geringfügige Ahndung von Fällen der Geldwäsche. Wenn überhaupt, so handele es sich dabei meist um Geldstrafen, und auch diese fielen in der Regel viel zu gering aus. Auch hierin sieht Pérez eine indirekte Komplizenschaft durch den Staat. An den aktuellen Gesetzesreformen zum Thema Geldwäsche kritisierte Pérez, dass sie sehr spät kämen, da sich die Kartelle hätten sich bereits ökonomisch konsolidiert hätten. Darüber hinaus sei es gängige Praxis, dass bereits gefangene und verurteilte Führungsfiguren der Mafia-Kartelle ihre Geschäfte problemlos aus den Gefängnissen heraus weiterführen könnten. Ferner, betonte Pérez, habe Mexiko im Bereich Korruptionsbekämpfung internationale Abkommen unterzeichnet und verfüge im Grunde auch über gute Anti-Korruptionsgesetze. Diese würden jedoch unzureichend implementiert.

In Bezug auf ihre Arbeit als investigative Journalistin in Mexiko berichtete Pérez, dass sie bereits mehrfach massive Drohungen erhalten habe und dass sie gezwungen war, das Land zu verlassen. Dennoch führe sie ihre Arbeit fort, da es für alle mexikanischen Bürger an der Zeit sei, die Resignation zu überwinden und Verantwortung für das Land zu übernehmen sowie sich für Veränderungen einzusetzen. Als Journalistin, so Pérez, erhalte sie Informationen über hohe Regierungsbeamte_innen ebenso wie über das organisierte Verbrechen. Die Veröffentlichung dieser Informationen sei sehr wichtig, da eine aktive Zivilgesellschaft durch diese Argumente an die Hand bekäme, mit Hilfe derer Forderungen an die Regierung gestellt und eigene Strategien entwickelt werden könnten.

Neben dem aktiven Engagement der Zivilgesellschaft sah Pérez unter anderem in der Schaffung von Mechanismen zur Kontrolle der Geldwäsche auf internationaler Ebene einen weiteren wichtigen Schritt hin zu einem Ausweg aus dem aktuellen Gewaltkontext in Mexiko.

5. Antworten und Grenzen der Menschenrechtsarbeit in Mexiko angesichts der Eskalation von Gewalt und einer Vielzahl von „Gewaltakteuren“

Agnieszka Raczynska vom Netzwerk „Todos los Derechos para Todos y Todas“ führte aus, dass die Regierungszeit von Calderón von einem Mangel an Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft geprägt gewesen sei. Verglichen mit der Vorgängerregierung unter Vicente Fox seien die Möglichkeiten, Vorschläge und Kritik gegenüber der staatlichen Politik vorzutragen und sich an Gesetzesvorschlägen zu beteiligen, nur sehr eingeschränkt gewesen. Ab 2008 sei die Arbeit von Menschenrechtsaktivist_innen zunehmend beeinträchtigt und kriminalisiert worden. In vielen Fällen konnten Menschenrechtsverletzungen nicht zur Anklage gebracht werden. Das Netzwerk „Todos los Derechos para Todos y Todas“ habe seit 2010 insgesamt 56 Fälle von schweren Menschenrechtsverletzungen gegenüber Aktivist_innen dokumentiert, so Raczynska.

Besonders bedroht seien Personen, die sich aktiv für die Verteidigung der Territorien ihrer Gemeinden gegen den Zugriff durch große, oft transnationale, Wirtschaftsunternehmen einsetzen. Oft sei es in den Gebieten und Regionen, in denen diese Aktivist_innen arbeiten, kaum möglich adäquate Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Die am häufigsten vorkommenden Aggressionen gegen Aktivist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen seien Todesdrohungen, gefolgt von Überwachungen, körperlichen Angriffen und Mordversuchen.

Raczynska stellte heraus, dass Chihuahua, Oaxaca und Guerrero aktuell die drei Bundesstaaten mit der höchsten Anzahl entsprechender Aggressionen gegen Menschenrechtsverteidiger_innen seien. Sie betonte, die Identifizierung der Täter werde zunehmend schwieriger. Eindeutig bleibe allerdings, dass die Polizei zahlenmäßig der zweitgrößte und die Armee der drittgrößte Aggressor sei. Raczynska fügte hinzu, dass es als Antwort seitens der Zivilgesellschaft heute eine stärkere Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Organisationen untereinander gebe. Diese sei hilfreich, um Erfahrungen und Informationen weiterzugeben. Mit dieser Vernetzung sei die Ungewissheit, wie ländliche soziale Bewegungen und städtische Organisationen zusammenarbeiten könnten, überwunden worden. Auch würden sich nun zunehmend Akademiker_innen an der Bereitstellung von Wissen für die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteure beteiligen. Die Zusammenarbeit unter den Organisationen ermögliche ein gemeinsames Vorgehen im Schutz von Aktivist_innen und anderen gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Raczynska betonte auch, es sei wichtig, diese Erfolge sichtbar zu machen, um dem Ziel der Gewalt-

welle gegen Journalist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen, diese zum Schweigen zu bringen, etwas entgegenzusetzen.

José Rosario Marroquín, Mitarbeiter des Menschenrechtszentrums Miguel Agustín Pro Juárez (Centro ProDH), betonte, dass die starke militärische Präsenz die Gesellschaft geißele und Folter seitens der Sicherheitskräfte systematisch zur Erpressung von Geständnissen genutzt werde. Als Beispiel nannte er den Fall Atenco, bei dem 2006 eine Vielzahl von Frauen sexuell misshandelt wurden, was der neu gewählte Präsident Peña Nieto in seiner damaligen Funktion als Gouverneur des Bundesstaates Estado de México politisch nach wie vor decke.

Marroquín stellte heraus, dass sich für die Verteidigung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte mit der soeben verabschiedeten Reform der Agrargesetzgebung gerade eine neue Grenze auftue. Das Ministerium für die Agrarreform werde abgeschafft und kollektive Landtitel bzw. Territorien, die sich bisher im unveräußerlichen Besitz von Agrargemeinschaften befanden, würden in Zukunft wie Privateigentum behandelt werden. Damit werde der Zugriff von Wirtschaftsunternehmen auf Gemeindeterritorien vereinfacht. Der Staat vererbe Konzessionen an die Konzerne, und diese könnten daraufhin mit den Mitgliedern einer Gemeinde oder einer Agrargenossenschaft über Gebietsveräußerungen verhandeln. Erfahrungsgemäß würden bei derartigen Prozessen Versprechungen gemacht, wie „Entwicklungsfortschritte“ und die „Schaffung von Arbeitsplätzen“. Für die Entscheidung, ob überhaupt einzelne Teile eines Gemeindeterritoriums veräußert werden sollen, sei schon eine einfache Mehrheit in der Gemeindeversammlung ausreichend und dies sogar, wenn nicht alle Stimmberechtigten anwesend sind, so Marroquín.

Als weiteres Problem im Zusammenhang mit dem Zugang zu natürlichen Ressourcen und wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten nannte Marroquín die schleichende Zulassung des Anbaus von genmanipuliertem Mais in Mexiko. Erst im November 2012 wurde seitens der Regierung ein Dokument veröffentlicht, das lediglich 30 bis 40 Orte in Mexiko ausweist, in denen explizit kein Genmais angebaut werden dürfe, da dort ursprüngliche Maissorten existierten. In allen anderen Regionen Mexikos werde ein entsprechender Anbau im Umkehrschluss prinzipiell möglich. In Tamaulipas und Sinaloa seien Firmen bereits Flächen zugewiesen worden. Marroquín betonte, dass viele Menschen in Mexiko seit Jahren gegen den Vormarsch von Lebensmittelkonzernen kämpften, deren Strategie es sei, Wälder zu roden, das Land durch Straßen zu zerstückeln und den Anbau von genmanipuliertem Mais zu betreiben. Er betonte weiter, dass das Menschenrechtszentrum ProDH diesen Menschen Instrumente an die Hand gebe, sich gegen die Konzerne zur Wehr zu setzen.

Vidulfo Rosales Sierra vom Menschenrechtszentrum Tlachinollan, sprach über die Situation in dem Bundesstaat Guerrero. In dieser sehr marginalisierten Region sei insbesondere die ländliche Bevölkerung Strukturproblemen ausgesetzt. Er erinnerte an den „Schmutzigen Krieg“, den die mexikanische Regierung in den 1970er Jahren unter anderem in Guerrero gegen Aufständische und gegen die Zivilbevölkerung führte, und betonte, dass es seit dieser Zeit politische Oppositionen in diesem Bundesstaat gebe, die sich für einen Zugang zum Gesundheitssystem, zu Wohnraum und für bessere Lebensmittelpreise einsetzten.

Insgesamt seien 70% der Fälle der in Folge der anhaltenden Repression und Militarisierung gewaltsam Verschwundenen in Guerrero dokumentiert worden. Vier Urteile des interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte bezögen sich auf Guerrero. Rosales Sierra betonte, dass in Mexiko keine Aufklärung dieser Menschenrechtsverletzungen stattgefunden habe. Bis heute habe sich die Situation in Guerrero nicht verbessert. Es käme immer wieder zu der gleichen Abfolge von Gewalt: Verschwindenlassen, Folter, Mord. Angesichts der daraus resultierenden Ausweglosigkeit könne man der Landbevölkerung in Guerrero die Option eines Aufstandes moralisch nicht absprechen. Zugleich, so Rosales Sierra, müsse die Arbeit der Zivilgesellschaft in Guerrero herausgestellt werden, die seit den 1970er Jahren viel zur Demokratisierung beigetragen habe, wenngleich zu dem sehr hohen Preis von vielen Toten in den eigenen Reihen.

Als konkrete Beispiele einer erfolgreichen Menschenrechtsarbeit nannte Rosales Sierra die Fälle von Inés Hernández Ortega und Valentina Rosendo Cantú. Sie waren im Jahr 2002 in Guerrero von Angehörigen des mexikanischen Militärs vergewaltigt worden und brachten ihre Fälle vor die internationalen Instanzen. Die Urteile des interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofs führten dazu, dass der mexikanische Staat seine Verantwortung für diese Menschenrechtsverletzungen anerkannte. Rosales Sierra betonte, diese Fälle hätten Standards geschaffen, die es ermöglichen Übergriffen durch das Militär juristisch zu begegnen und die Militärgerichtsbarkeit zumindest in Fällen von Menschenrechtsverletzungen einzuschränken.

Als konkrete Erfolge des Menschenrechtszentrums Tlachinollan nannte Rosales Sierra ferner die Verhinderung der Vertreibung von 90.000 Bauern und Bäuerinnen von ihrem Land sowie eine erfolgreiche Verfassungsklage, die 10.000 in entlegenen Bergregionen Guerreros lebenden Angehörigen der indigenen Bevölkerung den Zugang zum Gesundheitssystem ermöglicht hat.

In Bezug auf den Zustand des Rechtsstaates in Mexiko betonte Rosales Sierra, dass es zwar viele Gesetze und juristische Mechanismen gebe, es aber an deren Umsetzung und Anwendung scheitere und an Kontrollmechanismen

mangele. So sei beispielsweise eine Abberufung von Mandaten per Referendum vorgesehen, werde aber nie umgesetzt. Ähnliches gelte für Disziplinarmaßnahmen gegen Staatsbeamte.

Abschließend betonte Rosales Sierra noch einmal die Notwendigkeit einer stärkeren Solidarisierung zwischen den sozialen Bewegungen in Mexiko, die aktuell bereits in Ansätzen zu beobachten sei.

6. Foren

Forum I: Auswirkungen von Militarisierung

Agnieszka Raczynska, Geschäftsführerin des Menschenrechtsnetzwerks RedTDT, sprach in ihrem Einstiegsvortrag über Hintergründe und die Folgen der aktuellen Militarisierung in Mexiko. Sie betonte, dass es in der jüngeren mexikanischen Geschichte und in der Geschichte mancher Bundesstaaten immer wieder Phasen der Militarisierung gegeben habe. Militarisierung sei eine Strategie mit der oft nicht nur einzelne, sondern meist mehrere Motive gleichzeitig verfolgt würden. Man könne daher Militarisierung – auch die aktuelle – nicht ohne eine breite Analyse der politischen und ökonomischen Interessen in Mexiko verstehen. So müsse im Falle des sogenannten „Drogenkrieges“ mitgedacht werden, dass die damit verbundene Militarisierung direkt nach der Amtseinführung von Präsident Calderón im Jahr 2006 vollzogen wurde. Das hoch umstrittene Wahlergebnis lege den Schluss nahe, die militärische Offensive gegen das organisierte Verbrechen sei vor allem eine Legitimationsstrategie des neuen Präsidenten gewesen.

Dieser eingeschlagene Weg, die organisierte Kriminalität vorrangig mit militärischen Mitteln zu bekämpfen, habe verheerende Auswirkungen auf das Land gehabt. Zum einen habe dieses Vorgehen zum extremen Anstieg des Gewaltniveaus geführt, wodurch mittlerweile mehrere Zehntausend Tote zu beklagen seien. Darüber hinaus sei es zwischen 2007 und 2011 zu ca. 250.000 gewaltsamen Vertreibungen gekommen, ca. 30.000 Personen seien verschwunden, etwa 20.000 Kinder zu Waisen geworden. Zudem habe die Art und Weise des Vorgehens der Streit- und Sicherheitskräfte die individuellen Garantien und Freiheitsrechte der Bürgerinnen massiv beschädigt, da es in sehr vielen Fällen jeglicher rechtsstaatlicher Grundlage entbehre und allein dadurch bereits eine große Gefahr für die Bevölkerung darstelle. Raczynska beschrieb, dass laut verschiedener Menschenrechtsorganisationen im ganzen Land es regelmäßig und teils systematisch zu Fällen von Amtsmissbrauch und

einem exzessiven Einsatz von Gewalt seitens der Sicherheitskräfte käme. So stellten beispielsweise Straßensperren des Militärs ein hohes Risiko dar. In vielen Fällen sei an solchen bereits wegen Bagatellen das Feuer eröffnet worden. Fälle von Folter durch die Sicherheitskräfte seien seit 2006 um 500% gestiegen. Darüber hinaus gebe es viele extra-legale Hinrichtungen, gewaltsame Vertreibungen und das Verschwindenlassen von Personen, die das Militär zu verantworten habe. Dieses Panorama zeige sich auch in der erhöhten Anzahl an Empfehlungen seitens der nationalen Menschenrechtskommission an das Verteidigungsministerium. Die diesen Empfehlungen zugrunde liegende Anzahl der Beschwerden bezüglich schwerer, durch das Militär verübter, Menschenrechtsverletzungen sei von 182 im Jahr 2006 auf 1626 im Jahr 2011 angestiegen.

Nach dieser gesamt-mexikanischen Perspektive folgten Betrachtungen die sich auf einzelne Regionen bezogen. [Luz Kerkeling](#), Soziologe, Journalist und Filmemacher aus Münster, sprach über die bereits seit Mitte der 1990er Jahre bestehende und heute nach wie vor sehr starke Militarisierung des Bundesstaates Chiapas. Er stellte die These auf, dass die hohe Militärpräsenz dort die Funktion habe, die Durchsetzung der kapitalistischen Interessen lokaler, nationaler und transnationaler Eliten zu gewährleisten. Dabei ginge es vor allem um die neoliberale Inwertsetzung natürlicher Ressourcen, die vorwiegend in Monokulturen, touristischen Anlagen, Straßenbauprojekten, Staudämmen und im Bergbau ihren Ausdruck fände.

Zudem richte sich die Militarisierung ganz gezielt gegen die zapatistische Bewegung und ihre autonomen Strukturen. Kerkeling führte aus, dass viele indigene Gemeinden in Chiapas noch nicht vollständig in die vorherrschende Marktmechanismen integriert seien. Der ständige Zwang zu Wachstum, der dem aktuell geltenden Wirtschaftssystem innewohne, erhöhe jedoch den Druck auf die zapatistischen Gemeinden. Die Militarisierung habe in diesem Zusammenhang die Funktion, diese Räume nötigenfalls mit Gewalt für Entwicklungsprojekte nach den Wirtschaftsplänen der Regierung zu öffnen. Vor diesem Hintergrund müsse, wenn die Militarisierung kritisiert werde, auch das herkömmliche Entwicklungsmodell in Frage gestellt werden.

Kerkeling betont, es gehe dabei nicht um die Romantisierung der kleinbäuerlichen Subsistenzproduktion, die viele indigene Gemeinden in Chiapas betreiben. Diese sichere aber zumindest das Überleben dieser Bevölkerungsgruppen. Oftmals gerieten sie jedoch in die Abhängigkeit großer agroindustrieller Unternehmen wie Monsanto oder Bayer. Darüber hinaus seien weitere negative Auswirkungen zu beobachten. Kerkeling schilderte den Fall großflächigen Tomatenanbaus in einigen Regionen von Chiapas unter massivem Einsatz giftiger Agrochemikalien, der bereits zu Kindesmissbildungen geführt habe, nachdem Schwangere auf den Plan-

tagen gearbeitet hätten und nicht über die Schädlichkeit der entsprechenden Substanzen unterrichtet worden seien.

Als großes Problem führte Kerkeling weiter die Expansion der Ölpalmen-Monokulturen an, die von der Regierung vorangetrieben werde. Diese setze die herkömmlichen Subsistenzsysteme der Bevölkerung weiter unter Druck und bringe starke ökologische Schäden mit sich, wie die großflächige Abholzung von Waldgebieten und den starken Rückgang der Bodenfruchtbarkeit. Geplant sei aktuell in Chiapas eine Ausweitung der entsprechenden Anbaufläche von 50.000 auf 90.000 Hektar. Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, die mit Geschenken wie Setzlingen und Dünger dazu animiert worden seien, Ölpalmen anzubauen, fände man einige Jahre später nicht selten in ökonomischer Marginalität und Abhängigkeit wieder. Ähnliches gelte für die bereits etwas ältere Kautschukproduktion in Chiapas.

Tourismusprojekte führten ebenfalls zu einer ähnlich problematischen Flächenkonversion in Chiapas. Nicht selten sei Korruption und Waffengewalt im Spiel, um derartige Projekte gegen die Bevölkerung durchzusetzen. Sogenannter „Ökotourismus“ sei oft die Speerspitze, mit der von der Verwertung bisher weitgehend ausgenommener Räume erschlossen würden. Dem folgten die damit verbundenen Infrastrukturprojekte.

Abschließend berichtete Kerkeling von einem großangelegten Umsiedlungsprojekt der chiapanekischen Regierung. Diese argumentiere, die 14.000 Dörfer in Chiapas in denen weniger als 100 Menschen leben, müssten eine Zentralisierung in sogenannte „ländlichen Städten“ erfahren, um der Bevölkerung eine ausreichende Versorgungsinfrastruktur bereitstellen zu können. Dieses Projekt stelle in Wirklichkeit einen starken Eingriff in die Lebens- und Wirtschaftsweise der Umsiedelnden dar und diene letztlich vor allem der Freisetzung kleinbäuerlicher Ländereien zugunsten geplanter „Entwicklungsprojekte“. Das Umsiedlungsvorhaben sei vorübergehend allerdings gescheitert, so Kerkeling. Vollendet und offiziell eingeweiht wurden bisher nur zwei der geplanten „Landstädte“. Er betonte die Wichtigkeit, Widerstandsbewegungen in Chiapas und in Mexiko weiterhin in ihrem Gegenmodell zur staatlich vorangetriebenen stetigen Wachstumspolitik neoliberaler Prägung zu unterstützen.

[Laura Baas](#), Mitarbeiterin der Organisation Sipaz, berichtete von einer Ausdifferenzierung der Funktionen der hohen Militärpräsenz in Chiapas. In den 1990er Jahren habe die Militarisierung vorrangig die Aufstandsbekämpfung zum Ziel gehabt. Heute erfülle sie zwar nach wie vor in starkem Maße diese Funktion, zugleich diene sie aber auch der Migrationskontrolle sowie der Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Ähnlich wie schon Kerkeling nannte Baas ferner die Funktion der Durchsetzung ökonomischer Inwertsetzungsinteressen.

Im Bereich der Aufstandsbekämpfung, die sich vor allem gegen die zapatistische Bewegung richte, gingen Militarisierung und Paramilitarisierung miteinander einher, was mit dem Begriff eines „integralen Zermübungskrieges“ zusammengefasst werden könne. Dieser umfasse mehrere Strategien, darunter das schrittweise ökonomische Erschöpfen aufständischer Gemeinden, gezielte Desinformation sowie die Spaltung der Bevölkerung nach dem Prinzip „teile und herrsche“. Letzteres geschehe unter anderem durch die Bevorzugung einiger Bevölkerungsteile bei gleichzeitiger Benachteiligung anderer sowie die Bindung staatlicher Leistungen an den Austritt aus der aufständischen Bewegung. Das Militär besetze dabei systematisch die chiapanekischen Hochlandtäler. Es kontrolliere dabei strategische Wege und versuche die Bevölkerung zu korrumpieren, um Informanten zu gewinnen.

Weiter berichtete Baas von einer Art „fiktiver Ökonomie“, die die Militärbasen in ihrem Umfeld generierten. Fiktiv deshalb, da sie in dem Moment abbreche, in dem das Militär abgezogen würde. Daneben habe die Anwesenheit von Militäreinheiten etliche weitere Auswirkungen auf ihr unmittelbares Umfeld. So steige dort oftmals der Alkohol- und Drogenkonsum an, und es komme in vielen Fällen zu Prostitution und einer Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten. Baas betont, es habe in vielen Fällen schon Proteste gegen Militärbasen durch die ansässige Bevölkerung gegeben, von denen einige Erfolg gehabt hätten.

Perla De la Rosa, Regisseurin, Schauspielerin und Direktorin der Bühnenkunstgruppe „Telón de Arena“ sprach über die Militarisierung in Ciudad Juárez, wo seit Jahren ein hohes Ausmaß an Gewalt in Form von Frauenmorden und Mafiakriminalität herrscht. Die Militarisierung habe 2008 eingesetzt, nachdem die Regierung des Bundesstaates Chihuahua nach einer Welle von 307 Mordfällen in Ciudad Juárez im Jahr 2007 einen Hilferuf an die mexikanische Bundesregierung geschickt hatte. In der Folge kamen 8000 Soldat_innen sowie weitere 8000 Bundespolizist_innen in die Stadt. Das hohe Ausmaß an Gewalt sei damit allerdings nicht gemindert worden. Im Gegenteil, 2008 habe es 600 Tote durch Gewalteinwirkung gegeben, 2010 sogar 3500. Entführungen und Raubüberfälle hätten ebenfalls zugenommen und viele kriminelle Akte seien direkt den Sicherheitskräften zuzuschreiben. De la Rosa beschreibt die Militärpräsenz als einen Angriff auf die Zivilgesellschaft. Seit dem Abzug des Militärs 2011 herrsche eine etwas ruhigere Situation in der Stadt. Die Anzahl der gewaltsam getöteten Menschen sei 2011 auf 1000 gesunken. Seit dem Abzug der Bundespolizei hätte auch die Zahl der Hinrichtungen abgenommen. Calderón, so der Vorwurf von De la Rosa, habe die Stadt zu einem Laboratorium von Gewalt gemacht, in dem sowohl die Wirtschaft als auch das Leben zerstört worden seien.

Hinsichtlich Mexikos als ganzem betonte De la Rosa, es habe in jüngster Zeit mehr Frauenmorde gegeben als in den gesamten 1990er Jahren, heute würden sie allerdings in der allgemeinen Eskalation der Gewalt untergehen und kaum mehr wahrgenommen. Eines der größten Probleme sei hier das Fehlen einer Justiz und die in der Folge entstehende Straflosigkeit. De la Rosa sprach weiter von einer hohen Zahl getöteter Kinder und Jugendlicher. Letztere würden in sehr vielen Fällen vom organisierten Verbrechen rekrutiert, um massive Gewalt auszuüben. Aufgrund mangelnder Bildungschancen und einem fehlenden Sozialsystem seien Jugendliche und Arme besonders einfache Rekrutierungsziele. Darüber hinaus habe der Gewaltzusammenhang noch unabsehbare psychosoziale Folgen auf die Jugend und damit auf die Zukunft der Gesellschaft. De la Rosa betonte ebenfalls die hohe Zahl an Waisen, die die Gewalt bisher hinterlassen habe und führte Beispiele von Traumata an, durch die viele Kinder und Jugendliche aufgrund von teils bestialischen Gewalterfahrungen gezeichnet wären.

Abschließend forderte De la Rosa einen Abzug des Militärs von den Straßen, da sein Einsatz seit jeher nicht Sicherheit, sondern Gewalt und Repression für die Bevölkerung bedeute, dies sei 1968 so gewesen und sei heute nicht anders.

Im Anschluss an die Redebeiträge wurden in drei Arbeitsgruppen Vorschläge erarbeitet, wie der Militarisierung sowie dem sich daraus ergebenden Gewaltzusammenhang und seinen desaströsen Auswirkungen seitens der Zivilgesellschaft begegnet werden könne.

Behandelte Fragen waren Überlegungen zur Mobilisierung der Zivilbevölkerung gegen die Militarisierung bzw. die Möglichkeit öffentlicher Proteste für einen Abzug des Militärs. Als problematisch wurde in diesem Zusammenhang eingestuft, dass viele Menschen in Mexiko nach wie vor dem Militär vertrauten. Dies sei zu einem Großteil der einseitigen Berichterstattung geschuldet. Um die Menschen zu überzeugen, dass die militärische Strategie keine Lösung darstelle und um ihre Lethargie zu durchbrechen, bedürfe es eines stärkeren zivilgesellschaftlichen Austauschs und gegebenenfalls neuer Wege der Aufklärung und der Informationsvermittlung. In diesem Zusammenhang wurden unter anderem eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit sowie der generelle Kampf um mehr Pressefreiheit genannt. Darüber hinaus kamen Vorschläge wie die Veranstaltung von Lesungen, Kunstworkshops und die Verbreitung von Poesie, um das Interesse und die Kritik zu wecken. Auch über Strategien, Informationen visuell zu verbreiten wurde nachgedacht. Die Möglichkeit, mit deutschen Geldern entsprechende Sendezeit in mexikanischen Medien zu finanzieren, wurde in Erwägung gezogen.

Hinsichtlich der Armut und der prekären Lage der Jugend als Mitursachen für den Aufstieg des organisierten Verbrechens

wurde vorgeschlagen, verstärkt für bessere Bildungschancen zu kämpfen und eine angemessene Sozialpolitik zu fordern. Ferner wurde vorgeschlagen, die 1120 deutschen Unternehmen, die in Mexiko agieren daraufhin zu untersuchen, ob sie Sozialstandards einhalten und sie ggf. unter Druck zu setzen, dies zu tun. Thematisiert wurde auch eine Art von "Entwicklungszusammenarbeit", die sozioökonomische und politische Initiativen die aus der mexikanischen Zivilgesellschaft selbst kommen, unterstützt. Darunter wurden unter anderem selbstbestimmte Projekte und Strukturen gefasst, wie beispielsweise das zapatistische Autonomieprojekt.

In Bezug auf den Umgang mit der psychosozialen Situation von Kindern und Jugendlichen mit Gewalterfahrung wurde unter anderem vorgeschlagen, den Betroffenen Kunst- und Theaterprojekte zur Aufarbeitung dieser Erfahrungen anzubieten und sich für eine angemessene psychologische Betreuung einzusetzen.

Forum II: Instrumentalisierung des Drogenkrieges

In diesem Forum wurden vor allem drei Aspekte der aktuellen Gewaltsituation in Mexiko betrachtet. Erstens berichtete **Rodolfo Casillas Ramírez**, Professor an der Fakultät für Lateinamerika der sozialwissenschaftlichen Universität FLACSO mit Sitz in Mexiko, von der Instrumentalisierung der irregulären Migrant_innen durch das im Laufe des „Drogenkrieges“ sich weiter ausdifferenzierende organisierte Verbrechen, zweitens entwarf Carlos Fazio, Journalist und Professor an der UNAM und der UCAM, das Panorama eines medial und politisch konstruierten Sicherheitsdiskurses zur Legitimierung des sogenannten Drogenkrieges im Sinne einer landesweiten Militarisierung und eines De-facto-Ausnahmestandes, in dem Straflosigkeit herrsche und der letztlich zum Ziel habe, die Bevölkerung in dauerhafte Angst zu versetzen und sie damit zu desorganisieren. Wie letzteres im Einzelnen funktioniert, wurde drittens von David Bermúdez Jiménez, Direktor der Organisation SERAPAZ, erläutert, indem er auf die intendierten psychosozialen Wirkungen von soziopolitischer Gewalt auf Individuen und die Gesellschaft einging.

Rodolfo Casillas Ramírez stellte heraus, dass die Zahl mittelamerikanischer Migrant_innen, die aus ökonomischen Gründen über Mexiko in die USA zögen, ab den 1990er Jahren stark zugenommen habe. Die Regierungen der mittelamerikanischen Staaten und Mexikos hätten lange kein Interesse daran gehabt, die Migrationsströme aufzuhalten. Schließlich habe die Abwanderung zu einer Verringerung des Drucks geführt, in den eigenen Ländern etwas an der oft

prekären sozialen und ökonomischen Situation zu ändern. Trotz Verhandlungen der USA mit den Staaten Mittelamerikas über vermehrte Kontrollen der Migrationsströme hätten diese auch nach den 1990er Jahren weiter zugenommen.

Etwa ab 2005, so Casillas Ramírez, habe das sich zunehmend ökonomisch ausdifferenzierende organisierte Verbrechen in Mexiko damit begonnen, sogenannte Expressentführungen von Migrant_innen durchzuführen. Hierbei würden meist hohe Lösegeldforderungen an die Familienangehörigen der Migrant_innen, die in den USA leben, gestellt. Diese Praxis habe sich mittlerweile zu einer Art Massenentführungsphänomen entwickelt. Casillas Ramírez betonte, der irreguläre Status der meisten Migrant_innen, der dadurch begründet sei, dass die meisten von ihnen über keine Transitvisa verfügten, erhöhe in starkem Maße deren Verwundbarkeit gegenüber dem organisierten Verbrechen. Mittlerweile, so Casillas Ramírez weiter, existiere ein ausgeklügeltes und geradezu von marktwirtschaftlichen Erwägungen geleitetes Verfahren, jene Migrant_innen ausfindig zu machen, die am „wertvollsten“ seien bzw. über die am meisten Lösegeld zu erpressen sei. Anhand bekannter Details über die Strukturen und Organisationsgrade der Migrationsnetzwerke zwischen den einzelnen Herkunftsländern und den USA würde von der Herkunft eines/r Migrant_in darauf geschlossen, wie zahlungskräftig seine/ihre Verwandten im Herkunftsland oder in den USA sind. So entstünden unterschiedliche Kategorien von Migrant_innen mit unterschiedlichem „Wert“. Neben der Herkunft spiele auch das Geschlecht und die Tatsache, wie weit die Migrant_innen auf ihrer Route bereits vorangekommen seien, eine Rolle bei der Bestimmung möglicher Lösegeldhöhen.

Auf ihrer Reise mit Güterzügen würden die Migrant_innen dann oftmals von Zugpersonal, das mit den Erpresser_innen kooperiere, nach Herkunft beziehungsweise „Wert“ auf verschiedene Zugabschnitte verteilt und damit quasi vorsortiert. Überfälle und Entführungen konzentrierten sich dann nur auf die Zugabschnitte mit den „interessanten“ Migrant_innen. Lösegelder würden meist über transnationale Finanzdienstleister wie beispielsweise Western-Union abgewickelt. Können Migrant_innen oder deren Verwandte das verlangte Lösegeld nicht aufbringen, so Casillas Ramírez, so müssten sie die Summe „abarbeiten“, beispielsweise in dem sie andere „interessante“ Migrant_innen denunzierten. Oft würden sie allerdings auch umgebracht.

Casillas Ramírez berichtete des Weiteren davon, mexikanische Entführerbanden würden teilweise ehemalige Angehörige der Polizei oder des Militärs mittelamerikanischer Staaten anheuern, um die Entführungen durchzuführen sowie um Migrant_innen zu foltern, zu verstümmeln oder umzubringen.

Casillas Ramírez führte aus, dass Organisationen, Netzwerke und Einrichtungen wie Herbergen, die Migrant_innen

unterstützen, zunehmend Einschüchterungen seitens des organisierten Verbrechens erfahren und zum Teil Schutzgelder an jene bezahlen müssten. Die bestehenden Herbergen für Migrant_innen, die sich zu 99,5% in katholischer Trägerschaft befänden, seien die einzigen Räume, in denen diese auf ihrem Weg Schutz fänden. Allerdings seien auch sie infiltriert von Informant_innen der Entführerbanden sowie von Sicherheitsbeamten_innen, Menschenhändlern_innen und Schlepperbanden. Die Zunahme der Kriminalität führe in diesem Zusammenhang zu einer Krise des humanitären Systems was die Behandlung von Migranten betreffe.

Die mexikanische Regierung unternehme nichts gegen diese systematische Massenentführung. Die Aggressionen des organisierten Verbrechens gegen die Migrant_innen würden nicht geahndet, so Casillas Ramírez. Stattdessen bedienen sich die Behörden bestehender Vorurteile, um die Entführungen zu erklären und einen Anschein von Strafverfolgung zu vermitteln. So verfolge die Polizei generell Menschen mit dunklerer Hautfarbe oder mit Tätowierungen, da jene als Mitglieder von verbrecherischen Jugend- und Entführerbanden angesehen würden und verfolge dabei die Methode: „Erst schlagen und danach untersuchen“. Die mexikanische Regierung gehe kaum, um nicht zu sagen gar nicht, gegen die Korruption auf den höchsten Ebenen der Migrationsverwaltung vor. So sei beispielsweise in den 12 Jahren der PAN-Regierung nicht ein einziger Beamter wegen Korruption strafrechtlich verfolgt oder gar bestraft worden. Es gab keinerlei Reaktion auf die zahlreichen Anzeigen, oftmals eingereicht durch soziale Gruppen.

Carlos Fazio stellte die These auf, die aktuelle Militarisierung in Mexiko folge einem ähnlichen Muster wie die Militarisierungs-, Paramilitarisierungs- und Aufstandsbekämpfungsstrategie, die in den 1980er Jahren in Kolumbien umgesetzt worden sei. Dort seien damals Begriffe wie „Drogenkartell“ und „Narcoterrorismus“ geschaffen worden, die jetzt den mexikanischen Diskurs prägten. Auch von „Narco-guerrilla“ würde dabei mittlerweile sogar gesprochen, wenn vom organisierten Verbrechen sowie davon die Rede sei, dass jenes zum Teil ganze Landstriche unter Kontrolle hat. Dennoch, so Fazio, finde hier eine bewusste Irreführung der öffentlichen Meinung statt. Hillary Clinton habe den Diskurs, nach dem in Mexiko eine Art „Aufstand der Drogenkartelle“ gegen die staatliche Ordnung herrsche, 2008 in die Medien getragen, und jene wiederholten diese Meinung seither gebetsmühlenhaft. Auch Barack Obama habe über Mexiko von einem „gescheiterten Staat“ gesprochen und mit den Aktivitäten des organisierten Verbrechens argumentiert.

Nach Fazios Ansicht ist der „Krieg“ gegen die organisierte Kriminalität, der eine Militarisierung des Landes nötig macht, nichts weiter als ein Konstrukt, das von den führenden Politiker_innen und den Medien aufgebaut werde und sich letztlich aus dem hegemonialen US-amerikanischen

Sicherheitsdiskurs eines weltweiten „Krieges gegen den Terror“ ableite. Fazio erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass die mexikanische Medienlandschaft, vor allem Fernsehen und Radio, nahezu ausschließlich in den Händen von nur sechs Familien liege, wodurch sie zu einem Instrument der Reichen und Mächtigen und deren Interessen würden.

Vor diesem Hintergrund sieht Fazio das eigentliche Ziel der dauerhaften Militarisierung und der massiven straflos bleibenden Menschenrechtsverletzungen seitens der Sicherheitskräfte darin begriffen, die Bevölkerung, die sich zunehmend in ökologischen und gewerkschaftlichen Basisbewegungen organisiert, zu kontrollieren und sie zugleich durch die Verbreitung von Angst und Schrecken zu desorganisieren und zu demobilisieren. Eine solche „Sicherheitsstrategie“ bediene letztlich die geopolitischen Interessen der USA sowie die Interessen des nationalen und internationalen Kapitals. In einem ähnlichen Kontext verortete Fazio auch die sogenannte Mérida-Initiative, eine Sicherheitskooperation zwischen der USA und Mexiko. Im Rahmen derselben seien seitens den USA 1,4 Milliarden Dollar für Militärhilfe und Waffenlieferungen an Mexiko bereitgestellt worden. Gleichzeitig erlaube diese Kooperation US-Geheimdiensten, auf mexikanischem Boden zu kooperieren, was klar gegen die mexikanische Verfassung und die nationale Souveränität verstoße.

David Bermúdez Jiménez referierte über die intendierten psychosozialen Wirkungen soziopolitischer Gewaltanwendung, die viele offen autoritäre Regime charakterisiere und die auch im Rahmen der aktuellen Militarisierung Mexikos Realität sei.

Derartige Gewalt, so Bermúdez Jiménez, habe immer eng mit der Ausübung von Macht seitens der Täter über die Opfer zu tun. Sie werde strategisch eingesetzt und habe nach Carlos Beristain vier konkrete intendierte Wirkungen:

- » Die erste bestehe in der Zerstörung sozialer Netzwerke und vorhandener Vertrauensstrukturen. Durch anonyme Gewalt und das Streuen von Gerüchten über mögliche Täter werde Misstrauen innerhalb der Gemeinschaften gesät. Die Folgen seien völliger Vertrauensverlust in das soziale Umfeld sowie eine daraus resultierende Isolierung der Individuen. Weiter käme es zu willkürlichen gegenseitigen Anschuldigungen, die wiederum zur Stigmatisierung Einzelner und zur Polarisierung von Gemeinschaft und Gesellschaft führten.
- » Die zweite Wirkung sei eine gezielte Verbreitung von permanenter Angst und permanentem Terror. Zwar sei Angst zunächst eine natürliche psychologische Reaktion, die normalerweise zu Angriff oder Flucht führe. Eine dauerhafte Angstsituation habe allerdings eine

Veränderung der Realitätswahrnehmung zur Folge. Vernünftige Entscheidungen seien dann nicht mehr möglich, was letztlich zu Zermürbung und Apathie führe.

- » Die dritte intendierte Wirkung bestehe in der Kriminalisierung der Opfer und der daraus resultierenden schleichenden Rechtfertigung der Gewalt selbst. Erreicht würde dies konkret durch eine Unsichtbarmachung der eigentlichen Täter und der Gewährleistung von Straflosigkeit in Bezug auf ihre Taten. Straflosigkeit und Rechtfertigung der Gewalt hätten zudem die Folge, dass eine Wiederholung der Taten gefühlt und de facto stets möglich werde.
- » Die vierte Wirkung bestehe letztlich darin, eine stille Akzeptanz der Gewalt in der Bevölkerung zu erreichen, die allmählich zu einer Kooperation mit den Tätern beispielsweise im Sinne von Denunziationen führe.

Nach dieser Darstellung nahm Bermúdez Jiménez Bezug auf die Ebene der individuellen Folgen für die Opfer permanenter psychosozialer Gewalteinwirkung. So werde das Lebensprojekt derselben durcheinandergebracht. Opfer erlebten eine Art Trauma, das oft nicht überwunden werden könne. Um z.B. Gewalterfahrungen oder den Verlust von Personen verarbeiten zu können, seien Trauerprozesse nötig, die aber im Falle von Straflosigkeit, Ungewissheit über das Schicksal der Opfer – z.B. beim Verschwindenlassen derselben – und der permanenten Gefahr einer Wiederholung der Gewalterfahrungen nicht abgeschlossen werden könnten.

Familienangehörige von Opfern würden Gewalttaten oft aus Angst nicht zur Anzeige bringen, ihnen könnte im Anschluss ähnliches widerfahren. Auch dies führe dazu, dass es unmöglich sei, Trauerprozesse abzuschließen. Permanenter Schmerz und überwältigende Ohnmachtsgefühle seien die Folge, was in vielen Fällen wiederum zu einem Verschweigen der Taten sowie zu einer Isolierung der Opfer führe.

Bermúdez Jiménez hob hervor, dass die Gewalt bei verschiedenen Familienangehörigen von Opfern unterschiedliche Reaktionen hervorrufen könne. So verspürten gerade Väter in patriarchalisch geprägten Gesellschaften oft ein gesteigertes Schuld-, Ohnmachts- und Versagensgefühl, das aus der Vorstellung resultiere, der eigenen väterlichen Beschützerrolle nicht entsprochen zu haben.

Wenn die Opfer oder ihre Angehörigen trotz aller Hindernisse versuchten, die Gewalt aufzuarbeiten, könne es zu einer Veränderung der Beziehungen in der Familie und unter Freunden kommen. Einige unterstützten die Opfer und ihre Familien, andere würden sich komplett zurückziehen. Letzteres führe zu einer Zersplitterung der sozialen Netzwerke im Nahumfeld der Opfer. Darüber hinaus habe die Gewalter-

fahrung und insbesondere die anschließende Suche nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung oft auch gravierende wirtschaftliche Folgen für die Betroffenen wie Arbeitslosigkeit, Schulden und Armut.

Im Gegensatz dazu komme es allerdings in vielen Fällen zu einer Rechtfertigung der Gewalt durch die Opfer selbst. Dies stelle einen Mechanismus dar, um die Frustration und die Ohnmacht zu verarbeiten. In wieder anderen Fällen komme es zu einer Art Gewalt gegen andere oder gegen sich selbst. Bermúdez Jiménez führt an dieser Stelle Beispiele von Müttern an, die von ihren Familie keine Unterstützung bekämen und sich auf eigene Faust auf die Suche nach ihren verschwundenen Kindern machten. Dies könne dazu führen, dass sie sich selbst alleine großen Gefahren aussetzten. Hierin sah Bermúdez Jiménez eine Art von Autoaggression.

Ein wichtiger Schritt in Richtung eines zivilgesellschaftlichen Umgangs und einer entsprechenden Antwort auf die Gewalt sei nach Ansicht von Bermúdez Jiménez die Vernetzung und der Austausch der Opfer und der Angehörigen untereinander. So könnten wichtige Prozesse der Selbsthilfe angestoßen und die Isolierung durchbrochen werden. Opfer würden dadurch die Fähigkeit erlangen, die Gewalttaten einzuordnen und ihre eigenen Reaktionen darauf als normale Folgen auf unnatürliche Umstände wahrzunehmen. Auch eine Überwindung der Scham könne dadurch erreicht werden.

In Mexiko sei aktuell die „Bewegung für Frieden, Gerechtigkeit und Würde“ mit Javier Sicilia an der Spitze ein wichtiger Akteur auf diesem Feld psychosozialer Begleitarbeit. Diese Bewegung habe 2011 und 2012 mehrere Protestmärsche organisiert, die wichtige Instrumente darstellten, um Öffentlichkeit herzustellen und den Opfern Gehör zu verschaffen. Neben der Begleitung und Vernetzung der Opfer formuliere diese zivilgesellschaftliche Bewegung auch politische Forderungen nach einem Ende der Militarisierung des Landes und einer Entschädigung der von Gewalt Betroffenen.

Neben dieser Friedensbewegung gebe es in Mexiko auch eine Reihe von Familienkomitees und eine Plattform, auf der sie sich organisierten. SERAPAZ unterstütze den Austausch dieser Komitees, die sich nicht nur aus Angehörigen von Opfern der aktuellen Gewaltwelle rekrutierten, sondern auch aus Betroffenen des sogenannten „schmutzigen Krieges“ der 1970er Jahre. Diese Komitees würden unter anderem unterschiedliche öffentliche Aktionen durchführen, um die Erinnerung an die Opfer aufrechtzuerhalten und ihrer Forderung nach Gerechtigkeit Gehör zu verschaffen.

Durch die Vernetzung und durch gemeinsame politische Aktionen seien die Opfer zu aktiven politischen Akteuren und Subjekten geworden, die in Würde für ihre Rechte kämpften, so Bermúdez Jiménez.

Forum III: Stärkung der Judikative als Alternative?

In diesem Forum wurde auf zentrale Probleme des mexikanischen Justizsystems auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene eingegangen sowie auf jüngere Reformprozesse. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang der Einfluss des interamerikanischen Menschenrechtssystems auf Mexiko und mögliche sich daraus ergebende Chancen. Weiter wurden Vorschläge erarbeitet, wie der Dysfunktionalität der mexikanischen Judikative begegnet werden könne.

Die Ausführungen von Vidulfo Rosales Sierra vom Menschenrechtszentrum Tlachinollan bezogen sich zunächst auf die Ebene des Bundesstaates Guerrero. Er merkte zunächst an, dass eine Stärkung des Rechtssystems hilfreich, aber nicht ausreichend wäre, um die rechtsstaatlichen Probleme in Mexiko zu lösen. Es gäbe andere Bereiche, die hierfür ebenfalls von großer Bedeutung seien. Konkret nannte er die Umstellung der Rechtsprechung auf das „Akkusationsprinzip“ (Sistema acusatorio), wie es bereits in allen anderen lateinamerikanischen Staaten existiere.¹ Zwar sei geplant, eine solche Umstellung bis 2016 in allen mexikanischen Bundesstaaten umzusetzen, bisher hätten aber gerade einmal vier Staaten das neue Verfahrenssystem eingeführt. Die Reform sei daher zeitlich im Rückstand. Doch auch im Falle einer vollständigen Umstellung in ganz Mexiko blieben andere Probleme weiterhin bestehen, wie beispielsweise die mangelnde Professionalität der Polizei bei Ermittlungen. Die Polizist_innen hätten lediglich das Töten gelernt und würden nicht über die nötigen Kenntnisse der wissenschaftlichen Untersuchung von Straftaten verfügen, so Rosales Sierra. In den Ermittlungen gebe es in aller Regel deshalb keine Fortschritte, da bereits zu Beginn Fehler gemacht würden. Darüber hinaus betonte Rosales Sierra, dass auch die Richter_innen nicht unabhängig seien gegenüber der Exekutive. Die Regierung berufe sie, wobei die Auswahl oft das Ergebnis eines politischen Aushandlungsprozesses sei. Die Möglichkeit eines Amtsenthebungsverfahrens für Richter_innen gebe es nicht, einmal berufen seien sie quasi unangreifbar. Hinzu käme, so Rosales Sierra, dass viele Justizangestellte sehr korrupt seien und ihre Stellung dazu missbrauchten, um sich zu bereichern. Zwar bestünden Kontrollorgane für dieses Problem, diese funktionierten aber meist nicht. So gebe es auf allen föderalen Ebenen den „Consejo de la Judicatura“, dessen Aufgabe es sei, sowohl Richter als auch Staatsanwälte zu kontrollieren. Seine Mit-

glieder würden auf der Ebene des Bundes vom nationalen Kongress ernannt, was eine gewisse Unabhängigkeit gewährleisten würde. Auf bundesstaatlicher Ebene hingegen seien Justizbeamte für die Auswahl seiner Mitglieder zuständig, die selbst wiederum meist von der Regierung ernannt würden.

Rosales Sierra führte als Beispiel an, dass das Menschenrechtszentrum Tlachinollan im November 2012 vier Klagen gegen Beamt_innen aller Ebenen wegen Korruption eingereicht habe, von denen alle zurückgewiesen worden seien. Die zuständigen Kontrollorgane, so Rosales Sierra, existierten nur, um Posten für klientelistische Praktiken zu schaffen.

Ein weiteres Problem bestehe in den Beschränkungen durch den sogenannten „Fuero Militar“, die Militärgerichtsbarkeit. So könnten von Militärangehörigen verübte Verbrechen bisher nur vor Militärgerichten verhandelt werden, wodurch eine unabhängige Untersuchung unmöglich werde. Die Richter_innen an den Militärgerichten würden direkt vom Verteidigungsminister ausgewählt und berufen, der wiederum vom Präsidenten eingesetzt werde. Höhere militärische Ränge würden durch das Gericht de-facto nie angegriffen und zur Verantwortung gezogen.

Der oberste Gerichtshof Mexikos (SCJN) habe bereits einmal geurteilt, dass dieser Missstand beseitigt werden müsse. Dies geschah im Zusammenhang mit den Fällen von Valentina Rosendo Cantú und Inés Fernández Ortega, zwei indigenen Frauen, die in Guerrero von Militärangehörigen vergewaltigt wurden. Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilte den mexikanischen Staat in diesen Fällen zur Reform der Militärstraferichtsbarkeit. Demnach müssten Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch Angehörige des Militärs vor der Zivilgerichtsbarkeit verhandelt werden. Um jedoch die Militärgerichtsbarkeit in diesen Fällen tatsächlich abzuschaffen, seien insgesamt fünf Urteile beziehungsweise Empfehlungen des SCJN nötig.² Derzeit gäbe es 17 anhängige Verfahren, die zu weiteren Empfehlungen dieser Art führen könnten. Auch die Legislative könne Einfluss auf die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit ausüben, aber hier betreibe das Militär erfolgreich Lobbyarbeit, damit dieser Weg nicht beschritten werde.

Zum Thema der Folter äußerte Rosales Sierra, dass diese weiterhin eine Realität im Land darstelle. Das Protokoll von Istanbul, das Ermittlungsschritte bei Verdacht auf Folter vorsieht, werde nicht angewandt. Von derzeit mehr als 300 Anzeigen wegen Folter seien nur in 30 Fällen Ermittlungen ein-

1 Im Gegensatz zum Inquisitionsprinzip, stärkt das Akkusationsprinzip die Stellung des Angeklagten. Kennzeichnend für das Akkusationsprinzip ist, dass Anklage und Urteilsfindung durch verschiedene Organe wahrgenommen werden müssen. Während nach dem Inquisitionsprinzip der Richter die Sache an sich ziehen kann, ist die Anklageerhebung durch das Gericht selbst im Akkusationsprozess nicht mehr möglich. Darin liegt eine wichtige Schutzfunktion.

2 Der erste Fall war der von Bonfilio Rubio Villegas: Das Menschenrechtszentrum Tlachinollan vertrat die Familie von Bonfilio Rubio Villegas, einem jungen Indigenen vom Volk der Naua, der an einer Straßensperre in Guerrero durch das Militär außergerichtlich hingerichtet worden war. Sein Fall wurde vor dem Höchsten Gerichtshof Mexikos (SCJN) verhandelt, der Art. 57 des Militärgesetzbuches für verfassungswidrig erklärte.

geleitet worden. Im Bundesstaat Guerrero gäbe es außerdem bis heute keine Kategorisierung von Folter als eigenen Straftatbestand.

Abschließend äußerte Rosales Sierra große Besorgnis gegenüber der aktuellen Reform der Agrargesetzgebung: Alle Sicherheiten, die die Verfassung der mexikanischen Revolution von 1917 bezüglich kollektiver beziehungsweise kommunaler Landtitel und deren Unveräußerlichkeit mit sich gebracht hätte, würden nun – beginnend mit den Reformen von 1992 – rückgängig gemacht. Relevant sei dies vor allem im Hinblick auf Großprojekte aus dem Bergbau- oder Windkraftsektor, im Rahmen derer Investoren den Kauf großer Flächen in Planung hätten. Von 17 Zentren der Landwirtschaft seien 15 derartige Projekte kraft öffentlicher Versammlungen durch die lokale Bevölkerung bisher zurückgewiesen worden. Durch die neue Agrargesetzgebung wäre diese Möglichkeit nicht mehr gegeben und das Feld für Investitionen frei.

José Rosario Marroquín vom Menschenrechtszentrum Miguel Agustín Pro Juárez (Centro ProDH) ging im Anschluss auf die Ebene des Föderalstaates ein. Er erklärte, dass die Judikative in Mexiko stets nur ein Anhang der Exekutive gewesen sei, sowohl auf nationaler als auch auf bundesstaatlicher Ebene. Die gerichtliche Verfolgung von Verletzungen der individuellen Grundrechte durch den obersten Gerichtshof würde nur sehr selten erfolgen. Er nannte zwei positive Beispiele – ein Fall aus Guanajuato, ein anderer aus Guerrero – in denen der oberste Gerichtshof tätig geworden sei und die den Rücktritt von Politiker_innen zur Folge gehabt hätten.

Im Anschluss stellte Marroquín diesen wenigen Positivbeispielen die Versäumnisse gegenüber. Er berichtete von zwei konkreten Fällen, in denen der oberste Gerichtshof zwar aktiv geworden sei, in denen es aber trotz einer Feststellung schwerer Verletzungen der Individualrechte nicht zu einem Urteil gekommen sei, da angeblich keine Schuldigen ermittelbar gewesen wären. Es handelte sich dabei zum einen um den Fall der Journalistin Lydia Cacho, die in der Vergangenheit mehrfach verhaftet wurde und Morddrohungen erhalten hatte, sowie zum anderen um den Fall der massiven Polizeigewalt im Rahmen der Proteste in der Kleinstadt Atenco im Bundesstaat „Estado de México“ im Jahr 2006. Zwar sei die Straflosigkeit in beiden Fällen nicht überwunden worden, so Marroquín, aber der oberste Gerichtshof habe doch als relevanter Akteur in Erscheinung treten müssen.

2009 habe eine wichtige Entscheidung des Gerichtshofs kurz bevorstanden, einen Fall aus Sinaloa unter Beteiligung von Angehörigen des Militärs vor einem zivilen Gericht verhandeln zu lassen. Allerdings sei bereits im Vorfeld die Nicht-Zuständigkeit des obersten Gerichtshofes mit sechs zu fünf Stimmen festgestellt worden.

Trotz all dieser Rückschläge hegte Marroquín die Hoffnung, dass dennoch eine neue Zeit angebrochen sei. Er begründete dies mit den Urteilen des interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofs, an welche sich der oberste Gerichtshof in Mexiko in seinen eigenen Urteilen zunehmend anlehne.

Dennoch, so Marroquín, würden Polizist_innen und Militärs nach wie vor durch das Recht und seitens der Gerichte bevorzugt behandelt und unterstützt. Auch gebe es Fälle von Einschüchterungen gegenüber der Judikative seitens der Sicherheitskräfte. Vor allem im ländlichen Bereich sei eine Eigenständigkeit der Gerichte dadurch häufig nicht gegeben.

Rupert Knox von Amnesty International schloss an die Ausführungen von Marroquín an und ging insbesondere auf die internationale Ebene ein. Er führte aus, seine Organisation arbeite bereits seit 50 Jahren zu Mexiko. Die zentralen Themen dabei seien neben der Straflosigkeit stets vor allem Probleme im Rechtssystem gewesen, wie dessen starke Abhängigkeit von der Exekutive, seine Intransparenz und die Ausweitung einer eigenen Militärgerichtsbarkeit zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen durch Militärs. So müsse auch heute die Judikative, insbesondere auf der Ebene der Bundesstaaten, noch oftmals als mehr ein Instrument der Exekutive verstanden werden, denn als eines der Rechtsprechung.

Dennoch habe die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen viel dazu beigetragen, bei mexikanischen Entscheidungsträger_innen ein anderes, positiveres Rechtsbewusstsein zu schaffen. Dies mache sich z.B. an der Unterordnung Mexikos unter die Rechtsprechung des interamerikanischen Menschenrechtssystems bemerkbar und an der Verpflichtung, dessen Urteile umzusetzen. Oft fehle es allerdings noch an den nötigen Kapazitäten und am politischen Willen hierzu, ein Problem, das auch in Europa zu finden sei.

Von großer Bedeutung sei die mexikanische Verfassungsreform von 2011, die die Verpflichtung beinhalte, internationale Normen im Bereich der Menschenrechte auch im Inneren umzusetzen. Es bestünden weiterhin große Mängel, wie die Existenz der Militärgerichtsbarkeit, so Knox, doch viele der jüngeren Reformen seien noch bis vor wenigen Jahren undenkbar gewesen. Auf die Frage aus dem Plenum, ob bei Politiker_innen Interesse bestünde, unabhängige juristische Institutionen zu schaffen, antwortete Knox, dass man davon nicht unbedingt ausgehen könne. Um beispielsweise sich selbst im Falle von Verwicklungen in kriminelle Aktivitäten besser zu schützen, bevorzugten die Politiker_innen eher abhängige Institutionen. Aber es gebe Lichtblicke, das Justizsystem würde gerade beginnen, unabhängiger zu arbeiten und die Reformen umzusetzen: Der Einfluss des Obersten Gerichtshofs sei hier sehr wichtig sowie der Druck, der von internationaler und zivilgesellschaftlicher nationaler

Seite in dem Prozess ausgeübt werde, eine unabhängige Judikative zu errichten und den Schutz der Menschenrechte im Justizsystem zu garantieren.

Das Teilnehmer_innen des Forums erarbeiteten im Anschluss an die Beiträge der Referenten in Kleingruppen verschiedene Einschätzungen sowie Vorschläge zur Verbesserung des Rechtssystems in Mexiko.

Als schwerwiegende Probleme wurden auch hier die Eigenständigkeit der Militärgerichtsbarkeit, die Abhängigkeit und Korruption im Justizsystem im Allgemeinen, die mangelnde Professionalität der Ermittlungsbehörden sowie die mangelnde Transparenz in der Rechtsprechung angesehen. Kritisiert wurde auch, dass vor allem arme aus finanziellen Gründen keinen Zugang zu einer angemessenen Verteidigung hätten und so oft unschuldig verurteilt würden.

Prinzipiell positiv, wenn auch als unzureichend bewertet wurde die Strafrechtsreform von 2008. Diese habe die Unschuldsvermutung in das mexikanische Rechtssystem eingeführt und ermögliche unter anderem mündliche sowie öffentliche Verfahren, was mehr Beteiligung seitens der Zivilgesellschaft zuließe. Andere Aspekte der Strafrechtsreform wurden eher kritisch gesehen. Mit der Einführung des neuen, aus dem anglo-amerikanischen Raum übernommenen Anklagesystems stünden die Richter_innen nicht mehr in der Pflicht zu ermitteln. Daraus ergebe sich ein größerer Spielraum für potenziell korrupte Staatsanwält_innen. Richter_innen dürften keine zusätzlichen Beweise zu den vorgelegten einfordern und würden damit ausschließlich als Schiedsrichter agieren. Lege die Staatsanwaltschaft nicht genügend Beweise vor, oder gebe es schlicht nicht genug Beweise, so seien den Richter_innen die Hände gebunden.

An Vorschlägen wurde unter anderem eine bessere, unabhängigere Kontrolle der Justizorgane genannt, wobei die Zivilgesellschaft und ihre Organisationen eine entscheidende Rolle spielen könnten. Außerdem wurde eine Stärkung alternativer – lokaler oder indigener – Rechtssysteme in Betracht gezogen. Darüber hinaus machten sich die Teilnehmer_innen des Forums dafür stark, die Studien- und Ausbildungsgänge für das Justizpersonal dahingehend zu reformieren und zu professionalisieren, dass schon den Studierenden ein stärkeres rechtsstaatliches Bewusstsein nahegebracht werde. So solle frühzeitig Korruption, klientelistischen Denkstrukturen und Profitstreben entgegengewirkt und das Justizwesen „entpolitisiert“ werden. Hintergrund dieses Vorschlages war die Annahme, dass das Hauptproblem in der Haltung der Richter_innen und Polizist_innen liege. Es nütze kein noch so gutes System, so eine Äußerung, wenn der Wille zu seiner ordentlichen Nutzung fehle.

Möglichkeiten der Mitgestaltung sinnvoller Reformen von Außen, beispielsweise seitens der internationalen Zivilge-

sellschaft wurden tendenziell weniger gesehen, da es sich hier in erster Linie um eine Frage handele, die die nationale Souveränität betreffen, eine kritische Beobachtung entsprechender Reformprozesse sowie Gespräche mit mexikanischem Justizpersonal wäre jedoch denkbar.

Eine vollständige Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit in absehbarer Zeit wurde für wichtig und wünschenswert, aber auch für eher unwahrscheinlich erachtet. Der zivil-militärische Pakt, auf dem diese Gerichtsbarkeit beruhe, existiere in Mexiko bereits seit 1940, und seitdem habe ihn keine Regierung je angetastet.

Schließlich griffen die Teilnehmer_innen des Forums auch noch einmal die Frage auf, was einen Rechtsstaat eigentlich ausmache. Es reiche nicht, wenn ein Staat die Gesetze einhalte. Er müsse die Verwirklichung der Menschenrechte zu seiner wesentlichen Zielsetzung machen.

Forum IV: Waffenexporte und Sicherheitsabkommen

In diesem Forum wurden vor allem Waffenexporte deutscher Rüstungsfirmen nach Mexiko thematisiert. Zwar wurde betont, dass die deutsche Bundesregierung derzeit selbst keine derartigen Exporte tätige, solche aber der Privatwirtschaft auch nicht etwa durch ein generelles Embargo verbiete. Zwar seien einige mexikanische Bundesstaaten für den Waffenexport gesperrt, Waffen würden aber dennoch auf illegale Weise transportiert.

Thematisiert wurde erneut kurz das geplante Sicherheitsabkommen zwischen Deutschland und Mexiko. Die Initiative für das Abkommen sei von der mexikanischen Regierung ausgegangen. Die deutsche Seite sehe in diesem Abkommen vor allem einen Türöffner für Exporterleichterungen. Schließlich stelle Mexiko einen von sechs neuen Zielmärkten dar, die die deutsche Regierung für die eigene Wirtschaft vorsehe. Seitens des Forums wurde zwar herausgestellt, dass es wenige Kriterien gebe, die eine Polizeikooperation in der Form wie sie geplant sei nach aktuellem Recht verbiete, die Tatsache, dass extra-legale Hinrichtungen in Mexiko jedoch an der Tagesordnung seien, könnte ein solches Kriterium darstellen. Deshalb wurde vorgeschlagen, den deutschen Bundestag mit dieser Frage zu konfrontieren, um die Parlamentarier_innen zu einem Überdenken des geplanten Sicherheitsabkommens zu bewegen.

[Jürgen Grässlin](#), Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner-

rlinnen (DFG-VK), Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.) und Buchautor hielt einen Vortrag über das deutsche Rüstungsunternehmen Heckler&Koch und dessen mutmaßlich illegale Waffenexporte nach Mexiko. Dabei ging er auch auf deutsche Waffenexporte im Allgemeinen ein.

Das mittelständische Unternehmen aus Rottweil sei einer der weltweit führenden Exporteure im Bereich Kleinwaffen und habe zurzeit auf dem internationalen Markt einige sehr stark nachgefragte Gewehrmodelle, allen voran das Sturmgewehr G36, positioniert. Einer der Werbeslogans sei sinngemäß „Weniger Munitionsverbrauch bei erhöhter Trefferquote“. Die Rede sei nicht von menschlichen Opfern, sondern von „soft targets“ (z.d.t. „Weichziele“).

Grässlin betonte, dass das G3-Gewehr von Heckler&Koch seit den Sechzigerjahren in 15 weiteren Ländern der Welt von Lizenznehmern des Unternehmens nachbaut würden. Unter diesen Ländern befänden sich der Iran, Pakistan, Saudi Arabien, die Türkei und auch Mexiko, Länder, in denen allesamt eine katastrophale Menschenrechtssituation herrsche.

Weiter führte Grässlin aus, dass in nahezu allen bewaffneten Konflikten der letzten Jahre Heckler&Koch-Kleinwaffen im Einsatz gewesen seien, so auch während des Völkermordes in Somalia. Im Sudan seien Abertausende Menschen durch Heckler&Koch-Waffen gestorben, und im Irak-Konflikt hätten Söldner der Firma „Blackwater“ Zivilisten mit Waffen dieses Herstellers erschossen. Darüber hinaus verwenden die Taliban in Afghanistan und Pakistan das Schnellfeuergeehr G3, das ebenfalls vom Lizenznehmer Pakistan Ordnance Factory (POF) stamme. In der Gesamtbilanz sprach Grässlin von mindestens 1,6 Millionen Toten weltweit, die durch H&K-Waffen erschossen worden seien. Damit handelte es sich bei diesem Waffenproduzenten um das tödlichste Unternehmen Europas. Vergleiche man diese Opferzahl mit der Zahl der Angestellten von Heckler&Koch seit der Betriebsgründung im Jahr 1949, so komme man auf rund 30 Tote pro Arbeitsplatz.

Grässlin ging darauf ein, dass im Raum Rottweil auch noch andere deutsche Rüstungsunternehmen, wie die Firma Jungheins (Diehl) und die Firma Mauser (Rheinmetall), ihren Standort hätten. Rottweil sei zudem der Wahlkreis des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Volker Kauder – ein Vertrauensmann der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Grässlin sieht beste Kontakte zwischen der lokalen Waffenindustrie und der Bundesregierung.

In den Jahren 2002 bis 2005 seien bereits unter der rot-grünen Bundesregierung besonders viele Waffen durch diese Unternehmen exportiert worden, auch in Länder mit diktatorischen Regimen. Nach Mexiko, so führte er weiter aus, habe Heckler&Koch in den Jahren 2006 bis 2008 insgesamt mehr als 9000 G36-Gewehre verkauft. Sowohl föderale als

auch bundesstaatliche Polizeieinheiten seien mit diesen Gewehren ausgerüstet worden. Dabei gerieten diese Waffen auf illegale Weise auch in vier Bundesstaaten, die nach deutschem Recht momentan für Waffenexporte gesperrt sind: Chiapas, Chihuahua, Jalisco und Guerrero. Nach Gesprächen mit einem Insider hat Grässlin im April 2010 Strafanzeige gegen H&K gestellt. Zurzeit genehmige die deutsche Bundesregierung deshalb keine Kleinwaffenexporte in das Land. Seit der Strafanzeige laufe auch ein Ermittlungsverfahren der Stuttgarter Staatsanwaltschaft und des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg gegen Heckler&Koch. Zwei Hausdurchsuchungen fanden bei H&K statt. Grässlin forderte die Staatsanwaltschaft auf, schnellstmöglich ein Strafverfahren gegen die H&K-Geschäftsleitung einzuleiten, denn die Beweislage sei erdrückend. Diese habe mutmaßlich sowohl die illegalen Waffenlieferungen selbst als auch Schulungsreisen für Polizisten an der Waffe in die für Gewehrlieferungen gesperrten Bundesstaaten genehmigt. Geschäftsführer Peter Beyerle sei nach der Strafanzeige von seinem Posten zurückgetreten, vorgeblich aus Altersgründen.

Grässlin betonte, dass es in Deutschland höchst selten Strafverfahren wegen Waffenhandel gebe. Er erinnerte an den Fall Schreiber, als Panzer illegal an Saudi-Arabien geliefert worden seien. Die Verantwortlichen wurden dann aber nicht wegen illegalen Waffenhandels, sondern lediglich wegen Steuerhinterziehung verurteilt.

Auch im Strafverfahren gegen Heckler&Koch bestehe die Gefahr, dass das Unternehmen lediglich wegen Korruption angeklagt werde. Grässlin sieht hierin eine Mitschuld der deutschen Aufsichtsbehörden und der deutschen Justiz. Dennoch hoffe die Kampagne „Aktion Aufschrei!“ auf ein brisantes Verfahren gegen Europas größtes Waffenunternehmen. Neben Heckler&Koch lieferten auch andere deutsche Firmen Waffen und Waffensysteme nach Mexiko. So nannte Grässlin das Beispiel der Firma Eurocopter, deren führender industrieller Stimmrechtseigner die Daimler AG ist und die eine Lieferung von Militärhubschraubern an Mexiko plane.

Letztlich, so Grässlin weiter, verletzten Waffenexporte in Krisen- und Konfliktländer die in der Präambel und in Artikel 26 festgeschriebene Friedenspflicht des deutschen Grundgesetzes verletzen. Die beiden Ausführungsgesetze, das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG), ließen in diesem Zusammenhang zuviel Spielraum für weitgehend freien Waffenhandel. Zwar gäbe es zusätzlich Politische Grundsätze für den Rüstungsexport, mit denen Waffenexporte an Staaten, die Menschenrechtsverletzungen begehen oder in denen bewaffnete Krisen und Konflikte bestehen, nicht vereinbar seien. Doch diese seien jedoch bloße Willenserklärungen, verfügten über keinen Rechtsstatus und würden in der Praxis systematisch übergangen. Wichtig sei es, diese Grundsätze ebenfalls in den Gesetzesstatus von Ausführungsgesetzen zu erheben.

Doch die politische Praxis der deutschen Bundesregierung gehe momentan genau in die entgegengesetzte Richtung. So würden weniger Soldaten in Krisen- und Kriegseinsätze geschickt, dafür die entsprechenden Krisenländer mit deutschen Kriegswaffen hochgerüstet. Deutschland sei nach den USA und Russland seit Jahren der drittgrößte Waffenexporteur der Welt.

Weiter führte Grässlin aus, waffenimportierende Länder würden Verträge über einen Endverbleib dieser Waffen im eigenen Land unterschreiben. De facto zeige jedoch die Praxis, dass Waffen vielfach weiterexportiert und diese Endverbleibserklärungen damit regelmäßig gebrochen würden. Grässlin verwies dabei auf eigene Recherchereisen in verschiedene Länder, in denen er illegal weiterexportierte Waffen gefunden hat. Eine Kontroll- oder gar Sanktionierungsinstanz, die über den Endverbleib exportierter Waffen wache, gebe es in Deutschland nicht. Das Bundesausfuhramt (BAFA) versage auf ganzer Linie.

Grässlin betonte, dass sich 78% der deutschen Bevölkerung in einer repräsentativen Emnid-Umfrage gegen jegliche Waffenexporte ausgesprochen hätten. Dies ignoriere die Bundesregierung und beschließe stattdessen in geheimen Sitzungen des Bundessicherheitsrates weitere Geschäfte mit Scheindemokraten und Diktatoren. Für Mexiko forderte Grässlin ein internationales Waffenembargo, was er mit der dortigen Menschenrechtslage und der Verwicklung staatlicher Sicherheitskräfte in das organisierte Verbrechen begründete.

Er selbst erwäge eine Recherchereise nach Mexiko, um dort zusammen mit Journalisten, Ärzten und Opfern von Gewalt die Art der Verwendung bereits exportierter Heckler&Koch-Waffen zu dokumentieren.

Grässlin schlug vor, den Informationsaustausch zwischen der deutschen und der mexikanischen Zivilgesellschaft zum Thema Waffenexporte zu stärken und die Vernetzung voranzutreiben. Hierfür könnten mexikanische Friedensaktivist_innen nach Deutschland eingeladen werden. Weiter forderte er dazu auf, den Druck auf die deutsche Bundesregierung zu erhöhen, um eine angemessene Ahndung illegaler Waffenexporte – wie im Fall Heckler&Koch – zu erwirken und legale Waffenexporte an menschenrechtsverletzende Staaten zu unterbinden. Das System legaler Waffenexporte in Krisen- und Kriegsgebiete sowie die brisanten Hintergründe der illegalen Waffenexporte nach Mexiko wird er umfassend in seinem neuen „Schwarzbuch Waffenhandel“ beschreiben, das im Mai 2013 erscheint.

[José Raúl Vera](#), Bischof von Saltillo nahm Bezug auf die Beiträge von Carlos Fazio und Ana Lilia Pérez und deren Analyse hinsichtlich der aktuellen Militarisierung Mexikos. Er unterstützte dabei Fazios These, dass die mexikanische

Regierungsstruktur eine Symbiose mit der Oberschicht und dem nationalen wie internationalen Kapital unterhalte und deshalb ihre Interessen wie die Aneignung der Ressourcen des Landes gegen die Mehrheit der Bevölkerung und nötigenfalls mit militärischer Kontrolle und Gewalt durchzusetzen suche. Ebenso pflichtete er Fazio und Pérez bei, dass die staatlichen Institutionen zugleich in starkem Maße vom organisierten Verbrechen unterlaufen seien. Oft wisse man nicht, wo man es tatsächlich mit staatlichen Akteuren zu tun habe und wo diese eigentlich bereits Teil des organisierten Verbrechens seien. Er nannte Beispiele von Landkreisen aus Chihuahua und Guerrero, in denen die Kartelle der organisierten Kriminalität de facto die Polizeichefs ernennen würden. Somit hätten sie die Macht über die gesamte Polizei und auch über die Waffen.

Vor diesem Hintergrund bezeichnet er die Handlungsweise der deutschen Bundesregierung als heuchlerisch. Nach außen sei sie stets um ein besorgtes und reuevolles Auftreten bemüht, zugleich würde sie aber mit einer Regierung wie der mexikanischen Geschäfte aushandeln, Sicherheitsabkommen schließen und Waffenexporte nach Mexiko sowie in andere Staaten zulassen, in denen Gewaltkonflikte und eine inakzeptable Menschenrechtssituation herrschten.

Vera nannte es eine Absurdität, Waffenlieferungen in alle mexikanische Bundesstaaten außer in die vier dafür gesperrten zu erlauben. So wäre es gängige Praxis, dass Waffen, die beispielsweise mexikanische Bundesbehörden kauften, durch Militärinstanzen intern in diese Regionen weitergeleitet würden. Viele weitere Wege der intramexikanischen Verbreitung dieser Waffen seien denkbar.

Von der neuen mexikanischen Regierung erwartete sich Bischof Vera keine Besserung der Lage in Mexiko. Vielmehr befürchtete er eine Innenpolitik nach kolumbianischem Muster mit noch mehr Gewalt gegen die Zivilgesellschaft. Schließlich sei der ehemalige kolumbianische General Óscar Naranjo Trujillo der Sicherheitsberater des neuen Präsidenten Enrique Peña Nieto.

An die deutsche Regierung richtete Bischof Vera die Bitte, ihre Außenpolitik in Bezug auf Mexiko nach Gesichtspunkten der Humanität und der Ehrlichkeit auszurichten sowie Besonnenheit walten zu lassen, damit ein weiteres Blutvergießen verhindert werden könne.

7. Mafiokratie und Rechtsstaat

Im Abschlussplenum wurde noch einmal der Bogen gespannt zwischen der Gewalteskalation in Mexiko, ausgelöst durch Militarisierung, organisiertem Verbrechen und mangelnder Rechtsstaatlichkeit und denkbaren Antworten darauf. Die Referierenden bezogen sich in ihren Antworten insbesondere auf die Möglichkeiten, die der Zivilgesellschaft zur Verfügung stehen.

Rodolfo Aguirre vom Büro der Heinrich Böll Stiftung in Mexiko erörterte in diesem Zusammenhang die Rolle, die die Zivilgesellschaft bei der Überwindung der Gewalt einnehmen könne, und bezog sich dabei auf die Ergebnisse einer Konferenz, der im Jahr 2011 von der Heinrich Böll Stiftung in Mexiko-Stadt unter Beteiligung von Organisationen aus Mittel- und Lateinamerika organisiert und durchgeführt worden war.

Aguirre ging zunächst darauf ein, dass in Mexiko nach mehreren Jahren der Gewalteskalation mittlerweile eine Art gesellschaftlicher Sensibilitätsverlust in Hinblick auf massive Gewalt und die hohen Opferzahlen spürbar sei. Oft reagiere die Gesellschaft kaum noch auf Gewaltnachrichten. Schreckensmeldungen und entsprechende Einzelschicksale würden nicht mehr als derart skandalös wahrgenommen wie sie es eigentlich verdienten. Dies, so Aguirre, sei in gewisser Hinsicht paradox, da sich gleichzeitig ein kollektives Klima der Angst ausbreite und verstärke.

Für Mexiko stelle sich heute die zentrale Frage, wie eine Zivilethik und eine Kultur des Friedens wiederhergestellt werden könne. Die Armee werde heutzutage umfassend im Inneren eingesetzt, beispielsweise auch gegen protestierende Studierende. Sie stelle heute verstärkt ein Repressionsorgan dar. Dies sei nicht immer in diesem Maße der Fall gewesen. Traditionell sei die Armee im Inneren auch für den Katastrophenschutz zuständig und genieße daher bis heute bei vielen Teilen der Bevölkerung immer noch eine gewisse Hochachtung. Angesichts des aktuellen starken Einsatzes der Armee im Bereich der inneren Sicherheit und der negativen Folgen desselben im Sinne einer allgemeinen Militarisierung und der um sich greifenden Gewalt gehe es jetzt in Mexiko darum, eine Kultur der Legalität wiederherzustellen, und zwar sowohl für die staatlichen Organe, wie auch in der Gesellschaft insgesamt. Dazu gehöre auch eine allgemeine Resensibilisierung in Hinblick auf die Gewalttaten, die begangen werden. Es müsse, so Aguirre weiter, wieder ein allgemeines Bewusstsein in der Gesellschaft entwickelt werden, dass das Leben einen Wert besitzt, und zwar das Leben eines jeden einzelnen Menschen. Es müsse wieder wahrgenommen werden, dass jeder einzelne Mord einen Skandal und eine Tragödie darstellt.

Aguirre berichtete, dass die Teilnehmer an der Konferenz im November 2011 zivilgesellschaftliche Akteure waren, die alle aus Ländern kamen, die ähnliche Gewaltkontexte durchlebt hätten, wie er derzeit in Mexiko vorzufinden sei. Ziel des Treffens sei es gewesen, gemeinsam nach möglichen Auswegen aus Situationen massiver Gewalt und hin zu einer Zivilethik und einer Kultur des Friedens zu suchen, wobei der Fokus auf der Rolle der Zivilgesellschaft gelegen habe. Schließlich hätte ein Erfahrungsaustausch über verschiedene Strategien, Ideen und Lösungsvorschläge unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure aus unterschiedlichen Gesellschaften stattgefunden. Anwesend gewesen seien zivilgesellschaftliche Akteure aus Argentinien, Kolumbien, Italien und aus einigen anderen Ländern, darunter auch viele mittelamerikanische.

Aguirre sah eine weitere Möglichkeit der Zivilgesellschaft, auf eine Kultur des Friedens und eine Resensibilisierung der Gesellschaft hinzuwirken, darin, die Geschichte und die Schicksale der Opfer in Gedenkstätten zu zeigen und insgesamt eine Kultur des Gedenkens zu etablieren. Ein Beispiel hierfür, so Aguirre, sei der heutige Umgang mit dem Holocaust in Deutschland und konkret das Holocaust-Mahnmal in Berlin.

Auch in Mexiko würden die Namen der Opfer in jüngerer Zeit zunehmend öffentlich genannt, betonte Aguirre. Im Falle der Gewalt gegen Frauen werde versucht, sowohl strukturelle Gewaltbeziehungen wie auch offene Gewaltanwendung sichtbar zu machen und anzuklagen.

Insgesamt hielt er es für wichtig zu verstehen, dass die Gewaltakteure und zwar sowohl die staatlichen, wie auch jene der organisierten Kriminalität keine abstrakten, von der Gesellschaft losgelösten Akteure seien, sondern ein Teil der Gesellschaft in der sie agieren sowie ein Produkt derselben. Daher wäre es wichtig, nach Lösungswegen zu suchen, die sich auf die gesamte Gesellschaft beziehen und die gesamte Gesellschaft mit einschließen.

Die Journalistin und Schriftstellerin Ana Lilia Pérez sprach über die Beziehung zwischen staatlichen Akteuren und der Gesellschaft in Mexiko sowie über Schutzmöglichkeiten für Journalist_innen.

Dabei vertrat sie den Standpunkt, dass sich die Bevölkerung in Mexiko ihrer potenziellen Macht im Falle ihres geschlossenen Auftretens als aktive Zivilgesellschaft gar nicht bewusst sei. Gleichzeitig, so Pérez, hätten die Staatsbediensteten von ihrer eigentlichen Aufgabe der Gesellschaft zu dienen, schon lange Abstand genommen. Die Folge sei eine bipolare Perspektive, die den Staat „oben“ und die Gesellschaft „unten“ verorte. Diese Perspektive müsse überwunden werden und die Gesellschaft müsse beginnen, auf den Staat einzuwirken. Pérez betonte in diesem Zusammenhang

auch, dass dem Staat nicht die alleinige Schuld an den negativen Entwicklungen in Mexiko zu geben sei. So trage für viele Dinge die Gesellschaft als Ganze die Verantwortung, beispielsweise für die Tatsache, dass das organisierte Verbrechen die Spielräume habe, die es habe.

Zwar sei es selbstredend völlig unzulässig und illegitim, wenn eine neue Regierung wie aktuell die der PRI noch nicht einmal am Tag ihrer Amtseinführung (1. Dezember 2013) demokratische Ambitionen zeige und eine zivile Demonstration gegen sie brutal unterdrücke. Dennoch läge es nicht nur in der Verantwortung des Staates und der Regierung, demokratische und zivile Verhältnisse herzustellen. Auch dies sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Pérez plädierte dafür, dass sich die Menschen engagieren und sich als Akteure des Wandels verstehen lernen sollten.

In Bezug auf die Situation der Presse hob Pérez die extrem hohe Zahl an Gewaltverbrechen hervor, die sich gegen Journalist_innen richten und von denen die meisten unaufgeklärt bleiben. Hier bedürfe es ebenfalls gesamtgesellschaftlicher Strategien des Schutzes sowie des Selbstschutzes seitens der Presse und der Medien insgesamt. Beispielsweise hätten die Medien in Peru eine erfolgreiche Strategie angewandt: Dort seien Artikel und Beiträge, auf die eine gewaltsame Antwort befürchtet wurde, gleichzeitig in sehr vielen unterschiedlichen Medien veröffentlicht worden. So habe man sich geschlossen und vorbeugend möglichen Gewalttätern entgegengestellt, indem man ihnen die Angriffsfläche die ein einzelner Journalist oder ein einzelnes Medium böte, entzogen habe.

In Mexiko dagegen herrsche eine tiefe Spaltung zwischen den unterschiedlichen Medien, was ein solches gemeinsames Vorgehen erschwere. Die Gewaltwelle gegen die Journalist_innen in Verbindung mit der Straflosigkeit und der bisher nicht vorhandenen Selbstschutzmechanismen hätten dazu geführt, dass sich die Journalist_innen in Mexiko heute selbst einer Zensur unterziehen beziehungsweise sich selbst einen Maulkorb anlegten, um nicht zu Opfern der Gewalt zu werden.

Pérez betonte die wichtige Rolle, die die Zivilgesellschaft übernehmen könne, diesen Zustand zu überwinden. Mit ihrem Engagement könne sie mehr Öffentlichkeit bewirken, so dass sie selbst von den Medien schlicht nicht mehr ignoriert werden könnten.

Für Pérez stellt die Bewegung #YoSoy132 ein wichtiges Beispiel aus jüngster Zeit dar, wie die Zivilgesellschaft ihre Stimme gegen Missstände erheben kann. Für die beteiligten Jugendlichen und Studierenden sei dies unter anderem eine Art Selbsterfahrung gewesen, die ihnen gezeigt habe, dass sie etwas bewegen könnten als aktive zivilgesellschaftliche Bewegung. Auch in diesem Fall habe die Medienlandschaft

dieses Engagement nicht ignorieren können, nicht einmal das mexikanische TV-Medienduopol habe dies geschafft, auch wenn es zu Beginn versucht worden sei.

Pérez rief dazu auf, trotz aller negativer Perspektiven die Hoffnung nicht zu verlieren und sich stattdessen zu engagieren, um das zivilgesellschaftliche Potential zu nutzen und weiter zu entwickeln.

Vidulfo Rosales Sierra vom Menschenrechtszentrum Tlachinollan vertrat den Standpunkt, dass es in einem hoch komplexen Kontext wie dem mexikanischen sehr schwierig sei, Vorschläge über Lösungsstrategien zu machen.

Er betonte, dass es aktuell in Mexiko tatsächlich eine ganze Reihe von Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren gebe, die sich organisierten und engagierten. Auch einige politische Parteien würden sich zum Teil für einen Wandel einsetzen. Ein großes Problem sei aber, dass die unterschiedlichen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen politischen Akteure momentan sehr fragmentiert wären, wenig zusammenarbeiten würden und nicht geschlossen agierten. Dies gelte es zu erreichen um einen gemeinsamen Kampf zu führen. Eine Schwierigkeit hierbei liege darin, dass die sogenannten linken Parteien in Mexiko oftmals über keine klare linke Zielsetzung verfügen würden. Manche hätten sogar nicht nur kein linkes, sondern überhaupt kein klares Konzept und würden auch mit rechten Parteien Kooperationen und Koalitionen eingehen.

Allerdings, so Rosales Sierra, gebe es auch einige Erfolge. So sei bis vor nicht allzu langer Zeit die Militärgerichtsbarkeit in Mexiko unantastbar gewesen. Durch das Engagement und den Mut von Betroffenen sei schließlich erreicht worden, dass viele Prozesse und Menschenrechtsfragen heute auf der internationalen Ebene wie beispielsweise bei der UN oder dem interamerikanischen Menschenrechtssystem behandelt würden. Diese Tatsache habe dazu geführt, dass die Autonomie der Militärgerichtsbarkeit jetzt auch innerhalb Mexikos in Frage gestellt werde. Rosales Sierra sah hierin die Bestätigung dafür, dass Erfolge prinzipiell möglich seien. Diese wären zwar manchmal klein, doch auch durch viele kleine Schritte in die richtige Richtung fänden Veränderungen statt.

Rosales Sierra betonte, die zivilgesellschaftlichen Organisationen müssten sich heute insbesondere auch für wirtschaftliche und soziale Rechte einsetzen und fordern, dass diese Rechte einklagbar werden. Er schilderte, wie in Guerrero und Oaxaca die Regierung gezielt versuche, Teile der Bevölkerung gegen einander auszuspielen, um ihnen die Kontrolle ihrer Territorien und ihrer natürlichen Ressourcen zu entziehen. Hier sei in der Zukunft noch sehr viel Repression zu erwarten. Die nationalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Kräfte und Organisationen könnten dazu beitragen, dass beispielsweise auf UN-Ebene ein Anhörungs-

recht etabliert werde, damit unter anderem indigene Völker in Mexiko konsultiert und angehört werden müssten, bevor Investoren in ihren Territorien zu operieren beginnen.

Rosales Sierra erinnerte auch daran, dass Mexiko ebenfalls auf der Ebene der UN alle vier Jahre zu verschiedenen Menschenrechtsthemen vor dem UN-Menschenrechtsrat Stellung beziehen müsse, darunter seien auch Themen wie „Folter“, „Haftbedingungen“, und „Gewalt gegen Frauen in Ciudad Juárez“. Er hob hervor, dass diese Bewertung das nächste Mal im Oktober 2013 in Genf stattfinden wird und dass sich Akteure der internationalen Zivilgesellschaft daran beteiligen könnten.

Weiter berichtete Rosales Sierra davon, dass in Mexiko im Rahmen des im Jahr 2012 verabschiedeten „Schutzmechanismus für Journalist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen“ vor kurzem ein Rat eingerichtet worden sei, um die Menschenrechte zu stärken. Er betonte allerdings, dass auch dieser Rat ohne den Rückhalt der Zivilgesellschaft nicht viel bewirken können werde.

Die zivilgesellschaftlichen Kräfte Mexikos, so Rosales Sierra, würden sich unter anderem an den interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof in Costa Rica wenden, um dort die Position der mexikanischen Zivilgesellschaft darzustellen. Er rief die internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen dazu auf, ihre Position dort ebenfalls vorzutragen, um die mexikanischen Organisationen zu unterstützen. Er unterstrich dabei die enorme Wichtigkeit dieser Art von Solidarität. Als Referenzbeispiele nannte er den Kampf gegen das Staudammprojekt „La Parota“ und die Forderung nach Freilassung des unschuldig zu einer Gefängnisstrafe verurteilten Menschenrechtsverteidigers Raúl Hernández aus dem Bundesstaat Guerrero. In beiden Fällen habe die Intervention der internationalen Zivilgesellschaft entscheidend mit zum jeweiligen Erfolg beigetragen. Das Staudammprojekt wurde gestoppt und Raúl Hernández freigelassen.

Abschließend begrüßte es Rosales Sierra, wenn Akteure der internationalen Zivilgesellschaft Mexiko besuchen, um die Lage vor Ort kennenzulernen und zu dokumentieren.

José Raúl Vera, Bischof von Saltillo plädierte in seinem Beitrag für eine grundlegende Verfassungsreform von „unten“. Er schickte seinen Ausführungen voraus, man müsse bei der Verfolgung eines Zieles diejenigen Mittel einsetzen, die man zur Verfügung habe, um dann mit kleinen Schritten zu beginnen, das Ziel langfristig zu erreichen. Dabei sei es sehr wichtig, an die Erreichung des Ziels auch zu glauben. Jesus, so Vera, habe niemals Gewalt angewandt, um sein Ziel zu erreichen. Er sei zwar schlussendlich Opfer der Gewalt geworden, doch selbst habe er sie ausgeschlossen. Der Weg der Gewalt, so betonte Vera, sei kein gangbarer Weg. Man müsse auf zivile Art und Weise kämpfen.

Im Weiteren ging Bischof Vera auf die neue Gesetzgebung ein, die den Bergbau favorisiere und die Verfügungsrechte der ländlichen und indigenen Bevölkerung in Bezug auf ihr eigenes Territorium beschneide.

Darauf gehe aktuell unter anderem das „Ständige Tribunal der Völker“ ein, das die perfide neoliberale Politik der letzten Jahre sowie deren restriktive Wirkung auf die Rechte der Bevölkerung aufzeige und anklage.³ Für Vera war von großer Bedeutung, dass dieses Tribunal dabei im Dialog mit den Betroffenen stehe. Die Herangehensweise sei ähnlich wie die in den 1990er Jahren bei der Aushandlung des Abkommens von San Andrés. Damals sei es gelungen, so Vera weiter, einen Dialog herzustellen zwischen dem Staat und den Aufständischen in Chiapas herzustellen.

Vera vertrat die Ansicht, dass mit diesem Modell eines Dialogs langfristig auch eine Überprüfung der Verfassung möglich sei, und dass so auf eine positive und alternative Transformation der Verfassung von „unten“ hingewirkt werden könne. Ein derartiger Prozess müsse einen stark partizipativen Charakter haben. Wichtig sei dabei, dass Konsultationen in Dorfgemeinschaften und Stadtvierteln durchgeführt würden und sich die Bevölkerung selbst aus ihren Gemeinschaften heraus einbringen könne. Ihre Stimme müsse gehört werden. Die Menschen sollten dadurch im Aufbau der Gesellschaft zu Subjekten werden. Dies, so Vera weiter, gelte vor allem für die Armen und für die von Gewalt Betroffenen. Erst im Anschluss an diese Konsultationen fiele den Akademiker_innen an den Universitäten die ebenfalls wichtige Rolle zu, die Perspektiven und Vorschläge der Bevölkerung in eine konkrete Gesetzesform zu bringen. Auch diese Gesetze müssten dann so gestaltet sein, dass sie den Menschen ein Dasein als Subjekte gewährleisten.

Vera betonte, die Zapatistenbewegung in Chiapas hätten es bereits geschafft, in der Praxis zu einem derartigen Subjekt zu werden. Das Indigenen-Gesetz, das unter Fox verabschiedet wurde, sei hingegen noch von „oben“ nach „unten“ konzipiert gewesen und durchgesetzt worden. Die Indigenen wären damals rechtlich gesehen Objekte geblieben.

Eine neue Verfassung die es zu gestalten gelte, müsse unter anderem alle internationalen Abkommen, die Mexiko im Bereich Menschenrechte unterzeichnet und verabschiedet hat, beinhalten damit sie auch tatsächlich konkret Gesetzeskraft erlangen. Auch müsse der Artikel 39 genau betrachtet und überprüft werden, der besagt, dass das Volk die Souveränität ausübt. Es müsse ferner durchgesetzt werden, dass die „Volksvertreter“ tatsächlich ihrer Aufgabe nachkommen, der Bevölkerung zu dienen.

³ Im Oktober 2011 wurde in Mexiko das Ständige Tribunal der Völker TPP (Tribunal Permanente de los Pueblos) eingerichtet. Es soll sich mit der Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko befassen und bis Ende 2013/Anfang 2014 fortbestehen. Vgl. <http://www.tppmexico.org>.

Bischof Vera sah in einem derartigen Transformationsprozess der Verfassung von „unten“ nichts Geringeres als eine friedliche Revolution. Für den Erfolg derartiger politischer Umwälzungen gebe es in der Geschichte bereits zahlreiche Beispiele.

8. Anhänge:

Darstellung der Referent_innen und Organisationen

David Bermúdez Jiménez

David Bermúdez Jiménez studierte Jura an der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM) sowie Erziehungswissenschaften an der Escuela Normal Superior de México und absolvierte weiterführende Studien an der Universidad Complutense de Madrid im Bereich Psychosoziale Begleitung von Gewalt- und Katastrophenopfern.

Seit 15 Jahren sammelt er bei seiner Arbeit für verschiedene mexikanische Nichtregierungsorganisationen Erfahrungen im Bereich der Begleitung und Bildungsarbeit für den Frieden und die zivilen Rechte von Gemeinden und zivilen, sozialen und kirchlichen Organisationen.

Derzeit ist er Direktor der mexikanischen Organisation SERAPAZ – Servicios y Asesoría para la Paz, A.C. (Dienste und Beratung für den Frieden), bei der er seit 2005 mitarbeitet und u. a. die mexikanische Schule für den Frieden „Itatic Samuel“ entwickelt. Mehrfach war er an Interventionen von SERAPAZ zur Lösung von Konfliktprozessen beteiligt. In den vergangenen Jahren widmete er sich hauptsächlich der Bildungsarbeit und psychosozialen Begleitung von Gewaltopfern und Angehörigen Verschwundener in Mexiko.

SERAPAZ

SERAPAZ ist eine unabhängige, gemeinnützige mexikanische Nichtregierungsorganisation, die von Don Samuel Ruiz García inspiriert und gegründet wurde. Sie setzt sich für Frieden, Gerechtigkeit und Würde ein, indem gesellschaftliche Akteure durch die Förderung und Vernetzung gemeinschaftsorientierter Prozesse und Initiativen gestärkt werden. Weitere Schwerpunkte umfassen die Erarbeitung von Analysen und Strategien sowie Bildungsarbeit, Forschungsprojekte und Publikationen sowie die Intervention bei Transformationsprozessen sozialer Konflikte. SERAPAZ setzt sich für friedensbildende Prozesse ein und begleitet diese. Dabei konzentriert sich die Organisation auf die armen Bevölkerungsschichten, insbesondere die indigenen Völker. Kon-

flikte werden als Ausdruck gesellschaftlicher Strukturen angesehen, die Ungleichheit, Verarmung und Ungerechtigkeit mit sich bringen. Diese Strukturen sollen umgewandelt werden, indem Konflikte auf politischem Wege und gewaltfrei gelöst werden. Weiterhin interveniert SERAPAZ bei Konflikten durch den Einsatz verschiedener Mittel wie Analyse, Bildungsarbeit, Entwicklung von Strategien, Konsensbildung, Ermöglichung des Dialogs und Mediation. Damit trägt die Organisation dazu bei, spezielle Lösungsansätze für verschiedenste Konflikte zu entwickeln. SERAPAZ hält es für notwendig, die Bedingungen für einen gesellschaftlichen Wandel zu schaffen, und fördert aus diesem Grund eine Kultur des Friedens, die auf dem Streben nach Gerechtigkeit und der Respektierung der Menschenrechte sowie inklusiven Dialogprozessen und der positiven Transformation von Konflikten beruht. Die Akteure, mit denen SERAPAZ hauptsächlich arbeitet – vor allem, wenn sie sich in Konfliktsituationen befinden, die aus ihrem Einsatz für ihre Vorschläge, Forderungen oder Rechte entstehen und/oder wenn sie Repressalien und Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind und/oder ausgeschlossen sind und auf ihre jeweilige Weise für Gerechtigkeit und die Schaffung von Alternativen kämpfen, – sind:

- » indigene Dörfer, Gemeinden und Organisationen in Autonomieprozessen
- » Gemeinden und soziale Organisationen, die ihr Land und ihre Ressourcen verteidigen
- » zivilgesellschaftliche und soziale Zusammenschlüsse, Organismen und Netzwerke in strategischen Konfliktsituationen
- » soziale Bewegungen
- » entstehende Bewegungen
- » indigene Gemeinden und Organisationen
- » die Frauen, die an diesen Bewegungen bzw. Prozessen beteiligt sind
- » Opfer, die in Verbindung mit Prozessen stehen, in denen es um Würde, Gerechtigkeit und Wandel geht.

Sven Berger

Dr. Sven Berger ist Leiter des Referats Schwere und organisierte Kriminalität (ÖS I 2) beim Bundesministerium des Innern.

Rodolfo Casillas Ramírez

Rodolfo Casillas Ramírez ist seit 1991 Professor und Wissenschaftler an der mexikanischen Zweigstelle der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales – Flacso). Er war als Berater für verschiedene internationale Organismen tätig, darunter für die Internationale Organisation für Migration zur Durchführung von Untersuchungen zum Menschenhandel in Tapachula (Chiapas) und Mexiko-Stadt, wobei der Handel mit zentralamerikanischen Migrant_innen in Mexiko und das organisierte Verbrechen untersucht wurden. Er gehört der Interministerialen Kommission zur Vorbeugung, Bekämpfung und Sanktionierung von Delikten des Menschenhandels (Comisión Intersecretarial para Prevenir, Combatir y Sancionar los Delitos en Materia de Trata de Personas) sowie dem Beratungsausschuss der Mexikanischen Migrationsbehörde (Consejo Consultivo del Instituto Nacional de Migración) an. Über den Menschenhandel in Mexiko hat er zwei Bücher verfasst und an zwei weiteren mitgearbeitet:

1. *La trata de mujeres, adolescentes, niñas y niños en México. Un estudio exploratorio en Tapachula, Chiapas, México*, Herausgeber: Comisión Interamericana de Mujeres, Organización de Estados Americanos, Organización Internacional para las Migraciones, Instituto Nacional de las Mujeres y el Instituto Nacional de Migración, 2006, 267 Seiten;
2. *Me acuerdo bien... Testimonios y percepciones de Trata de niñas y mujeres en México*, Herausgeber: Comisión de los Derechos Humanos del Distrito Federal, Organización Internacional para las Migraciones, Asamblea Legislativa del DF, 2007.

Flacso

Die mexikanische Zweigstelle der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (Flacso México) entstand 1975 aufgrund eines Abkommens zwischen der mexikanischen Regierung und einem lateinamerikanischen System namens Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (Flacso). Ein Jahr später nahm sie ihre akademische Arbeit auf. Die Fakultät in Mexiko ist eine der 13 akademischen Einrichtungen dieses Systems, die in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern angesiedelt sind. Höchstes Organ der Flacso ist ihre Mitgliederversammlung, die sich aus Vertreter_innen sämtlicher Mitgliedsstaaten des Flacso-Vertrages zusammensetzt. Reguläre Versammlungen finden alle zwei Jahre in verschiedenen Ländern der Region statt. Flacso México ist im Obersten Rat und im Leitenden Komitee vertreten. Hauptsächlich widmet sich Flacso México der akademischen Ausbildung (für Postgraduierte in Sozialwissenschaften), Forschung und Publikation.

Carlos Fazio

Carlos Fazio stammt ursprünglich aus Montevideo (1948) und nahm 1982 die mexikanische Staatsbürgerschaft an. Er ist investigativer Journalist und Akademiker. Außerdem ist er als Forschungsprofessor für den Postgraduiertenstudien-gang für Menschenrechte an der Universidad Autónoma de la Ciudad de México (UACM) und als Dozent an der Fakultät für Politik- und Sozialwissenschaften der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM) tätig. Regelmäßig schreibt er für die mexikanische Tageszeitung La Jornada und die uruguayische Wochenzeitung Brecha aus Montevideo. Er war Berater für die UNESCO und UNICEF sowie Direktor der Lateinamerikanischen Agentur für besondere Informationsdienste (Agencia Latinoamericana de Servicios Especiales de Información – ALASEI). Weiterhin ist er Mitglied der Ethikkommission zur Aufklärung der Wahrheit für den Fall Kolumbien. Im Oktober 2012 arbeitete er bei der Internationalen Kommission zur Klärung der gravierenden Menschenrechtsverletzungen in der Comuna 13 von Medellín, Kolumbien, mit. In Mexiko gehörte er der Zivilen Kommission für Gespräche zwischen der Regierung des Bundesstaates Guerrero und den Studierenden der Normal Rural Isidro Burgos in Ayotzinapa, Guerrero an, bei denen es um den Mord an zwei Studierenden im Dezember 2011 ging. Weiterhin ist er Mitglied des mexikanischen Kreises des Netzwerkes Intellektueller zur Verteidigung der Menschheit (Red de Intelectuales en Defensa de la Humanidad). An den Weltsozialforen in Genf (2001) und Mexiko (2008 und 2010) beteiligte er sich als Referent.

Jürgen Grässlin

Jürgen Grässlin ist Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.). Im Jahr 2011 wurde ihm der Aachener Friedenspreis verliehen. Grässlin ist Verfasser zahlreicher kritischer Sachbücher über die Rüstungs-, Militär- und Wirtschaftspolitik. Im Mai 2013 erscheint sein „Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient“.

Ska Keller

Ska Keller ist seit 2009 Mitglied des Europaparlaments, Mitglied im Handelsausschuss, im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei und in der Mexiko-Delegation. Außerdem ist sie Stellvertreterin im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und in der Delegation der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer. Zuvor war sie bei der Federation of Young European Greens unter anderem Kampagnenkoordinatorin, Fundraiserin, Sprecherin (2005-2007) und Vertreterin im Vorstand der Europä-

ischen Grünen Partei (2005-2007). Bei B90/Die Grünen war sie Geschäftsführerin des Kreisverbands Spree-Neiße (2002-2009), Mitglied des Landesvorstands in Brandenburg (2005-2009), Kovorsitzende und frauenpolitische Sprecherin (2007-2009). Außerdem war sie bis 2009 für die Grüne Jugend u.a. Mitglied im Bundesvorstand und der Internationalen Vertretung, Fachforum Europa, und Mitglied im Schiedsgericht. Von 1999 bis 2002 gehörte sie dem Internationalen Jugendverein Guben/Gubin e.V. an.

Luz Kerkeling

Luz Kerkeling ist Soziologe und arbeitet als Bildungsreferent, Journalist und Filmemacher sowie in diversen Nebenjobs zur Finanzierung seines Lebensunterhaltes. Er lebt in Münster und immer wieder auch in Chiapas. Er ist Mitbegründer der Gruppe B.A.S.T.A. (1995) und von Zwischenzeit e.V. (2002) in Münster und außerdem im pro-zapatistischen Ya-Basta-Netz aktiv. Von 2008 bis 2009 war er bei CIEPAC A.C. in Chiapas tätig und erarbeitete dort mit Kolleg_innen und Aktivist_innen aus oppositionellen Gemeinden Bildungsmaterialien über neoliberale ‚Entwicklungsprojekte‘ und den emanzipatorischen Widerstand dagegen. Im Jahr 2013 wird sein neues Sachbuch zum Thema „Südmexiko: Umweltzerstörung, Marginalisierung und indigener Widerstand“ erscheinen. Gemeinsam mit Dorit Siemers arbeitet er derzeit am neuen Dokumentarfilm „Wenn das Land zur Ware wird“, der sich mit der Zerstörung der indigenen Lebensweisen in Chiapas auseinandersetzt.

Rupert Knox

Rupert Knox ist der Mexiko-Researcher von Amnesty International. Seit zehn Jahren führt er in verschiedenen Landesteilen Mexikos Studien zu Menschenrechtsverletzungen durch und zeichnet verantwortlich für die Veröffentlichung einer Vielzahl von Berichten. Er arbeitet seit über 15 Jahren im Amerika-Programm des Internationalen Sekretariats von Amnesty International mit und verfügt über vielfältige Erfahrungen mit den Ländern der Region, einschließlich Kolumbien, Paraguay und Brasilien.

Amnesty International

Amnesty International ist eine unabhängige Menschenrechtsorganisation mit über drei Millionen Mitgliedern weltweit. Die Organisation fördert den Respekt und die Einhaltung internationaler und regionaler Menschenrechtsnormen. Seit über 40 Jahren dokumentiert Amnesty International Menschenrechtsverletzungen in Mexiko und hat auf der Grundlage von Informationen zur Menschenrechtssituation sowohl in Mexiko als auch auf internationaler Ebene Kampagnen durchgeführt.

José Rosario Marroquín Farrera

José Rosario Marroquín Farrera studierte Philosophie, Sozialwissenschaften und Religionswissenschaften. Er gehört dem Zentrum für theologische Reflexion (Centro de Reflexión Teológica) in Mexiko-Stadt an und arbeitet beim Jesuitendienst für jugendliche Freiwillige (Servicio Jesuita de Jóvenes Voluntarios) mit. Weiterhin war er von 2007 bis 2011 im Bereich Kommunikation und Analyse des Menschenrechtszentrums ProDH tätig, das er seit Mai 2011 leitet.

Menschenrechtszentrum Miguel Agustín Pro Juárez, A.C.

Das Menschenrechtszentrum Miguel Agustín Pro Juárez (Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín Pro Juárez) ist eine 1988 gegründete Nichtregierungsorganisation, die sich der Verteidigung und Förderung der Menschenrechte widmet. Von seinem Hauptsitz in Mexiko-Stadt aus arbeitet es mit Organisationen in sämtlichen Regionen des Landes zusammen, um Fälle vor lokalen, nationalen und internationalen Instanzen zu vertreten. Das Zentrum ProDH arbeitet darauf hin, strukturelle Veränderungen zu generieren, um der Gesellschaft eine gerechte Wahrnehmung sämtlicher Menschenrechte zu ermöglichen. Dabei konzentriert es sich vor allem auf verletzte Personen und Kollektive, insbesondere die indigenen Völker, Frauen, Migrant_innen und Opfer gesellschaftlicher Repressalien. Seit September 2001 besitzt das ProDH Konsultativstatus vor dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. Seit 2004 ist es bei der Organisation Amerikanischer Staaten (Organización de Estados Americanos) akkreditiert.

Guadalupe de la Mora Covarruvias

Guadalupe de la Mora Covarruvias ist seit etwa 30 Jahren als Schauspielerin und Kulturmanagerin tätig. Sie absolvierte ihren Master in Kultur und literarischer Forschung und ihren Doktor in Kulturpolitik und Kulturmanagement. Guadalupe de la Mora Covarruvias hat die drei Theaterstücke „Almas de Arena“, „Amor impune“ und „El jardín de las granadas“ veröffentlicht und außerdem als Koautorin über das Thema Stadtkultur publiziert. Derzeit ist sie verantwortlich für die Verwaltung kultureller Projekte an der Universidad Autónoma de Ciudad Juárez. Seit 2002 ist sie Mitglied der Gruppe Telón de Arena. Als Schauspielerin bekam sie ein Stipendium in der Kategorie Kulturschaffende des Nationalen Fonds für Kultur und Künste.

Perla de la Rosa

Perla de Rosa arbeitet seit mehr als 30 Jahren als Theater- und Filmregisseurin und als Schauspielerin. Sie ist Kunstdirektorin bei Telón de Arena, A.C. und Mitglied im nationalen Netzwerk für Kulturschaffende des nationalen Fonds der Kultur und Künste (Sistema Nacional de Creadores del Fon-

do Nacional para la Cultura y las Artes). Sie absolvierte den Bachelor für Bühnenliteratur und Theater an der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM) und einen Master in Kultur und literarischer Forschung. Derzeit lehrt sie Mexikanisches Theater an der Universidad Autónoma de Ciudad Juárez. Perla de la Rosa erhielt zahlreiche Auszeichnungen, unter anderem den Preis „Aurora Reyes“, verliehen vom Parlament Chihuahuas für ihre herausragende Leistung in der Bühnenkunst, sowie den Preis „Ariel“, verliehen von der mexikanischen Akademie für Künste und Filmwissenschaften für die „Beste SchauspielerIn“. Einige ihrer veröffentlichten Stücke sind „Antígona, las voces que incendian el desierto“ und „El enemigo“ sowie dramaturgische Adaptationen von „Bernarda Alba, la potestad del cuerpo“, „Una pareja abierta muy abierta“, „Divorciarse sin morir en el intento“, „Comala“ und „Más vale sola que mal acompañada“. Internationale Tourneen haben sie nach Deutschland, Spanien, Portugal, Ecuador, Brasilien und Kolumbien geführt.

Telón de Arena, Asociación Civil

Es handelt sich um eine professionelle Bühnenkunstgruppe, die sich der Produktion und Verbreitung von Bühnenspektakeln widmet und ihren Sitz in Ciudad Juárez im mexikanischen Bundesstaat Chihuahua hat. Ziel der Gruppe ist es, durch ihre Arbeit Räume der Reflexion und des Zusammenlebens zu schaffen und zu bieten. Außerdem führt sie im Rahmen des „Laboratorio Escénico Teatro de Fronteras“ Theaterstücke auf und Workshops durch und entwickelt Theaterprojekte an Schulen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Auseinandersetzung mit Problematiken wie Gewalt, Macht, Migration, Armut, Ungerechtigkeit und Ungleichheit, die aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Dieser Ansatz kommt auch bei der Dramaturgie zum Tragen. Das Projekt hat einen klaren sozialen Fokus: Bevölkerungsteilen mit geringem Zugang zu Kultur soll das Theater näher gebracht werden. Die Gruppe hat fünf internationale Tourneen in Europa und Südamerika durchgeführt, die sie nach München, Bochum, Aachen, Hamburg, Köln und Berlin (Deutschland), Granada (Spanien), sowie Quito, Guayaquil, Manta (Ecuador) und Cali (Kolumbien) führten. Desweiteren setzte sie zwei Koproduktionen mit dem Teatro Ibérico aus Lissabon und mit dem Teatro del Valle Independiente aus Cali um. www.telonderarena.org

Ana Lilia Pérez

Ana Lilia Pérez ist Journalistin und Schriftstellerin. Sie hat einen Master in Journalismus und akademische Abschlüsse in Geschichte, Politikwissenschaft und Finanzjournalismus. Ihre Artikel und Reportagen sind in zahlreichen mexikanischen Publikationen und internationalen Kommunikationsmedien erschienen. Sie ist Radio- und Fernsehkommentatorin für internationale Sender. Für ihre journalistische Arbeit hat sie Preise des Kinderhilfswerks der Vereinten

Nationen (UNICEF), des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (PNUD), der Nachrichtenagentur Inter Press Service (IPS) und der Föderation der Mexikanischen Journalistenverbände (Felap) bekommen. Dreimal erhielt sie den Journalismus-Preis der Organisationen der mexikanischen Presse. Im Oktober wurde sie mit dem Medienpreis der Stadt Leipzig ausgezeichnet. Sie ist Autorin der Bücher „Sonda de Campeche – Paradigma de explotación laboral“ (ITF 2009), „Camisas Azules, manos negras – El saqueo de Pemex desde Los Pinos“ (Grijalbo, Random House Mondadori) und „El Cártel Negro – Cómo el crimen organizado se ha apoderado de Pemex“ (Random House Mondadori). Außerdem ist sie Mitautorin des Buches „Morir en la Miseria“ (Océano).

Agnieszka Raczynska

Derzeit ist Agnieszka Raczynska Exekutivsekretärin des RedTDT, einer Organisation, in der sie seit fünf Jahren mitarbeitet. Seit mehr als 15 Jahren engagiert sie sich als Menschenrechtsverteidigerin und war dabei in verschiedenen Positionen auf nationaler und internationaler Ebene tätig, so beispielsweise als Mitglied der mexikanischen Sektion vom Amnesty International oder des mexikanischen Menschenrechtszentrums Fray Francisco de Vitoria.

RedTDT

Das RedTDT („Red Todos los Derechos para Todos y Todas“) ist ein Raum für den Austausch und die Kooperation von Menschenrechtsorganisationen, die unter diesem Dach gemeinsame Strategien entwickeln, um die Verteidigung und Förderung sämtlicher Menschenrechte für alle Menschen effektiver zu gestalten. Derzeit besteht das Netzwerk aus 73 Gruppen, die aus insgesamt 21 Bundesstaaten Mexikos kommen. Die Mitgliedsgruppen teilen miteinander Informationen und Diagnosen über die jeweilige Lage der Menschenrechte vor Ort, sie entwickeln gemeinsame Strategien und versuchen, durch kollektive Aktionen Menschenrechtsverletzungen sichtbar zu machen. Das RedTDT beobachtet und dokumentiert Menschenrechtsverletzungen. Das Netzwerk erstellt gemeinsame Berichte und Dokumente, verbreitet diese auf nationaler und internationaler Ebene und nutzt sie zur Lobbyarbeit. Die Mitgliedsorganisationen des RedTDT sind vielfältige Nichtregierungsorganismen, die keiner Partei zugehörig sind.

Vidulfo Rosales Sierra

Vidulfo Rosales Sierra arbeitet seit zehn Jahren im Menschenrechtszentrum Centro de Derechos Humanos de la Montaña – „Tlachinollan“ und leitet derzeit dessen Rechtsabteilung. Er ist Menschenrechtsverteidiger und Anwalt und absolvierte sein Jurastudium an der Universidad Autónoma de Guerrero.

Centro de Derechos Humanos de la Montaña „Tlachinollan“

Das Menschenrechtszentrum Centro de Derechos Humanos de la Montaña „Tlachinollan“ ist eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Tlapa de Comonfort im südöstlichen mexikanischen Bundesstaat Guerrero. „Tlachinollan“ arbeitet seit 18 Jahren in der Berg- und Küstenregion (Costa Chica) in Guerrero und begleitet die indigenen Gruppen Na Savi (Mixteken), Me' phaa (Tlapaneken), Ñancuee (Amuzgos) sowie Mestizen in ihrem Kampf für Gerechtigkeit und die umfassende Respektierung ihrer Menschenrechte.

Bischof José Raúl Vera

José Raúl Vera stammt aus Acámbaro im mexikanischen Bundesstaat Guanajuato. Im Jahr 1968 schloss er ein Chemiestudium an der UNAM ab. Im November des gleichen Jahres trat er dem Predigerorden der Dominikaner bei. Am 29. Juni 1975 wurde er von Papst Paul VI. zum Priester geweiht. Im Jahr 1988 wurde er zum Bischof von Ciudad Altamirano im Bundesstaat Guerrero ernannt, wo er seine Arbeit in den Dienst der Armen dieser Region stellte. Im August 1995 wurde er Bischof-Koadjutor der Diözese San Cristóbal de las Casas in Chiapas. Seite an Seite mit Bischof Samuel Ruiz García arbeitete nach dem Aufstand der Zapatisten an einem Friedensprozess zwischen den indigenen Völkern von Chiapas und der mexikanischen Regierung. Im Jahr 1999 wurde er von Papst Johannes Paul II. zum Bischof von Saltillo, einer im Norden Mexikos gelegenen Diözese im Bundesstaat Coahuila, ernannt. In seiner Pastoralarbeit setzt er sich dort für eine integrale Evangelisierung der Männer und Frauen der Diözese ein. In Saltillo gründete er das Diözesanzentrum für Menschenrechte „Fray Juan de Larios“ zur Begleitung der Angehörigen Verschwundener in Coahuila und ganz Mexiko. Außerdem unterstützt er die Minenarbeiter_innen der Region bei der Verteidigung ihrer Arbeitsrechte, insbesondere hinsichtlich der Sicherheitsvorkehrungen bei ihrer Arbeit. Coahuila ist eine Region, die von mittel- und südamerikanischen Migrant_innen auf ihrem Weg in die USA durchquert wird. Raúl Vera hat in diesem Zusammenhang die Arbeit der Herberge „Belén Posada del Migrante“ unterstützt, von der aus nationale Strategien zur Verteidigung der Menschenrechte für Migrant_innen angestoßen werden. Er leitet das Diözesanzentrum für Menschenrechte „Fray Juan de Larios“ in Coahuila, das Menschenrechtszentrum „Fray Bartolomé de las Casas“ in Chiapas und das Indigenen-Missionszentrums (Centro Nacional de Ayuda a las Misiones Indígenas – CENAMI). Im Bereich der Nichtregierungsorganisationen ist er außerdem Ehrenpräsident des Solidaritätsnetzwerkes gegen die Straflosigkeit „Red Solidaria Década Contra la Impunidad“. Er gehört drei Tribunalen der Zivilgesellschaft an: dem Internationalen Gewissenstribunal der Völker in Bewegung (Tribunal Internacional de Conciencia de los Pueblos en Movimiento), dem Internationalen Tribunal für Gewerkschaftsfreiheit

(Tribunal Internacional de Libertad Sindical) und dem Ständigen Tribunal der Völker (Tribunal Permanente de los Pueblos). Im November 2010 wurde er in Norwegen mit dem Thorolf-Rafto-Gedenkpreis ausgezeichnet, und erst kürzlich war er als Kandidat für den Friedensnobelpreis in der engeren Auswahl.

Programm der Tagung

➤ Freitag, 30. November 2012

17.30 Anmeldung und Registrierung für die Tagung

19.00 Begrüßung und Einführung
 Ingrid Spiller, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin
 Carola Hausotter, Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko (DMRKM)

19.15 Keynote
Chancen des Rechtsstaates gegen Gewalt?
 Herausforderungen an die neue Regierung, die Zivilgesellschaft und internationale Akteure nach sechs Jahren «Drogenkrieg»
 Monseñor Raúl Vera, Katholischer Bischof, Saltillo
 Moderation: Wolf-Dieter Vogel, Journalist und Publizist, Berlin

20.00 Podiumsdiskussion
Alternativen zum Sicherheitsabkommen zwischen Deutschland und Mexiko
 Europäische und internationale Verpflichtungen zur Unterstützung der mexikanischen Zivilgesellschaft und des mexikanischen Staates
 Carlos Fazio, Journalist, Prof. UCAM/UNAM, Mexiko
 David Bermúdez Jiménez, Serapaz (Servicios y Asesoría para la paz), Mexiko-Stadt, Ska Keller, EU-Abgeordnete, Bündnis 90/Die Grünen, Brüssel/Berlin, Sven Berger, Referatsleiter Schwere und organisierte Kriminalität, Bundesministerium des Innern, Berlin
 Moderation: Ingrid Spiller, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

22.00 Ende der Veranstaltung

➤ Samstag, 1. Dezember 2012

9.00 Anmeldung

9.30 Keynote
Der ökonomische Zugriff der Kartelle auf die Ressourcen – Ausmaß und Auswege
 Ana Lilia Pérez, Journalistin, Mexiko/Deutschland
 Moderation: Harald Ihmig, em. Prof. Ev. Hochschule Hamburg

11.00 Pause

11.30 Gesprächsrunde

Antworten und Grenzen der Menschenrechtsarbeit in Mexiko angesichts der Eskalation von Gewalt und einer Vielzahl von «Gewaltakteuren»

Vidulfo Rosales Sierra, Menschenrechtszentrum Tlachinollan, Guerrero, José Rosario Marroquín, Centro ProDH, Mexiko-Stadt, Agnieszka Raczynska, Menschenrechtsnetzwerk «Todos los Derechos para Todas y Todos»
Moderation: Michael Windfuhr, stellvertr. Direktor Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR), Berlin

13.00 Mittagessen

14.30 Lesung I

«El Enemigo» (Der Feind)

Guadalupe de la Mora und Perla de la Rosa, Ciudad Juárez

Lesung II

«Palabras, Silencios y la Digna Rabia»

(Worte, Stille und die würdevolle Wut)
Kollektiv tonali/Mexiko-Initiative, Köln

15.30 Foren

F1 Auswirkungen von Militarisierung

Agnieszka Raczynska, Menschenrechtsnetzwerk «Todos los Derechos para Todas y Todos»
Perla de la Rosa, Schauspielerin, Ciudad Juárez, < Luz Kerkeling, Soziologe, Journalist und Filmemacher, Münster, Laura Baas, Sipaz
Moderation: Carolin Kollewe, Promovio, Cornelia Giebel, Universität Bielefeld

F2 Instrumentalisierung des Drogenkrieges

Antworten auf die Gewalteskalation und Diversifizierung der Methoden wie Verschwindenlassen, Morde, Vertreibungen – mit Carlos Fazio, Journalist, Professor UCAM/ UNAM, Mexiko, David Bermúdez Jiménez, Serapaz (Servicios y Asesoría para la paz), Mexiko-Stadt, Rodolfo Casillas Ramírez, Flasco, Mexiko-Stadt
Moderation: Christiane Schulz, Beraterin für Menschenrechte, Stuttgart

F3 Stärkung der Judikative als Alternative?

Beschränkung von Militärgerichtsbarkeit und weitere Mittel zur Bekämpfung der Straflosigkeit
José Rosario Marroquín, Centro ProDH, Mexiko-Stadt
Vidulfo Rosales Sierra, Menschenrechtszentrum Tlachinollan, Guerrero
Rupert Knox, Amnesty International, London
Moderation: Carola Hausotter, Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko (DMRKM), Katja Barth, Carea, Freiburg

F4 Waffenexporte und Sicherheitsabkommen

Deutsche Polizisten in Mexiko? Die Rolle der Polizei in Mexiko
Jürgen Grässlin, Buchautor und Sprecher der Kampagne «Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel», Freiburg
Monseñor Raúl Vera, Katholischer Bischof, Saltillo
Moderation: Peter Clausing, Publizist, Berlin

16.30 Kaffeepause während der Foren

18.30 Ende der Foren

➤ Sonntag, 2. Dezember 2012

10.00 Fish-Bowl

Schlussfolgerungen aus den vier Foren

Welche Antworten kann die Zivilgesellschaft auf die gravierenden rechtsstaatlichen Mängel geben?

Moderation: Carola Hausotter, Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko (DMRKM)

11.30 Pause

12.00 Abschlussplenum

Mafiokratie und Rechtsstaat

Welche Antworten kann und muss der mexikanische Staat geben, um Sicherheit und Menschenrechte zu garantieren?

Monseñor Raúl Vera, Katholischer Bischof, Saltillo
Ana Lilia Pérez, Journalistin, derzeit Deutschland
Vidulfo Rosales Sierra, Menschenrechtszentrum Tlachinollan, Guerrero
Moderation: Eckhard Finsterer, Misereor, Aachen

13.30 Verabschiedung

Ingrid Spiller, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin
Carola Hausotter, Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

13.45 Gelegenheit für Austausch und Absprachen



Selbstverständnis der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko

Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko ist ein Netzwerk von Hilfswerken und Initiativen, die in Deutschland zur Menschenrechtssituation in Mexiko arbeiten. Unser gemeinsames Anliegen ist die Unterstützung mexikanischer Menschenrechtsorganisationen in ihrem Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen und Straflosigkeit, für mehr Demokratie und Gerechtigkeit.

Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko gründete sich, um als Zusammenschluss von Organisationen die Öffentlichkeit in Deutschland über die Menschenrechtssituation in Mexiko zu informieren und im Interesse mexikanischer Partnerorganisationen Lobbyarbeit in Europa zu betreiben.

Damit wollen wir dazu beitragen, dass der mexikanische Staat den Verpflichtungen nachkommt, die er mit der Ratifizierung internationaler Menschenrechtsabkommen eingegangen ist, und die Menschenrechte nach innen garantiert. Ausgangspunkt unserer Arbeit ist die Situation in Mexiko, die immer noch durch schwere Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet ist.

Dazu gehören sowohl die Verletzung von bürgerlichen politischen als auch von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten, die sich beispielsweise in dem fehlenden Zugang zu Bildung und Gesundheit ausdrückt, sowie in der Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung. Insbesondere die indigene Bevölkerung Mexikos leidet nach wie vor unter Diskriminierung und Missachtung ihrer Rechte. Die aus dieser Gesamtsituation resultierenden Proteste sozialer und indigener Bewegungen werden oftmals durch staatliche Organe gewaltsam unterdrückt.

Dabei kommt es immer wieder zu Folterungen, willkürlichen Verhaftungen, Vertreibungen und dem „Verschwindenlassen“ von Menschen, bis hin zu Ermordungen, ohne dass die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Menschenrechtsverteidiger_innen und Journalist_innen, die sich den Fällen von Menschenrechtsverletzungen annehmen, sehen sich häufig gewaltsamen Angriffen und Drohungen ausgesetzt. Auch massive Gewaltverbrechen wie die seit 1993 begangenen und bis heute andauernden Frauenmorde in Ciudad Juárez oder das 1997 begangene Massaker an Angehörigen der indigenen Völker in Acteal, Chiapas, sind bis heute nicht aufgeklärt und werden auch weiterhin nicht in adäquater Weise verfolgt. Die Straflosigkeit gehört daher in Mexiko zu einem der größten Probleme im Kontext der Menschenrechtsverletzungen.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko dafür ein,

- » dass die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Menschenrechte sowie die indigenen Rechte in Mexiko eingehalten werden.
- » den Opfern von Menschenrechtsverletzungen zu Gerechtigkeit verholfen wird.
- » der Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen Einhalt geboten wird.
- » die Arbeitsmöglichkeiten und die Sicherheit mexikanischer Menschenrechtsverteidiger_innen verbessert und garantiert werden.

1. Introducción: México – ¿Estado de derecho?

México es considerado un país emergente con una economía fuerte. Para la Unión Europea (UE) – y de manera destacada para Alemania – México goza de una consideración especial, sobre todo en lo que se refiere a las relaciones económicas así como a la coordinación y cooperación a nivel político. Un crecimiento anual promedio del 12% en las exportaciones alemanas hacia México pone de relieve la importancia económica de dicha relación. Así mismo, el gobierno alemán otorga una importancia especial a la «igual comprensión de valores» entre los que se cuentan democracia, derechos humanos y Estado de derecho que comparten Alemania y México.

A pesar de que la política exterior mexicana ha logrado crear en el extranjero una imagen positiva del país en cuestiones de derechos humanos, a día de hoy, la realidad en México muestra problemas graves y frecuentemente crónicos que afectan a los elementos claves de un Estado de derecho. Una y otra vez, observadores en esta materia informan sobre violaciones sistemáticas de los derechos fundamentales.

En el contexto de la «guerra contra el crimen organizado», iniciada por el anterior presidente Calderón en el año 2006, más de 60,000 personas han sido asesinadas, con tendencia alcista. A pesar de esta exorbitante cifra, la prensa alemana informa muy poco sobre el trasfondo de esa violencia, y mucho menos sobre el rol que juegan los más de 60,000 soldados que están movilizados en el interior del país, cumpliendo tareas policiales. Esta operación militar ha conllevado un claro aumento de los casos de tortura así como de las detenciones arbitrarias. Además, algunos sectores del ejército y de la policía están siendo responsabilizados de coautoría en casos de ejecuciones extrajudiciales y desaparición de personas. Tanto el mínimo porcentaje de casos resueltos como la alta impunidad (que rodea estos delitos) indican graves deficiencias del Estado de derecho.

El 1 de julio de 2013 tuvieron lugar elecciones presidenciales en México. El nuevo presidente, Enrique Peña Nieto, tomó posesión el 1 de diciembre de 2012. En este contexto, l@s participantes de la conferencia “México – ¿Estado de Derecho?” que tuvo lugar entre el 30.11. y 2.12.2012 en Berlín, debatieron las siguientes preguntas: ¿Cómo se puede evaluar la estrategia de militarización de los años 2006 hasta 2012? ¿Que alternativas sociales, políticas y económicas existen para enfrentar las actuales tendencias? ¿De qué manera se pueden promover el Estado de derecho y una mayor democratización del país? L@s participantes en la conferencia reflexionaron sobre posibles reacciones de organizaciones no gubernamentales y de los movimientos sociales ante la extrema violencia.

Esta conferencia internacional de tres días, en la que participaron muchos y muchas ponentes de México, retomó la larga tradición de la red «Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México» de organizar, a intervalos regulares, conferencias sobre selectos temas de derechos humanos, y se entendió como una plataforma para la articulación y el intercambio entre profesionales en la materia y el público general interesado.

2. Las posibilidades del Estado de derecho contra la violencia

En su ponencia inicial, [José Raúl Vera](#), obispo de Saltillo en el Estado mexicano de Coahuila, ilustró la situación actual en México a través del ejemplo de «tres tragedias» con las cuales está en contacto continuo debido a su trabajo como obispo y defensor de derechos humanos. Consideró que los tres casos ameritaban una fuerte necesidad de actuación tanto desde la sociedad civil como desde el nuevo gobierno mexicano.

Primero, se refirió a la difícil situación de las y los migrantes en su camino hacia los Estados Unidos de América (EE.UU).

A través del trabajo del equipo de “Belén, Posada del Migrante” en Saltillo, ofrece temporalmente hospedaje, alimentos y protección las personas migrantes que llegan solicitando apoyo en su trayecto. Refirió parte de la realidad que los y las migrantes viven al viajar encima de los trenes de carga, muchas veces convirtiéndose en víctimas de delincuentes. Según testimonios recabado en Belén, Posada del Migrante, se siguen documentado casos en que las fuerzas de seguridad de las empresas ferroviarias tiran a los migrantes de los trenes en marcha. Por causa de esto, mucha gente pierde la vida o sufre heridas graves. Así también pandillas de jóvenes armados y otros actores del crimen organizado regularmente asaltan a las personas migrantes durante su viaje para robarles o secuestrarles y exigir dinero de rescate. Muchas veces se les quitan los te-

léfonos celulares para contactar a sus familiares en sus países de origen o en los EE.UU. y exigir sumas de unos 3500 dólares. Por la documentación de las Casas de Migrantes y la Comisión Nacional de Derechos Humanos se pudo demostrar que del 2008 al 2011 cerca de 20,000 personas migrantes fueron secuestradas por año, generando ganancias de unos 50 millones de dólares al crimen organizado. Los testimonios de sobrevivientes del secuestro mencionan que si se niegan o no tenían datos de contacto, en muchos casos se les asesinaba. Tampoco son escasas las violaciones y otras agresiones contra la integridad de las personas.

Vera subrayó que el Estado mexicano tiene la obligación de proteger a la población migrante contra tales crímenes para garantizar su derecho humano a la integridad, sobre todo ante el hecho de que México había firmado diversos acuerdos internacionales de protección a los derechos humanos. A pesar de que los crímenes descritos son graves y numerosos, el Estado mexicano no cumple con su deber, creando un ambiente de impunidad casi absoluta para los autores de los delitos. Las fuerzas estatales de seguridad están, en muchos casos, directamente involucradas en las actividades del crimen organizado, tanto entidades federales como locales de la policía u otros funcionarios del gobierno. En los casos cuando las y los migrantes se atreven a denunciar su secuestro con la policía o Migración, no raras veces se les devuelven a sus captores y son asesinados. En este contexto, Vera señaló la gran responsabilidad y necesidad de actuar de parte del nuevo gobierno mexicano, que tiene que cumplir con sus deberes legales e impedir tales injusticias con medidas jurídicas y políticas de Estado.

Dijo que desde hacía un tiempo, existe una ley migratoria que prevee una visa de seis meses para migrantes que atraviesan México como país de tránsito para llegar a los EE.UU. Sin embargo, los requisitos para obtener dicha visa es casi imposible de cumplir para quienes por necesidad y pobreza tienen que migrar. Se exige, por ejemplo, la presentación de los documentos completos de identificación, tanto como un contrato de trabajo en los EE.UU. y la disponibilidad de recursos económicos bastante altos. Por lo tanto, la mayoría de l@s migrantes se encontraban de forma irregular en México, igual que antes de la ley, lo cual les colocaba en una situación de gran vulnerabilidad frente a los ataques antes mencionados. También en esta materia sería muy importante la actuación del nuevo gobierno mexicano.

Según el obispo Raúl Vera, los únicos lugares que ofrecen amparo, son las posadas y albergues de migrantes que trabajaban de forma similar a la mencionada “Posada, Belén” en Saltillo. Existen varios de ellos a lo largo de las rutas migratorias más importantes a través de México. La fuerza de la sociedad civil que mantiene los albergues de migrantes, también se empeñan en defender los derechos

políticos de las personas migrantes, dijo Vera. Sin embargo, era un deber de toda la sociedad civil mexicana e internacional ejercer ante el gobierno mexicano una presión aún más fuerte que la realizada hasta el momento.

La segunda “tragedia” a la que se refirió el obispo, era la situación de los trabajadores en las minas de carbón. Subrayó que las condiciones de trabajo en el campo de la minería se caracteriza por ser extremadamente peligrosas, y durante el siniestro en la mina Pasta de Conchos el 19 de febrero del 2006, la gestión de la crisis fue un desastre total. La tecnología que se usó era anticuada, y no se cumplía con las normas legales de seguridad. No existían caminos o alternativas de evacuación. Los responsables de la empresa y los expertos correspondientes tardaron cinco días en llegar al lugar del accidente. Sin vacilar, declararon que cualquier medida de rescate era demasiado peligrosa, lo cual no se pudo comprobar después. El rescate de los cuerpos nunca lo quisieron realizar debido a que de hacerlo se podría comprobar que estos pudieron haber sido rescatados vivos de haber actuado a tiempo y hubiera demostrado las graves responsabilidades de la empresa por no contar con las medidas de seguridad necesarias. El obispo Vera, consideró una urgencia que las y los trabajadores mineros, tanto como la sociedad civil, se organicen de una manera más intensa que hasta el momento para presionar de manera conjunta a las empresas mineras y al gobierno para que cumplan con su responsabilidad y con sus obligaciones de obrar con diligencia y respeto a los derechos humanos.

La tercera “tragedia” a la que se refirió el obispo Vera, era la llamada “guerra contra el narcotráfico” en general, que inicia en 2006 bajo la responsabilidad del Presidente Calderón y, hasta la fecha, había dejado cerca 60,000 muertos. Ante todo, Vera criticó la actuación de las fuerzas armadas que, en parte, incluía graves violaciones a los derechos humanos como ejecuciones extrajudiciales y tortura. En muchos casos, no se castigan este tipo de crímenes. Es común que varios casos no se abran investigaciones judiciales o se archiven los expedientes. Además, Vera criticó la – aparentemente descuidada – actitud de la Procuraduría General de la República; por la denuncia del presunto involucramiento en un caso lavado de dinero de parte del banco HSBC en beneficio del crimen organizado, por un monto aproximado de siete mil millones de dólares. Según la versión oficial, sólo se había localizado una suma de 360 millones de pesos mexicanos. En consecuencia, la institución bancaria sólo se le asignó una pequeña multa, y nadie fue procesado ni encarcelado por este delito.

Vera subrayó además que el Presidente Calderón, siempre ha estado rechazando cualquier responsabilidad por los crímenes e irregularidades cometidos por agentes estatales en

el marco de la llamada “guerra contra el narcotráfico”. Vera destacó la necesidad de que la sociedad civil nacional e internacional actúe de una forma decidida, sobre todo para exigirle también al nuevo gobierno mexicano el cumplimiento con las normas del Estado de derecho, y demandar un fin de la escalada de violencia.

3. Alternativas al convenio bilateral en materia de seguridad entre Alemania y México

El tema del coloquio fue el convenio bilateral en materia de seguridad entre Alemania y México, proyectado desde el año 2010. El contenido del mismo pretende orientarse principalmente al asesoramiento y cooperación policial en el campo de la lucha contra el “crimen organizado”. Dadas las numerosas violaciones a los derechos humanos por parte de los órganos mexicanos de seguridad y la estrecha vinculación entre órganos de seguridad y el crimen organizado, muchos grupos de la sociedad civil en ambos países abrigan importantes reservas y dudas con respecto a dicha cooperación. El debate durante el coloquio se caracterizó por un análisis crítico del convenio proyectado. Por un lado se argumentó que, apoyando a México en el desarrollo de una policía alineada con los principios del Estado de derecho, era posible reforzar las bases de un proceso de democratización que era, contemplado en contexto, bastante joven, y contribuir de tal forma al combate efectivo contra el crimen organizado. Este argumento fue fuertemente criticado en muchas intervenciones que destacaron como las propias fuerzas de seguridad constituían una parte del problema y no parte de la solución. Con el apoyo al aparato de seguridad mexicano en el contexto de la cooperación bilateral proyectada se corría el peligro de apoyar indirectamente los abusos cometidos por fuerzas estatales contra la población civil y de impulsar una extensión de la escalada de violencia. En lugar de un convenio de seguridad, se demandaba en este contexto una política de apoyo a la sociedad civil mexicana, presionando al mismo tiempo al gobierno mexicano para que hiciera valer los derechos humanos, permitiera una verdadera democratización y combatiera las raíces sociales del crimen organizado, como la extrema pobreza, la deficiente educación y la grave desigualdad social.

Sven Berger, director de la unidad “Delincuencia grave y organizada” del Ministerio Federal del Interior de Alemania, defendió la primera línea de argumentación. Explicó que el objetivo del convenio era, en primer lugar, mejorar la cooperación con respecto a la delincuencia grave y organizada, el tráfico de drogas, la trata de personas y el terrorismo. Fue México el país que tomó la iniciativa proponiendo a Alema-

nia estos convenios que se esperaba que se firmarían en 2014. En México, la contraparte sería la Procuraduría General de la República y sería posible una cooperación con el Departamento Federal de Investigación Criminal y la policía federal alemanes. En cuanto al contenido, posibles medidas para apoyar serían la capacitación de unidades policíacas mexicanas así como cursillos de formación sobre el trabajo en el lugar del crimen y capacitaciones específicas para comisiones (de investigación). Es decir, se trataba de transmitir el know-how (las buenas prácticas), y no de ofrecer apoyo financiero ni mucho menos de envíos de armamento y equipamiento. Berger confirmó una afirmación desde el público sobre supuestas exportaciones ilegales de armas desde el sector privado de la economía alemana, pero al mismo tiempo subrayó que ya se había abierto un procedimiento judicial contra los responsables, y que no se podía poner este caso en un mismo contexto con el proyectado convenio. Berger subrayó que se preveía para el lado alemán una función de asesoría y transmisión de conocimientos y que se dejaría la realización práctica de los mismos a la parte mexicana.

Además, Berger anotó que al parecer la actual estructura policial en México no tenía las capacidades suficientes para enfrentar la extremadamente problemática situación de seguridad ni con respecto a su cantidad ni a su organización. Como ejemplo, señaló que la policía federal mexicana era muy pequeña, solamente contando con 30,000 agentes. Destacó además la debilidad de las pequeñas unidades policíacas a nivel local que se veían desbordadas. En este contexto, el proyectado convenio de seguridad era una contribución importante para hacer posible que la policía mexicana se transformara. Solamente se podía trabajar con la policía mexicana tal como existía, ya que no era nada realista construir una policía completamente nueva. Sin policía no había ni Estado de derecho ni seguridad interna. La seguridad, indicó Berger, es una base fundamental para cualquier desarrollo social.

Berger consideró que la policía alemana realizando tareas de cooperación y asesoramiento era una contraparte muy adecuada para el lado mexicano, dado que, desde una comparativa a nivel internacional, actuaba de una manera muy “civil”, profesional y conforme al Estado de derecho.

Contestando una pregunta acerca del carácter democrático del Estado mexicano, Berger señaló que se habían llevado a cabo conversaciones con expertos del Ministerio Federal de Relaciones Exteriores de Alemania, concluyendo que México, aun siendo una democracia joven en el proceso de ser construida, era una democracia, a pesar de presentar todavía algunas deficiencias en cuanto a la aplicación del Estado de derecho. En base a estas consideraciones y también teniendo en cuenta la relación particularmente intensa y larga entre los dos países, el gobierno federal alemán considera-

ba al gobierno mexicano un socio cooperador adecuado. Preguntado por los casos de tortura por parte de la policía mexicana, Berger negaba tener informaciones al respecto.

Acerca de la pregunta sobre si el proyectado convenio iba a incluir cláusulas de derechos humanos y si se prevenían los respectivos mecanismos para su aplicación, Berger contestó que sí había un catálogo con estas cláusulas, sin embargo estaban redactadas de una forma muy general. Así, por ejemplo, se debían excluir la pena de muerte o la amenaza de la misma, lo cual ya estaba garantizado por el derecho nacional mexicano. Como ejemplo de un mecanismo de control, Berger mencionó el derecho de los grupos parlamentarios de la oposición a presentar interpelaciones acerca del convenio de seguridad y su implementación práctica. En estos casos, el gobierno federal estaba obligado a contestar conforme a la verdad. Sin embargo, no existían obligaciones a presentar informes generales y regulares, como p. ej. en los casos de operaciones militares en el extranjero.

Para [Carlos Fazio](#), periodista y profesor de Ciencias Sociales en la UNAM y la UCAM, actualmente no se podía hablar de ninguna democracia en México. En su opinión, el México de ahora era un Estado altamente infiltrado por criminales y, independientemente de eso, un Estado terrorista, y por lo tanto se tenía que rechazar categóricamente una cooperación en materia de seguridad, tal como estaba proyectada por el gobierno federal alemán.

Fazio explicó que ya desde los finales de los años 90, se podía notar el creciente entrelazamiento de los actores estatales, sobre todo del PRI, que en este tiempo todavía gobernaba, con el sector bancario y el crimen organizado. Este desarrollo había continuado hasta la fecha, e incluso se había reforzado. Hoy en día, las actividades legales e ilegales coexistían en el sector privado. De esta manera, en las empresas “legales” y los bancos se lavaba en gran estilo el dinero proveniente de la economía ilegal del crimen organizado. Diferentes niveles y actores del Estado participaban y se habían involucrado en estas prácticas. Por todo ello, Fazio también usó la expresión un “Estado criminal”.

Al mismo tiempo subrayó que, independientemente de la problemática del crimen organizado, el Estado mexicano ejercía una política terrorista frente a la población desde hacía años, que era comparable con la de las dictaduras latinoamericanas en la década de los años 70. Consideró que la ofensiva del gobierno – declarada como “guerra contra el narcotráfico” – era, en primer plano, un pretexto para ampliar a todo el país la militarización ya comenzada en los años 90 en el Estado de Chiapas con el fin de aplicar medidas contrainsurgentes. Los objetivos, según Fazio, eran sobre todo el control militar de la población y particularmente la posibilidad de poder combatir con eficacia a los movimientos sociales de protesta. Recordó, casos de graves vio-

laciones de los derechos humanos contra la población civil, como torturas, desapariciones forzadas y ejecuciones extrajudiciales cometidos por las fuerzas militares y de seguridad y que en su mayoría no eran investigados. También se refirió a ejemplos recientes en los que el ejército fue movilizadado contra miner@s en huelga. El trasfondo de esta situación, según Fazio, está en la estrecha alianza entre las élites de los partidos mexicanos en el gobierno con el capital nacional e internacional, resultando en una cooptación de facto del Estado mexicano. El objetivo sería facilitar el control y el acceso a territorios y recursos naturales a los capitales mencionados. La militarización de todo el país equivalía, en cierto sentido, a una guerra civil contra la población que, en el intento de defender sus territorios y sus derechos frente a la intervención del capital, se movilizaba cada vez más en movimientos ecológicos y sindicales, frecuentemente organizados como movimientos de base y anti-sistema.

Según Fazio, era de primordial necesidad una profunda transformación del Estado para acabar con la política terrorista dirigida contra la población y disminuir la influencia del crimen organizado en las instituciones estatales. Advirtió contra cooperaciones de seguridad con un Estado mexicano que no había concluido tal transformación, insistiendo en que al fin y al cabo, las cooperaciones de este estilo fomentaban tanto el terrorismo estatal como la escalada de violencia en México. En este contexto, condenó, entre otros, el llamado Plan Mérida, que contiene una cooperación en materia de seguridad entre México y EE.UU. Fazio expresó su temor de que esta iniciativa y el nuevo gobierno de Peña Nieto causaran un desarrollo al estilo colombiano, en el sentido de un mayor aumento de la paramilitarización y una continuación en la falta de implementación del Estado de derecho en lo que se refiere a la actuación de los órganos de seguridad estatales.

En lugar de firmar un convenio en materia de seguridad, Alemania debería poner el foco de sus relaciones diplomáticas con México en el respeto de los derechos humanos y ejercer presión al gobierno mexicano en este contexto.

[David Bermúdez Jiménez](#), el director de la organización no gubernamental mexicana SERAPAZ, también hizo una fuerte crítica a la política del gobierno Calderón. La movilización militar con el propósito de asegurar la seguridad pública, y la creación de una policía federal conformada por exsoldados del ejército y de la marina, fueron reacciones equivocadas ante la actividad del crimen organizado en México que habían tenido graves consecuencias para el país. Bermúdez Jiménez subrayó que muchas partes de México se encontraban, en cierto sentido, en un estado de guerra, y que tanto el ejército como la policía federal eran los responsables de graves violaciones de derechos humanos como torturas, asesinatos, detenciones arbitrarias, actos de violencia des-

proporcionados y acusaciones falsas. Además, ambos órganos de seguridad mantenían relaciones con el crimen organizado. En algunas regiones, las actividades criminales incluso habían aumentado tras el inicio de las actuaciones de la policía federal debido, según Bermúdez Jiménez a la estrecha complicidad entre la policía y el crimen organizado. Puso como ejemplo un caso de Ciudad Juárez, en el cual parecía que unidades policíacas habían participado directamente en un secuestro con una posterior exigencia de rescate.

Cuando se le preguntó si por principio pensaba que México era un Estado de derecho, Bermúdez Jiménez contestó con un claro “no”. Para él, México era un Estado que activamente violaba los derechos humanos y orientaba su política en contra de la gran mayoría de su propia población, no en último término favoreciendo los intereses del capital internacional.

Debido a su evaluación acerca del actual carácter del Estado mexicano y sus fuerzas de seguridad, Bermúdez Jiménez rechazó categóricamente el proyectado convenio de seguridad entre Alemania y México. De la misma forma, rechazó los convenios económicos bilaterales. Cualquier Estado que entraba en una de estas cooperaciones con México, de hecho se hacía cómplice, dijo Bermúdez Jiménez. También hizo referencia a la larga tradición de educar a militares mexicanos en los EE.UU. Sin embargo, era obvio que esta forma de cooperación en materia de seguridad no había resultado en que las fuerzas de seguridad actuaran más de acuerdo con los principios del Estado de derecho.

Otros países, como Alemania, en vez de acordar convenios de seguridad, debían ejercer presión al gobierno mexicano para que cumpliera con los estándares internacionales de derechos humanos y para que garantizara el Estado de derecho, incluyendo la consecuente persecución penal de crímenes cometidos por las fuerzas de seguridad.

Para concluir, Bermúdez Jiménez sugirió algunos pasos concretos para enfrentar la actual situación de violencia en México y frenarla por lo menos en parte. Según él, el ejército debía someterse a una jurisdicción civil con la facultad de llevar procesos públicamente. Era la única forma de poner un fin al uso sistemático de la tortura por parte del ejército. Además, la formación de las fuerzas de seguridad estatales debía estar a cargo de instituciones civiles. Las leyes debían adaptarse a los estándares internacionales y luego realmente aplicarse. Finalmente, la sociedad civil mexicana también tenía que organizarse aún mejor para aumentar la presión en el gobierno con el objetivo de que cumpliera los derechos humanos, permitiera posibilidades de participación de la sociedad civil, e impulsara una democratización del Estado.

[Ska Keller](#), miembro del Parlamento Europeo (Los Verdes), informó sobre un viaje de delegación de vari@s parlamentari@s a México en octubre de 2012, que le había dejado la impresión de que la situación de los derechos humanos en México se había deteriorado. Durante su estancia en México, ONGs y personas afectadas por violaciones de derechos humanos repetidamente le habían preguntado a la delegación por sus posibilidades de influir en las relaciones internacionales entre la UE o Alemania y México para que éstas se enfocaran más en el cumplimiento de los derechos humanos. Keller subrayó que l@s diputad@s de la UE no tenían mucha libertad de acción en este contexto, pero que sí había algunas pocas posibilidades para ejercer una influencia. Por ejemplo, los contratos y convenios internacionales debían ser ratificados por el parlamento, dándole la posibilidad de insertar cláusulas de derechos humanos. Desgraciadamente, según Keller, “en muchos casos el papel era paciente” y las cláusulas acordadas no tenían ninguna, o solamente poca, relevancia en la práctica.

Keller se refirió también al diálogo político entre la UE y México, en el cual la sociedad civil había estado incluida. Sin embargo, en el transcurso del diálogo no se había implementado ninguna de las propuestas de la sociedad civil. Además, Keller subrayó que este tipo de diálogos, normalmente tenían como objetivos la liberalización de mercados y responder a intereses económicos, no asegurar el cumplimiento de derechos humanos. En este contexto, exigió una re-edición del Acuerdo Global entre Alemania y México para incluir un capítulo sobre sostenibilidad y derechos humanos.

Para dar un ejemplo positivo, mencionó el acuerdo con Colombia acerca del comercio de bananas, que incluía respectivas cláusulas de protección y la obligación de presentar informes acerca del cumplimiento de estándares mínimos respecto a la ecología y los derechos humanos. Semejantes instrumentos debían aplicarse también en las relaciones con México.

Además, Keller se pronunció a favor de tematizar las cuestiones de derechos humanos en la Comisión de Relaciones Comerciales y de establecer grupos de monitoreo para todos los países con los que la UE haya firmado contratos comerciales. Al mismo tiempo, México debía exigir también de la UE que se hiciera responsable de los casos de empresas e inversores europeos que contribuían a la violación de derechos humanos en México. En este contexto, remitió a los casos correspondientes en relación a proyectos eólicos y mineros en el Estado mexicano de Oaxaca.

Para concluir, Keller se pronunció a favor de que la política exterior tuviera como ejes centrales que la impulsaran el fortalecimiento de la democracia y el cumplimiento de los derechos humanos.

Desde el público se exigió, entre otras cosas, que Alemania impidiera las exportaciones legales e ilegales de armas a México en lugar de acordar convenios de seguridad con el gobierno mexicano cuyo deficiente carácter democrático se había comprobado científicamente en varias ocasiones. Además se añadió que también la policía en Alemania cometía violaciones de derechos humanos, y por lo tanto no era un socio cooperador adecuado para transmitir el know-how en materia de Estado de derecho.

4. La toma económica de los cárteles sobre los recursos mexicanos – dimensiones y salidas

En su ponencia, la periodista y autora [Ana Lilia Pérez](#) habló sobre su investigación acerca del crimen organizado en México y las conclusiones que resultaban de la misma.

Una de sus tesis principales fue la de que los cárteles mafiosos mexicanos habían podido aumentar en gran escala sus riquezas y su poder, a pesar de los seis años que ya duraba la llamada “guerra contra el narcotráfico” del gobierno Calderón. Según ella, los cinco cárteles mexicanos ahora eran los más grandes del mundo. Las autoridades de la UE consideraban al Cártel de Sinaloa el actor más peligroso del crimen organizado. Su líder más importante, “Chapo Guzmán”, aparecía en la lista Forbes de las personas más ricas del mundo. Este éxito económico de los cárteles, según Pérez, se debía a la creciente internacionalización y diferenciación de sus actividades, ya que hoy en día, estarían actuando en 50 países y en 22 campos de negocio, en parte legales, en parte ilegales. Actualmente, una de sus grandes fuentes de ingreso era, además del tráfico de drogas, prostitución, extorsión a cambio de protección, secuestros y trata de seres humanos, el tráfico de hidrocarburos. Según Pérez, eso era posible debido a la infiltración de los cárteles en la empresa paraestatal Petróleos Mexicanos (PEMEX). Además, hoy en día el crimen organizado participaba en muchas empresas de la economía formal, entre otras, en el comercio de minerales y de productos agropecuarias. El lavado de dinero de los cárteles mafiosos mexicanos se hacía ahora en todo el mundo, también en gran medida en la UE.

Por lo tanto, cualquiera podía convertirse en un cliente del crimen organizado sin siquiera darse cuenta, dijo Pérez. Según ella, la mencionada diferenciación económica y la internacionalización de los cárteles no hubieran sido posibles sin la complicidad de autoridades estatales y de grandes empresas.

Como ejemplo, Pérez se refirió al robo de 200 camiones cisterna, luego vendidos a EE.UU. por medio de empresas legales, supuestamente con la ayuda de emplead@s de aduana tanto mexican@s como estadounidenses.

Además, hizo una fuerte crítica de la estrategia adoptada por el gobierno Calderón para combatir el crimen organizado. Aunque las fuerzas de seguridad estatales habían tenido la mejor formación y disponían de buenos equipos, nada había cambiado respecto a su corrupción y su vinculación al crimen organizado. Debido a que, frecuentemente, el personal de las fuerzas de seguridad y el del crimen organizado era el mismo, el Estado, por medio de estos programas de formación, de facto había hecho posible la formación profesional de partes de la misma mafia. Pérez criticó que casi no se sancionaban los casos de lavado de dinero. En las ocasiones en que sí se hizo, la mayoría de las condenas fueron multas e incluso estas por lo general fueron muy pequeñas. Para Pérez, esto también demuestra la complicidad indirecta del Estado. Criticó que las actuales reformas de las leyes contra el lavado de dinero llegaban muy tarde, ya que los cárteles ahora ya estaban en una situación económica afianzada. Más allá de esto, era completamente usual que líderes detenidos y condenados de los cárteles mafiosos no tuvieran ningún problema en seguir llevando sus negocios desde las cárceles. Además, Pérez subrayó que México había firmado contratos internacionales respecto a la lucha contra la corrupción y, en el fondo, disponía de buenas leyes anticorrupción, sin embargo no se implementaban lo suficiente.

Por lo referente a su trabajo como periodista de investigación en México, Pérez informó que en varias ocasiones había sido víctima de fuertes amenazas que la habían llevado al exilio. Sin embargo, continuaba con su trabajo, porque para tod@s los ciudadan@s mexican@s había llegado el momento de superar la resignación, asumir la responsabilidad con el país y esforzarse para lograr cambios. Pérez contó que en su papel de periodista recibía informaciones sobre altos mandos del gobierno así como sobre el crimen organizado. Era muy importante publicar estas informaciones ya que proporcionaban a la sociedad civil los argumentos que podían ser la base para formular demandas frente al gobierno y para poder desarrollar sus propias estrategias.

En opinión de Pérez, aparte del compromiso activo de la sociedad civil, otro paso importante para salir de la actual situación de violencia en México sería, entre otros, la creación de mecanismos para controlar el lavado de dinero a nivel internacional.

5. Respuestas y límites al trabajo por los derechos humanos en México ante la escalada de la violencia y diversos “actores de la violencia”

[Agnieszka Raczynska](#) de la red “Todos los Derechos para Todos y Todas” explicó que el período del gobierno de Calderón se había caracterizado por una falta de diálogo entre el gobierno y la sociedad civil. En comparación con el gobierno anterior de Vicente Fox, las posibilidades de expresar propuestas o críticas frente a la política nacional o participar en propuestas de leyes habían sido bastante limitadas. A partir del 2008, se había dificultado y criminalizado progresivamente el trabajo de activistas por los derechos humanos. En muchos casos, las denuncias por violaciones a los derechos humanos no se habían podido llevar a juicio. Desde 2010, la red “Todos los Derechos para Todos y Todas” había documentado un total de 56 casos de graves violaciones a derechos humanos cometidos contra activistas, dijo Raczynska.

Sobre todo las personas comprometidas activamente en la defensa de los territorios de sus comunidades contra el acceso de grandes empresas – en muchos casos internacionales – se encontraban especialmente amenazadas. Muchas veces era difícil tomar medidas de seguridad adecuadas en los territorios y regiones de trabajo de est@s activistas. Las agresiones más frecuentes contra activistas y defensores de derechos humanos eran las amenazas de muerte, seguidas de seguimiento, ataques físicos y tentativas de asesinato.

Raczynska relató que actualmente los Estados mexicanos con el mayor número de agresiones contra defensores de derechos humanos eran Chihuahua, Oaxaca y Guerrero. Subrayó que resultaba cada vez más difícil identificar a los perpetradores. Sin embargo, quedaba claro que en cuanto a la autoría de los casos de agresiones la policía ocupaba el segundo lugar y el ejército el tercero. Raczynska añadió que la respuesta de la sociedad civil hoy en día consistía en una mayor vinculación entre las organizaciones, facilitando el intercambio de experiencias e informaciones. Por medio de estas conexiones se superaron las dudas sobre cómo trabajar juntos entre los movimientos sociales del campo y las organizaciones de la ciudad. Además, se notaba un aumento del número de académic@s que facilitaban conocimientos a los diferentes actores de la sociedad civil. La colaboración entre las organizaciones hacía posible que pudieran actuar de forma conjunta para proteger a l@s activistas y a otros grupos de la población vulnerables. Además, Raczynska destacó la importancia de hacer visibles estos éxitos para poder oponer algo al objetivo de hacer callar a periodi-

stas y defensores de derechos humanos por medio de la ola de violencia que sufrían.

[José Rosario Marroquín](#), directo del Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín Pro Juárez (Centro ProDH), subrayó que la fuerte presencia militar azotaba la sociedad y que las fuerzas de seguridad sistemáticamente hacían uso de la tortura para arrancar confesiones. Puso el ejemplo de Atenco, donde en el año 2006 numerosas mujeres fueron víctimas de agresiones sexuales, unos hechos que seguía siendo encubiertos por el nuevo presidente Peña Nieto, en aquel tiempo gobernador del Estado de México (Atenco es un municipio del Estado de México).

Marroquín destacó que la reciente reforma de las leyes agrarias ponía un nuevo límite a la defensa de los derechos humanos económicos, sociales y culturales. Se abolía la Secretaría de la Reforma Agraria, y los títulos colectivos o territorios que hasta ahora habían sido la propiedad inalienable de comunidades agrarias, se tratarían en el futuro como si fueran propiedad privada, facilitando a las empresas la toma de territorios comunales. El Estado otorgaba concesiones a las empresas para que pudieran entrar en negociaciones sobre venta de tierras con los miembros de una comunidad o de una cooperativa agrícola. Según mostraba la experiencia, en estas negociaciones se hacían promesas como el “impulsar el progreso y el desarrollo” y la “creación de puestos de trabajo”. Para decidir si se podían vender ciertas partes del territorio comunal, bastaba con la aprobación por mayoría simple en la asamblea comunitaria, aunque no estuvieran presentestodas las personas con derecho a voto, relató Marroquín.

Un problema más en relación al acceso a los recursos naturales y al disfrute de los derechos económicos, sociales y culturales era, según Marroquín, la progresiva admisión del cultivo de maíz transgénico en México. Recientemente, en noviembre de 2012, el gobierno había publicado un documento indicando que sólo entre 30 y 40 lugares en México donde explícitamente estaba prohibido cultivar maíz transgénico, ya que en estos lugares existían variedades de maíz criollo. La conclusión inversa era que, en principio, existía la posibilidad de realizar tales cultivos en el resto de las regiones de México. En Tamaulipas y Sinaloa, ya se habían consignado terrenos a empresas con este fin. Marroquín subrayó que en México, mucha gente llevaba años luchando contra el avance de las empresas alimenticias cuya estrategia era talar los bosques, fragmentar el paisaje por medio de carreteras, y promover el cultivo de maíz transgénico. Además, destacó que el Centro de Derechos Humanos ProDH facilitaba a los afectados medios para defenderse frente a estas empresas.

[Vidulfo Rosales Sierra](#) del Centro de Derechos Humanos de la Montaña “Tlachinollan” habló sobre la situación en el es-

tado de Guerrero. En esta región, altamente marginalizada, particularmente la población indígena y rural experimenta problemas estructurales. Rosales hizo referencia a la “guerra sucia” del gobierno mexicano contra insurgentes y la población civil en Guerrero, entre otros estados, en los años 1970; dijo que desde entonces, en este estado existe un movimiento civil luchando derechos fundamentales, incluyendo acceso al sistema de salud, a viviendas, en concreto por tener una vida digna.

La gravedad de la situación en el estado se refleja en que en Guerrero se documentó el 70% de los casos de desapariciones forzadas del país consecuencia de la constante represión y militarización. Igualmente, cuatro sentencias de la Corte Interamericana de Derechos Humanos se enmarcan en el contexto de Guerrero. Rosales Sierra destacó que estas violaciones a los derechos humanos no se han esclarecido. La situación en Guerrero no ha mejorado hasta hoy, por el contrario, una y otra vez se repite la misma sucesión de actos de violencia: desapariciones forzadas, tortura, asesinatos. Al mismo tiempo, según Rosales Sierra, hay que destacar el trabajo de la sociedad civil en Guerrero con sus grandes contribuciones a la democratización desde los años 70, si bien con un altísimo costo de vidas.

Como ejemplo exitoso del trabajo de derechos humanos, Rosales Sierra hizo referencia a las demandas de Inés Fernández Ortega y Valentina Rosendo Cantú. En 2002, ambas mujeres indígenas Me’phaa fueron víctimas de violaciones de derechos humanos cometidas por elementos militares en Guerrero; sus denuncias fueron llevadas ante las instancias internacionales. Por causa del juicio de la Corte Interamericana de Derechos Humanos, el Estado mexicano había reconocido su responsabilidad de esta violación de derechos humanos. Rosales Sierra destacó que a partir de ambas sentencias, se habían creado estándares para restringir – por lo menos de manera jurídica – la extensión del fuero militar en casos de violaciones de derechos humanos cometidos por elementos del ejército.

Otros éxitos concretos del Centro de Derechos Humanos de la Montaña “Tlachinollan” que mencionó Rosales Sierra, habían sido el impedimento de que fuera impuesto el megaproyecto hidroeléctrico “La Parota” en la zona rural de Acaapulco, evitando que se expulsaran 90,000 campesinos y campesinas de sus tierras, y una exitosa acción constitucional, facilitando el acceso al sistema de salud a más de 10,000 indígenas en la comunidad indígena Na Savi, Mini Numa en la región de la Montaña de Guerrero.

Referente al Estado de Derecho en México, Rosales Sierra subrayó que aunque había muchas leyes y mecanismos jurídicos, no se implementan ni aplican debidamente, estando claramente ausentes los mecanismos de control. Por ejemplo, se puede retirar mandatos por referendo, pero nun-

ca se hacía. Lo mismo aplicaba a posibles medidas disciplinarias contra funcionarios públicos.

Para concluir, Rosales Sierra reiteró la necesidad de que los movimientos sociales se solidaricen todavía más entre ellos, haciendo mención a que estos procesos están presentes.

6. Foros

Foro I: Impactos de la militarización

Agnieszka Raczynska, secretaria ejecutiva de la Red de Organismos Civiles RedTDT, en su ponencia inicial habló de las causas y los impactos de la actual militarización en México. Destacó que en la historia más reciente de México y en la historia de varios Estados mexicanos, se habían repetido las fases de militarización. La militarización era una estrategia para perseguir no sólo objetivos singulares sino, en la mayoría de los casos, un conjunto de objetivos al mismo tiempo. Por eso, para entender la militarización – también la actual – era imprescindible analizar profundamente los intereses políticos y económicos en México. De esta manera, en el caso de la llamada “guerra contra el narcotráfico”, había que tener en cuenta que la relacionada militarización había empezado en directamente después de la toma de protesta del presidente Calderón en 2006. Dado que el resultado de las elecciones había sido objeto de mucha discusión, se podría estimar que la ofensiva militar contra el crimen organizado había sido, en primer lugar, una estrategia de legitimación del nuevo presidente.

La elección de combatir el crimen organizado, prioritariamente por medios militares, había tenido consecuencias desastrosas para el país. El nivel de la violencia había aumentado de una manera extrema con un resultado de varias decenas de miles de muertos. Además, entre 2007 y 2011 se habían contabilizado unas 250,000 personas víctimas de desplazamiento forzado, unas 30,000 personas desaparecidas, y unos 20,000 niños convertidos en huérfanos. A esto se añadía el hecho de que la forma de actuar de las fuerzas armadas y de seguridad había violentado masivamente las garantías individuales y las libertades de los ciudadanos. En muchísimos casos se había obrado sin ninguna base normativa basada en el Estado de derecho, una situación que ya en sí supuso un gran peligro para la población. Raczynska relató que, según varias organizaciones de derechos humanos, en todo el país se producían – de forma regular y, en parte, sistemática – casos de abuso de autoridad y de uso excesivo de la fuerza por parte de las fuerzas de seguridad. Por ejemplo, los retenes del ejército en las carreteras constituían un alto riesgo. Se conocían muchos casos en los

que allí se había disparado a la gente por bagatelas. Los casos de tortura imputados a las fuerzas de seguridad habían aumentado en un 500% desde 2006. Además se responsabilizaba al ejército de gran número de ejecuciones extrajudiciales, expulsiones violentas y desapariciones de personas. Este panorama también se reflejaba en el aumento del número de recomendaciones que las comisiones nacionales de derechos humanos hacían llegar dado a la Secretaría de Defensa. El número de denuncias por graves violaciones a los derechos humanos imputadas al ejército, en las que se basaban estas recomendaciones, había aumentado de 182 en el año 2006 a 1626 en el año 2011.

Después de la presentación de estas perspectivas sobre la situación general en México, [Luz Kerkeling](#), sociólogo, periodista y director de cine de Münster, Alemania, habló sobre el altísimo nivel de militarización en el Estado de Chiapas, que había comenzado a mediados de los años 1990 y persistía hasta hoy. Formuló la tesis de que la alta presencia militar en Chiapas servía a élites locales, nacionales e internacionales para conseguir sus intereses capitalistas. Se trataba, sobre todo, de la comercialización de recursos naturales, y se manifestaba principalmente en monocultivos, instalaciones turísticas, construcción de carreteras, presas y en la minería.

Además, la militarización tenía el fin concreto de dirigirse contra el movimiento zapatista y sus estructuras autónomas. Kerkeling explicó que muchas comunidades indígenas en Chiapas seguían sin integrarse en los predominantes mecanismos del mercado. Sin embargo, la constante presión del sistema económico actual hacia el crecimiento también aumentaba la presión en las comunidades zapatistas. En este contexto, la militarización servía para abrir estos espacios para proyectos de desarrollo correspondientes a los planes económicos del gobierno, aunque fuera por medios violentos. Por lo tanto, una crítica a la militarización debía implicar el cuestionamiento del modelo clásico de desarrollo.

Kerkeling destacó que no se trataba de tener una visión romántica de la producción campesina de subsistencia en la que se basaban muchas comunidades indígenas en Chiapas; sin embargo, esta aseguraba al menos la supervivencia de estos grupos de la población. Sin embargo, muchas veces caían dependientes de grandes empresas agroindustriales como Monsanto o Bayer. Además, se podían notar otros efectos negativos. Kerkeling puso el ejemplo del cultivo extenso de tomates en algunas regiones de Chiapas donde se aplicaban de forma intensa agroquímicos tóxicos, resultando ya en deformaciones en niños cuando las madres habían trabajado en las plantaciones durante el embarazo sin haber sido informadas sobre la nocividad de las sustancias correspondientes.

Para Kerkeling, otro problema importante era la expansión de los monocultivos de la palma africana promovidos por el

gobierno, ejerciendo aún más presión sobre los tradicionales sistemas de subsistencia de la población y causando importantes daños ecológicos como la tala extensa de regiones de bosques y el grave deterioro en la fertilidad del suelo. Actualmente, en Chiapas se proyectaba la extensión del área de este cultivo de 50,000 a 90,000 hectáreas. A los campesinos y las campesinas que, por medio de pequeños regalos como esquejes y fertilizantes, se les había convencido a cultivar la palma africana, después de unos años se les encontraba a menudo en situaciones de marginalización y dependencia. Lo mismo aplicaba a la producción de caucho en Chiapas, que ya llevaba unos años más.

También los proyectos de turismo resultaban en una conversión igualmente problemática del uso del territorio en Chiapas. No eran raros los casos que se imponían estos proyectos contra la voluntad de la población, por medio de corrupción y de la fuerza de las armas. En muchas ocasiones, el llamado “ecoturismo” apenas era la punta de la lanza para apoderarse de espacios que hasta el momento habían quedado en buena medida excluidos de fines comerciales que llegaba acompañado de proyectos de infraestructura.

Para concluir, Kerkeling informó sobre un extenso proyecto de reasentamiento de parte del gobierno chiapaneco, que, argumentando que en Chiapas había 14,000 pueblos con menos de 100 habitantes, fomentaba su centralización en llamadas “ciudades rurales”, diciendo que era la única forma de facilitar la suficiente infraestructura de servicios a la población. En realidad, este proyecto significaba una fuerte intervención en la vida y economía de la población objeto del reasentamiento. El verdadero objetivo era la liberación de tierras campesinas para los planeados “proyectos de desarrollo”. Sin embargo, por el momento, este proyecto había fracasado según Kerkeling, y hasta ahora solamente se habían construido y inaugurado dos de las “ciudades rurales” proyectadas.

Destacó la importancia de seguir apoyando a los movimientos de resistencia en Chiapas y en México con sus modelos alternativos a la constante política de crecimiento económico de carácter neoliberal como la que fomentaba el gobierno.

[Laura Baas](#), integrante de la organización Sipaz, informó sobre los diversos objetivos que perseguía la alta presencia militar en Chiapas. En los años 1990, la militarización había tenido como objetivo principal la contrainsurgencia. También hoy en día, seguía cumpliendo en gran medida esta función, pero además servía para controlar la migración y combatir el crimen organizado. Como Kerkeling, Baas mencionó que también se tenía como objetivo imponer intereses económicos de valorización.

Con respecto a la contrainsurgencia, sobre todo dirigida contra el movimiento zapatista, la militarización iba mano

en mano con la paramilitarización, lo que se podría resumir en el término de una “guerra integral de desgaste”. Esta consistía en varias estrategias, entre ellas agotar por pasos económicamente a las comunidades insurgentes, desinformar de una manera bien calculada y dividir a la población según en principio “divide y conquista”, favoreciendo a algunas partes de la población y perjudicando a otras, y vinculando los servicios del Estado con el abandono de los movimientos insurgentes, entre otras medidas. Al mismo tiempo, el ejército ocupaba de forma sistemática los Altos de Chiapas, controlando caminos estratégicos e intentando corromper la población para reclutar informadores.

Además, Baas habló de un tipo de “economía ficticia” generada por las bases militares en su alrededor. Ficticia, porque terminaba en el momento en el que se marchaba el ejército. Además, la presencia militar tenía otros numerosos impactos en su entorno cercano: en muchos casos aumentaban el consumo de alcohol y drogas, la prostitución y la extensión de enfermedades venéreas. Baas destacó que la población local había realizado muchas protestas contra las bases militares, algunas con éxito.

Perla De la Rosa, directora y actriz de teatro y cine y directora artística del grupo de teatro “Telón de Arena”, habló sobre la militarización en Ciudad Juárez donde prevalece, desde hace años, un alto nivel de violencia que se expresa en feminicidios y criminalidad mafiosa. Allí, la militarización había comenzado en 2008, después de que el gobierno del Estado de Chihuahua solicitara ayuda al gobierno federal en el 2007 luego de una ola de 307 asesinatos. En consecuencia, 8000 soldados y otros 8000 policías federales llegaron a la ciudad. Sin embargo, no se había podido reducir el alto nivel de violencia. Es más, en 2008 había habido 600 muertos por violencia, en 2010 hasta 3500 muertos. También el número de secuestros y asaltos había aumentado, y muchos actos criminales se debían atribuir directamente a las fuerzas de seguridad. De la Rosa calificó la presencia militar como un ataque a la sociedad civil. Desde que el ejército se había retirado en 2011, la situación en la ciudad era un poco más tranquila. El número de muertos por violencia se había reducido a 1000 en 2011. También el número de ejecuciones había disminuido desde la retirada de la policía federal. De la Rosa acusó a Calderón de haber convertido la ciudad en un laboratorio de violencia, destruyendo tanto la economía como la vida.

Referente a todo México, De la Rosa destacó que en el pasado reciente habían producido más feminicidios que en toda la década de los 90, sin embargo, se subsumen en el contexto de la actual escalada de violencia y apenas se toma nota de ellos.

Uno de los problemas más graves está la ausencia de un poder judicial, resultando en la impunidad. Además, De la

Rosa se refirió a un alto número de niñas y jóvenes asesinadas. A las jóvenes en muchos casos les reclutaba el crimen organizado para ejercer actos de violencia extrema. Debido a las pocas posibilidades de educación y la ausencia de un sistema social, sobre todo las jóvenes y las pobres eran muy fáciles de reclutar. Además, el contexto de violencia tenía consecuencias sicosociales aun no previsibles para las jóvenes y, por lo tanto, para el futuro de la sociedad. De la Rosa destacó además el alto número de huérfanos, consecuencia de la violencia hasta ahora, y puso ejemplos de traumas que padecían muchas niñas y jóvenes debido a sus experiencias de violencia extrema.

Para concluir, De la Rosa exigió que se retirara al ejército de las calles, puesto que su presencia desde un principio no había significado ninguna seguridad para la población sino violencia y represión. Así fue en 1968 y esto no había cambiado hasta el día de hoy.

Después de las ponencias, se formaron tres grupos de trabajo para elaborar propuestas sobre cómo la sociedad civil podía enfrentar la militarización con su consiguiente contexto de violencia y otros efectos desastrosos.

Los temas que se trabajaron fueron consideraciones sobre cómo movilizar la sociedad civil frente a la militarización o las posibilidades que ofrecían las protestas públicas para lograr la retirada del ejército. Fue considerado como problemático en este contexto, que muchas personas en México todavía confiaban en el ejército. Esto era debido en gran parte a la información unilateral de los medios de comunicación. Era necesario aumentar el diálogo dentro de la sociedad civil, y, en caso posible, encontrar nuevas formas de educar y difundir informaciones para reconvenir a la población de que la estrategia militar no constituye una solución y superar su letargo. En este contexto se mencionaron, entre otros, un fortalecimiento del trabajo de relaciones públicas y la lucha para tener más libertad de prensa en general. Otra propuesta fue organizar lecturas, talleres de arte y la distribución de poesía para despertar el interés y la crítica. También se consideraron estrategias para repartir información visual. Surgió la idea de financiar tiempos de emisiones en los medios mexicanos con fondos alemanes.

Con respecto a la pobreza y la situación precaria de la juventud como una de las causas del ascenso del crimen organizado, se propuso reforzar la lucha para mejores posibilidades de educación y demandar una política social adecuada. También se centra en un tipo de „cooperación al desarrollo“ fueron las iniciativas socio-económicas y políticas que vienen de la sociedad civil mexicana sí mismos. También sugirieron que se investigara si las 1120 empresas alemanas que actuaban en México, cumplían con estándares sociales y, en caso necesario, ejercer presión para que lo hicieran. Se habló de una forma de “colaboración en ma-

tería de desarrollo” para apoyar las iniciativas socioeconómicas y políticas provenientes de la misma sociedad civil mexicana, como, por ejemplo, proyectos y estructuras auto-gestionados, como el proyecto de autonomía zapatista.

Referente a cómo se podía manejar la situación psicosocial de niños y jóvenes que habían experimentado situaciones de violencia, se propuso, entre otras cosas, ofrecer a las víctimas proyectos de arte y teatro para que pudieran superar estas experiencias, y abogar a favor de una asistencia psicológica adecuada.

Foro II: La instrumentalización de la “guerra contra el narcotráfico”

En este foro se examinaron sobre todo tres aspectos de la actual situación de violencia en México. Primero, Rodolfo Casillas Ramírez, profesor en la Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (Flacso), sede México, informó sobre la forma cómo el crimen organizado, diferenciándose cada vez más en el transcurso de la “guerra contra el narcotráfico”, instrumentalizaba a los migrantes irregulares; segundo, Carlos Fazio, periodista y profesor en la UNAM y la UCAM, ilustró el panorama de un discurso de seguridad que se construía en los medios de comunicación y a través de la política para legitimar la llamada “guerra contra el narcotráfico” en el sentido de una militarización en todo el país y un estado de excepción de facto, caracterizado por la impunidad y dirigido a meter un miedo permanente en la población para desorganizarla. La manera de cómo esto funcionaba en detalle, fue el tercer aspecto, explicado por David Bermúdez Jiménez, director de la organización SERAPAZ, refiriéndose a los efectos sicosociales intencionales de la violencia sociopolítica en individuos y en la sociedad.

Rodolfo Casillas Ramírez destacó que el número de migrantes de Centroamérica, que atravesaban México hacia EE.UU. por razones económicas, había experimentado un aumento significativo a partir de los años 90. Durante mucho tiempo, los gobiernos de los países centroamericanos y de México, no habían tenido ningún interés en frenar las oleadas de migración. Al fin y al cabo, la emigración disminuía la presión de tener que cambiar algo respecto a la situación social y económica – muchas veces precaria – en sus propios países. A pesar de las negociaciones de los EE.UU. con los países centroamericanos acerca de un mayor control de las oleadas de migración, estas habían aumentado aún más después de los años 1990.

Más o menos a partir de 2005, según Casillas Ramírez, el crimen organizado en México, en el proceso de diferenciar-

se en diferentes campos económicos, había empezado con los llamados secuestros exprés de migrantes, en muchos casos exigiendo altas cantidades de rescate a los familiares de los migrantes en EE.UU. Esta práctica pronto se convirtió en un tipo de fenómeno de secuestro masivo. Casillas Ramírez subrayó que la mayoría de los migrantes se encontraba en un estado de indocumentación, puesto que muchos de ellos no contaban con ninguna visa de tránsito, lo cual aumentaba en gran escala su vulnerabilidad frente al crimen organizado. Hoy en día, continuó Casillas Ramírez, ya existía un sistema muy elaborado e incluso orientado en consideraciones basadas en la economía del mercado, para identificar a los migrantes más “valiosos” o de los que se podía extorsionar la mayor cantidad de dinero de rescate. Basándose en detalles conocidos sobre las estructuras y niveles de organización de las redes de migración entre los diferentes países de origen y los EE.UU., se deducía del origen de un/a migrante la solvencia de sus familiares en el país de origen o en los EE.UU., clasificando a los migrantes según su “valor”. Otros factores en la determinación del posible dinero del rescate, aparte del origen, eran también el sexo y el hecho de cuánto el/la migrante ya había avanzado en su ruta.

En sus viajes en los trenes de carga, los migrantes, una vez detectados como secuestrables – que cooperaba con los extorsionistas – eran inducidos a ubicarse en determinados vagones del tren, según su origen y “valor”, pre-clasificándolos de cierta forma. Así, cuando llegaba el momento, la delincuencia organizada con más facilidad podía identificar a las víctimas de entre el conjunto de migrantes en tránsito. La gestión del pago de rescate se pagan en la mayoría de los casos a través de proveedores internacionales de servicios financieros como por ejemplo Western Union. Si los migrantes o sus familiares no podían pagar el rescate, según Casillas Ramírez, tenían que “pagar la deuda trabajando”, por ejemplo denunciando a otros migrantes interesantes. Pero también en muchos casos se les asesinaba.

Además, Casillas Ramírez relató que había pandillas mexicanas de secuestradores que contrataban a ex policías o ex militares de países centroamericanos para que llevaran a cabo los secuestros y para torturar, mutilar o asesinar a migrantes.

Casillas Ramírez explicó que organizaciones, redes e instituciones como los albergues que apoyaban a los migrantes, se convertían cada vez más en blancos de intimidaciones de parte del crimen organizado y a veces tenían que pagar cuotas de protección. Los albergues existentes, de los cuales el 99.5% pertenecía a la iglesia católica, eran los únicos espacios de protección para los migrantes en su camino. Sin embargo, también se encontraban infiltrados por informadores de las pandillas de secuestradores y funcionarios de seguridad, traficantes de personas y bandas clandestinas de tráfico de mano de obra. El augurio delic-

tivo, desde esta perspectiva, ponía en crisis al sistema humanitario de atención a los migrantes internacionales.

El gobierno mexicano no hacía nada en contra de este sistemático secuestro masivo. No se castigaban las agresiones del crimen organizado contra l@s migrantes, según Casillas Ramírez. Por lo contrario, las autoridades hacían uso de prejuicios existentes para explicar los secuestros y dar la apariencia de estar ejercitando acciones penales. Por lo general, la policía perseguía a personas de piel oscura o con tatuajes, considerándolas como miembros de pandillas delincuentes de jóvenes o secuestradores, siguiendo el método de “pegar primero, investigar después”. El gobierno mexicano hizo muy poco, por no decir nada, para contrarrestar la corrupción en los altos niveles de la autoridad migratoria: durante los doce años de gobiernos panistas, por ejemplo, no hubo un solo caso de una alta autoridad sujeta a investigación, menos a castigo, por haberse corrompido; hubo nula atención a las reiteradas denuncias sociales al respecto.

[Carlos Fazio](#) formuló la tesis de que la actual militarización en México seguía un modelo parecido a la estrategia de militarización, paramilitarización y contrainsurgencia implementada en los años 1980 en Colombia. Allí se habían creado términos como “cártel de drogas” y “narcoterrorismo” que ahora marcaban el discurso mexicano. Incluso, ya se estaba hablando de la “narcoguerrilla”, refiriéndose al crimen organizado y al hecho que controlaba regiones enteras. Sin embargo, según Fazio, se trataba de un engaño intencional a la opinión pública. Había sido Hillary Clinton la que había insertado el discurso a los medios, proclamando que en México había un tipo de “insurrección de los cárteles de droga” contra el orden estatal, lo cual desde entonces se seguía repitiendo constantemente. También Barack Obama había llamado a México un “Estado fallido” con referencia a las actividades del crimen organizado.

En la opinión de Fazio, la “guerra” contra la delincuencia organizada, condicionando una militarización del país, no era nada más que un constructo desarrollado por l@s políticos en el poder y los medios, finalmente derivándose del discurso hegemónico estadounidense de la “guerra mundial antiterrorista”. En este contexto, Fazio hizo recordar que casi todos los medios de comunicación mexicanos, sobre todo la televisión y la radio, pertenecían a solamente seis familias, convirtiéndolos en un instrumento de los ricos y poderosos y de sus intereses.

En este contexto, para Fazio, el verdadero objetivo de la constante militarización y las masivas violaciones de derechos humanos impunes, cometidas por las fuerzas de seguridad, era controlar a la población, que se estaba organizando cada vez más en movimientos populares ecológicos y sindicales, y al mismo tiempo desorganizarla y desmovilizarla por medio

de la siembra de miedo y terror. Tal “estrategia de seguridad” finalmente servía a los intereses geopolíticos de los EE.UU tanto como a los intereses del capital nacional e internacional. Fazio también puso en este contexto el llamado “Plan Mérida”, una cooperación en materia de seguridad entre EE.UU. y México, en el marco del cual ya se habían facilitado 1.4 mil millones de dólares dirigidos a la ayuda militar y el suministro de armas. Al mismo tiempo, esta cooperación les permitía a los servicios secretos estadounidenses operar en territorio mexicano, lo que equivalía a una clara violación de la Constitución Mexicana y de la soberanía nacional.

[David Bermúdez Jiménez](#) habló sobre los impactos psicosociales intencionales de la violencia sociopolítica, que caracterizaba muchos regímenes abiertamente autoritarios y se habían convertido en una realidad en el actual contexto de militarización en México.

Este tipo de violencia, según Bermúdez Jiménez, siempre estaba estrechamente vinculada al ejercicio de poder por los autores de los delitos sobre las víctimas. Se aplicaba de forma estratégica y, de acuerdo con Carlos Berstein, tenía cuatro impactos intencionales:

- » El primero era romper las redes sociales y el tejido social solidario existente. A través de una violencia anónima y la difusión de rumores sobre los posibles autores de delitos, se sembraba la desconfianza dentro de las comunidades, resultando en la completa pérdida de confianza de los individuos en su entorno social, y, por lo tanto, en su aislamiento. Además, resultaba en mutuas acusaciones arbitrarias, llevando a la estigmatización de algunos individuos y la polarización de la comunidad y de la sociedad.
- » El segundo impacto era implantar, de manera intencional, el mecanismo del miedo y terror permanente. En primer lugar, el miedo era una reacción psicológica natural para provocar un ataque o una huida. Sin embargo, una situación de miedo constante resultaba en una transformación de la percepción de la realidad, impidiendo la toma de decisiones razonables y resultando finalmente en el desgaste y la apatía.
- » El tercer impacto consistía en la criminalización de las víctimas y, por consecuencia, la latente justificación de la violencia misma. Esto se lograba a través de hacer invisibles a los verdaderos autores e implantar la impunidad de sus delitos. Además, a consecuencia de la impunidad y de la justificación de la violencia, una repetición de los actos de violencia – sentida o real – siempre era posible.
- » El cuarto impacto era finalmente la transformación de la sociedad, para que la población aceptara silencio-

samente la violencia y para que cooperara con los autores de la misma, por ejemplo asumiendo el rol de denunciantes. .

Después de esta descripción, Bermúdez Jiménez hizo referencia a los impactos individuales para las víctimas de un constante empleo de violencia psicosocial. Consideraba que el proyecto de vida de estas personas quedaba trastocado. Las víctimas padecían de un tipo de trauma que, en muchos casos, no podían superar. Para superar experiencias de violencia o la pérdida de personas, por ejemplo, era necesario pasar por un proceso de luto, el cual en los casos de impunidad, de incertidumbre respecto a lo que había sucedido con las víctimas – por ejemplo cuando habían sido desaparecidas – y frente al constante peligro de que se repitieran las experiencias de violencia no podía tener lugar.

En muchos casos, los familiares de las víctimas no denunciaban los actos de violencia por el miedo de ser víctimas de los mismos hechos violentos. Esta era otra razón que hacía imposible cerrar los procesos de luto.

Las consecuencias eran un dolor permanente y la sensación paralizante de impotencia, lo cual a su vez conducía en muchos casos, a que se callaran delitos y a un aislamiento de las víctimas.

Bermúdez Jiménez subrayó que la violencia podía provocar diferentes reacciones en los diferentes familiares de las víctimas. En las sociedades de carácter patriarcal, especialmente los padres se sentían intensamente culpables, impotentes y fracasados, debido a la idea de no haber cumplido con el papel del padre protector.

Si las víctimas o sus familiares intentaran, a pesar de todos los obstáculos, superar la violencia, podrían cambiar las relaciones dentro de la familia y entre amigos. Algunos apoyaban a las víctimas y sus familias, otros se retiraban completamente, lo cual llevaba a una fragmentación de las redes sociales en el inmediato entorno de las víctimas. Además, en muchos casos, la experiencia de violencia y la consiguiente búsqueda de la verdad, justicia y rehabilitación tenían graves impactos económicos para la gente afectada, como el desempleo, deudas y pobreza.

También ocurría que muchas veces eran las mismas víctimas quienes justificaban la violencia, como un mecanismo para superar la frustración y el sentido de impotencia. En otros casos podía también haber una especie de violencia contra sí mismo u otros. En este punto, Bermúdez Jiménez puso el ejemplo de madres que, sin contar con el apoyo de sus familias, salían solas a buscar a sus hijos desaparecidos, por lo cual se podían exponer a grandes peligros. Para Bermúdez Jiménez, esto era una forma de autoagresión.

Un paso importante para que la sociedad civil encontrara una forma de enfrentar la violencia y reaccionara de una manera adecuada era, según Bermúdez Jiménez, que las víctimas y sus familiares formaran redes e iniciaran intercambios entre ellos. De esta manera, se podían impulsar importantes procesos de autoayuda y romperse el aislamiento.

Las víctimas adquirían de esta manera la habilidad para clasificar los actos de violencia y entender sus propias reacciones como consecuencias naturales ante circunstancias no naturales. Así también podían superar la vergüenza.

En México actualmente, el “Movimiento por la Paz con Dignidad”, encabezado por Javier Sicilia, es un actor importante en este campo de acompañamiento psicosocial. En 2011 y 2012, este movimiento había organizado diferentes caravanas de protesta como instrumentos importantes para divulgar la temática y darles una voz a las víctimas para que fueran escuchadas. Además del acompañamiento y la articulación en redes de víctimas, este movimiento de la sociedad civil también formuló demandas políticas para poner fin a la militarización del país y conseguir una indemnización de los afectados por la violencia.

Aparte de este movimiento por la paz, también existen en México varios comités de familiares y una plataforma en la que se organizan. SERAPAZ apoya el intercambio de estos comités que no sólo se componen de víctimas de la actual oleada de violencia, sino también de afectados por la llamada “guerra sucia” de los años 1970. Entre otras cosas, estos comités llevan a cabo diferentes acciones públicas para mantener vivo el recuerdo a las víctimas y hacerse escuchar en sus demandas de justicia.

A través de la formación de redes y actividades políticas conjuntas, las víctimas se han convertido en actores políticos activos y en sujetos luchando con dignidad por sus derechos, dijo Bermúdez Jiménez.

Foro III: ¿Fortalecimiento del poder judicial como alternativa?

En este foro, se debatieron los problemas claves del sistema judicial mexicano a nivel federal, nacional e internacional y recientes procesos de reforma. En este contexto, se tematizó la influencia del Sistema Interamericano de Derechos Humanos en México y las posibles oportunidades que podría ofrecer a México. Además, se elaboraron propuestas para enfrentar la disfuncionalidad del poder judicial mexicano.

En su ponencia, [Vidulfo Rosales Sierra](#) del Centro de Derechos Humanos de la Montaña “Tlachinollan” se refirió a la situación en el estado de Guerrero. Primero dijo que es una prioridad fortalecer el sistema jurídico, pero no era lo suficiente para resolver los problemas en materia del Estado de Derecho en México, ya que había otros sectores igual de importantes. En concreto, mencionó el cambio del poder judicial al sistema acusatorio que ya se encuentra implementado en todos los demás países latinoamericanos.⁴ Rosales Sierra apuntó que se encuentra previsto realizar este cambio en todos los estados mexicanos para 2016, sin embargo sólo cuatro estados han introducido el nuevo sistema procesal hasta el momento. Por lo tanto, la implementación de la reforma se encuentra retrasada. Sin embargo, aun con un cambio completo al nuevo sistema, en todo México persisten otros problemas como la falta de profesionalidad de la policía en las investigaciones. Lo único que l@s policías habían aprendido, es a reprimir, y no cuentan con los conocimientos necesarios para investigar un crimen de manera científica, según Rosales Sierra. Así, puesto que se cometen errores desde un principio, normalmente las investigaciones no avanzan. Igualmente, Rosales Sierra subrayó que los jueces y las juezas tampoco son independientes en su relación con el poder ejecutivo, dado que est@s son nombrad@s el gobierno, normalmente tras un proceso de negociaciones políticas. Para jueces y juezas no existía la posibilidad de un proceso de remoción – una vez nombrad@s son casi intocables. Además, much@s auxiliares de la administración de justicia son corrupt@s, aprovechándose de su posición para enriquecerse, dijo Rosales Sierra. Si bien existen órganos para controlar este problema, no son muy eficaces. Por ejemplo, en todos los niveles federales existe el “Consejo de la Judicatura” que funciona como mecanismo de rendición de cuentas tanto a los jueces y las juezas como a l@s fiscales. A sus miembros les nombra el Congreso a nivel nacional, lo que garantiza cierta independencia; pero a nivel estatal, l@s funcionari@s judiciales son l@s encargad@s de elegir sus miembros, quienes frecuentemente son nombrad@s por el gobierno.

Como ejemplo, Rosales Sierra relató que en 2012, el Centro de Derechos Humanos de la Montaña “Tlachinollan” presentó cuatro denuncias por corrupción contra funcionari@s de todos los niveles y todas habrían sido rechazadas. Los órganos de control responsables, según Rosales Sierra, sólo existían para crear puestos con el fin de facilitar prácticas clientelistas.

4 El sistema acusatorio, al contrario del sistema inquisitivo, fortalece la posición del acusado. Se caracteriza porque la acusación y el enjuiciamiento han de ser realizados obligatoriamente por órganos diferentes. Mientras que, siguiendo al sistema inquisitivo, el juez o jueza puede encargarse de la totalidad caso, en el sistema acusatorio no es posible que un mismo tribunal sostenga la acusación y la investigación. Esta medida implica una importante función de protección para la persona enjuiciada.

Otro problema consiste en las limitaciones debidas al llamado “Fuero Militar”, la jurisdicción militar. Hasta la fecha, los crímenes cometidos por militares sólo se podían ver en tribunales militares, impidiendo cualquier investigación independiente. Los jueces y las juezas en los tribunales militares son escogid@s y nombrad@s directamente por el Ministro de Defensa, y éste por el presidente. El tribunal de facto nunca ataca los altos rangos militares y nunca los hacía responder.

En el contexto de los casos de Valentina Rosendo Cantú y Inés Fernández Ortega, dos mujeres indígenas me’phaa violadas por elementos militares en Guerrero, la Corte Interamericana de Derechos Humanos ordena al Estado mexicano a llevar a cabo una reforma al Código de Justicia Militar para restringir el fuero militar en casos de violaciones de derechos humanos cometidos por elementos de las Fuerzas Armadas. La Suprema Corte de Justicia de la Nación (SCJN) ya había sentenciado en una ocasión que había que cambiar esta situación.⁵ Sin embargo, para realmente restringir la jurisdicción militar por medio de jurisprudencia, se necesitan un total de cinco decisiones de la SCJN al respecto. A esa fecha, habían 17 causas pendientes que podrían resultar en más resoluciones de este tipo. El poder legislativo también tiene la obligación de restringir la jurisdicción militar, sin embargo, el ejército se ha empeñado exitosamente en realizar un trabajo de ‘lobby’ para que no se haya logrado la reforma necesaria.

Con respecto al tema de la tortura, Rosales Sierra dijo que todavía representaba una realidad en el país. No se aplica el Protocolo de Estambul que prevé pasos a seguir ante la sospecha de actos de tortura. En el estado de Guerrero, hasta el momento la tortura no se encuentra tipificada en el Código Penal, lo que es un impedimento en sí para que los Ministerios Públicos abran investigaciones por este crimen.

Para concluir, Rosales Sierra expresó su gran preocupación sobre la actual reforma de las leyes agrarias: comenzando con las reformas de 1992, ahora se busca abolir todas las seguridades respecto a títulos colectivos o comunales y su inalienabilidad, logros alcanzados en la Constitución de la Revolución Mexicana de 1917. Esto es especialmente importante en relación a grandes proyectos del sector minero o eólico, cuyos inversores tienen planes de comprar grandes territorios. Hasta ahora, 15 proyectos de este tipo han sido rechazados por 17 núcleos agrarios a través de asambleas agrarias. Las nuevas iniciativas presentadas ante el Congreso buscan limitar estas posibilidades y y por lo tanto abrir el camino a inversiones.

5 Era el caso de Bonfilio Rubio Villegas: El equipo de Tlachinollan ha acompañado a los familiares de Bonfilio Rubio Villegas, joven indígena nuaa ejecutado extrajudicialmente en un retén militar en el estado de Guerrero, y su caso fue llevado hasta la Suprema Corte de Justicia de la Nación (SCJN) la cual decidió que el artículo 57 del Código de Justicia Militar es inconstitucional.

A continuación, [José Rosario Marroquín](#) del Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín Pro Juárez (Centro ProDH) habló a nivel de todo el Estado. Explicó que el poder judicial en México siempre había sido apenas un apéndice del poder ejecutivo, tanto a nivel nacional como a nivel federal. Eran muy escasos los casos en los que la Suprema Corte enjuiciaba casos por violaciones a los derechos individuales básicos. Mencionó dos ejemplos positivos – un caso de Guanajuato, otro de Guerrero – en los que la Suprema Corte había entrado en acción, resultando en la renuncia de algún@s polític@s.

A continuación, Marroquín contrapuso estos escasos ejemplos positivos con los casos de omisiones. Habló de dos casos concretos en los que la Suprema Corte sí había entrado en acción, pero a pesar de constatar graves violaciones a los derechos individuales, no se había llegado a ningún juicio porque supuestamente no se podía determinar a ningún culpable. Uno de ellos era el caso de la periodista Lydia Cacho que había sido detenida varias veces en el pasado y había recibido amenazas de muerte, en el otro se trataba del caso de violencia extrema ejercida por la policía con ocasión de las protestas que se habían llevado a cabo en la pequeña ciudad de Atenco en el Estado de México en 2006. Aunque en las dos ocasiones no se había podido superar la impunidad, la Suprema Corte había tenido que intervenir como un actor relevante, dijo Marroquín.

En 2009, la Corte estuvo en la posición de tomar una importante decisión sobre si un caso de Sinaloa, en el cual estaban involucrados miembros del ejército., debería ser enjuiciado ante un tribunal civil. Sin embargo, la Suprema Corte decidió por seis votos contra cinco, que no tenía la competencia necesaria para tomar esta resolución.

A pesar de todos estos pasos atrás, Marroquín expresó la esperanza de que hayan comenzado nuevos tiempos, justificando esta impresión en base a las sentencias de la Corte Interamericana de Derechos Humanos que cada vez más eran incorporadas en las resoluciones de la Suprema Corte de México.

Sin embargo, según Marroquín, l@s policías y militares aún eran tratad@s de una manera privilegiada tanto por la ley como desde los tribunales. Incluso había casos de intimidación del poder judicial por parte de las fuerzas de seguridad. Por lo tanto, en muchos casos no se podía hablar de la independencia de los tribunales, sobre todo en las zonas rurales.

[Ruperto Knox](#) de Amnistía Internacional se mostró de acuerdo con la ponencia de Marroquín. Él se refirió sobre todo al nivel internacional, explicando que su organización ya llevaba 50 años trabajando con respecto a México. Los temas centrales, aparte de la impunidad, siempre habían sido problemas en el sistema jurídico, como su alta dependencia

del poder ejecutivo, su intrasparencia y la extensión de la jurisdicción militar para investigar y procesar las violaciones de derechos humanos cometidos por miembros de las fuerzas armadas. También hoy en día, todavía en muchos casos se tenía que considerar al poder judicial, en particular a nivel estatal, como un instrumento del poder ejecutivo, más que un instrumento que aplica la justicia.

Sin embargo, el trabajo de las organizaciones de la sociedad civil había aportado mucho a crear una conciencia jurídica diferente y más positiva en l@s responsables de la toma de decisiones en México. Se hacía notar por ejemplo en el hecho de que México se orientaba en la jurisprudencia del Sistema Interamericano de Derechos Humanos, y en que se había comprometido a aplicar sus sentencias. Sin embargo, frecuentemente faltaban las capacidades necesarias y la voluntad política para llevar esto a la práctica – un problema que también existía en Europa.

La reforma constitucional mexicana de 2011 era muy importante, ya que implicaba el compromiso de aplicar las normas internacionales en materia de derechos humanos también en el interior del país. Según Knox, todavía había defectos grandes en el sistema de justicia, como la jurisdicción militar, pero por otro lado, muchas de las reformas recientes ni siquiera se habían podido imaginar hasta hace algunos años. Cuando se le preguntaron del pleno si l@s polític@s tenían un interés en crear instituciones jurídicas independientes, Knox contestó que no era muy probable.

Por ejemplo, para protegerse mejor a sí mismo en el caso de estar involucrad@s en actividades criminales, preferían tener instituciones dependientes. Sin embargo, existían rayos de esperanza, ya que el sistema jurídico estaba comenzando a trabajar de manera más independiente y con reformas en camino: Era igual de importante la influencia de la Suprema Corte que la presión internacional y de la sociedad civil nacional en el proceso de establecer un poder judicial independiente y de garantizar la protección de los derechos humanos en el sistema jurídica.

Luego de las intervenciones de los ponentes, en pequeños grupos se elaboraron diferentes evaluaciones y propuestas para mejorar el sistema judicial en México. También en este contexto, se calificaron de problemas graves la independencia de la jurisdicción militar, la dependencia y la corrupción en el sistema jurídico en general, la falta de profesionalidad de la policía judicial y la falta de transparencia en la administración de justicia. Además se criticó el hecho de que, sobre todo, l@s personas pobres no tenían acceso a una defensa adecuada por razones económicas y por lo tanto con frecuencia eran declarados culpables aunque fueran inocentes.

En principio, la reforma del derecho penal de 2008 fue considerada un paso positivo pero insuficiente. Por medio de

ella, se había introducido la presunción de inocencia en el sistema jurídico mexicano y se hacían posibles, entre otras cosas, procedimientos orales y públicos, posibilitando más participación de la sociedad civil.

Sin embargo, otros aspectos de la reforma del derecho penal fueron criticados. A causa de la introducción del nuevo sistema acusatorio, inspirado en el sistema anglo-americano, los jueces y las juezas ya no tenían la obligación de investigar. De este modo se dejó más margen de actuación para la actuación de procuradores de justicia (fiscales) potencialmente corruptos. Los jueces y juezas no podrían exigir pruebas adicionales a las que ya se habían presentado, y por lo tanto se limitaban a actuar como árbitros. Si la procuraduría de justicia no presentaba las pruebas suficientes o si estas simplemente no existían, los jueces y las juezas quedaban con las manos atadas.

Se propuso, entre otras ideas, un control mejor y más independiente de los órganos de justicia, para lo que la sociedad civil y sus organizaciones podían jugar un papel importante. También se puso a consideración la opción de fortalecer sistemas jurídicos alternativos – locales o indígenas. Además, l@s participantes del foro se expresaron a favor de reformar y profesionalizar los estudios y formaciones para l@s trabajadores de la administración de justicia con el fin de concientizarles sobre los principios del Estado de derecho. Se deberían contrarrestar de forma temprana estructuras clientelistas de pensar, el afán de enriquecerse y la corrupción, “despolitizando” la justicia. Esta propuesta se basó en la asunción que el problema principal estaba en la actitud de jueces, juezas y policías. Alguien dijo que el mejor sistema no servía de nada si faltaba la voluntad de aplicarlo bien.

Para la sociedad civil internacional no se identificaron muchas posibilidades de participar desde afuera en la creación de reformas útiles, ya que se trataba, en primer lugar, de una cuestión de la soberanía nacional. Sin embargo, podría ser importante la observación crítica de los procesos de reforma así como encuentros con el personal de la administración de justicia en México. Se consideró importante y deseable, aunque poco probable, que se aboliera la jurisdicción militar lo más pronto posible. El pacto civil-militar en el que se basaba la jurisdicción, ya existía desde 1940 en México sin hubiera sido tocado por ningún gobierno en todo este tiempo. Para concluir, l@s participantes del foro volvieron a plantear la pregunta de cuales eran las características de un Estado de derecho. No era suficiente que un Estado cumpliera las leyes, sino que al mismo tiempo la realización de los derechos humanos tiene que ser un objetivo fundamental.

Foro IV: Exportación de armas y convenio en materia de seguridad

El tema de este foro fue sobre todo la exportación de armas a México por empresas de armamento alemanas. Aunque se destacó el hecho de que el gobierno alemán de momento no realizaba exportaciones de este tipo, tampoco existía un embargo general que prohibiera a la economía privada llevarlas a cabo. A pesar de la prohibición de exportar armas a ciertos Estados mexicanos, las armas llegaban allí de manera ilegal.

Nuevamente se habló sobre el proyectado convenio en materia de seguridad entre Alemania y México. Había sido el gobierno mexicano el que había tomado la iniciativa con respecto a este convenio. El gobierno alemán en realidad lo consideraba un ‘abrepuestas’ para facilitar las exportaciones. Al fin y al cabo, México era uno de los seis nuevos mercados destinatarios que el gobierno alemán había definido para su propia economía. En el foro se subrayó que, según las leyes vigentes, había pocas bases que pudieran usarse para prohibir una cooperación policial en la forma proyectada, sin embargo, el hecho de que las ejecuciones extrajudiciales fueran una práctica común en México, podría ser uno de estos criterios. Por lo tanto, se propuso plantear este asunto en la Asamblea Federal de Alemania para provocar que l@s parlamentari@s reflexionaran con respecto al proyectado convenio de seguridad.

[Jürgen Grässlin](#), portavoz de la campaña “Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!” („Acción Grito – A detener el comercio de armas“), portavoz a nivel nacional de la Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (Sociedad Alemana de Paz – Objeto@s unid@s al servicio militar), DFG-VK, presidente del RüstungsInformationsBüro (Oficina de Información sobre el Armamento), RIB e.V. y autor, habló en su ponencia sobre la empresa alemana de armamento Heckler&Koch y sus supuestas exportaciones ilegales de armas a México, refiriéndose también a las exportaciones de armas alemanas en general.

Esta empresa de mediano tamaño sita en Rottweil, Alemania, era, según Grässlin, uno de los exportadores más importantes de armas ligeras a nivel mundial, y había posicionado algunos modelos, especialmente fusiles de asalto, con gran demanda en el mercado internacional. Uno de sus eslóganes publicitarios era aproximadamente “Menos munición con una cuota mas alta de tiros certeros”. Por lo tanto, no se hablaba de víctimas humanas sino de “soft targets” (en español: “blancos suaves”).

Grässlin destacó que H&K tenía concesionarios en otros 15 países del mundo, que fabrican el fusil “G3” de Heckler&Koch, desde los años 60 - entre ellos Irán, Pakistán, Arabia Saudita, Turquía y también México, todos países caracterizados por una desastrosa situación de derechos humanos.

Además, Grässlin explicó que en casi todos los conflictos armados de los últimos años se habían usado las armas ligeras de Heckler&Koch, también durante el genocidio en Somalia. En el Sudán, miles de personas habían sido asesinadas con armas de Heckler&Koch, y en el conflicto en Iraq, los mercenarios de la empresa “Blackwater” habían asesinado a civiles con las armas de esta empresa. Además, los talibanes en Afganistán y Pakistán usaban el modelo G3 que también era del concesionario “Pakistan Ordnance Factory” (POF). El balance era, según Grässlin, de al menos 1,6 millones de muertos en todo el mundo a causa de las armas de Heckler&Koch, que, por lo tanto, era la empresa más mortal de Europa. Si se relacionaba este número de víctimas con el número de empleados de Heckler&Koch desde la fundación de la empresa en 1949, se llegaba a aproximadamente 30 muertos por cada puesto de trabajo.

También mencionó que en los alrededores de Rottweil, otras empresas alemanas de armamento como Junghans (Diehl) y Mauser (Rheinmetall) tenían su sede. Rottweil era además el distrito electoral de Volker Kauder, miembro de parlamento alemán, presidente del grupo parlamentario de la CDU (Unión Demócrata Cristiana) y hombre de confianza de Angela Merkel, por lo cual Grässlin ve buenas relaciones entre la industria local de armamento y el gobierno federal.

En los años 2002 hasta 2005, bajo un Gobierno Federal Rojo-Verde en Alemania, estas empresas habían exportado más armas de lo normal, también hacia países con sistemas dictatoriales. Según Grässlin, Heckler&Koch había vendido entre 2006 y 2008 más de 9000 fusiles G36 a México, donde se habían equipado con estos fusiles a unidades policiales tanto a nivel nacional como a nivel estatal. También llegaban – de manera ilegal – a los cuatro Estados adonde, según la legislación alemana, de momento no se podía exportar armas: Chiapas, Chihuahua, Jalisco y Guerrero.

Después de conversar con un empleado de la casa Grässlin denunció en 2010 a H&K. Actualmente el gobierno alemán no autoriza la exportación de armas ligeras a México.

Desde entonces la procuraduría investiga contra *Heckler&Koch*. Sin embargo, la fiscalía responsable en Stuttgart ya llevaba dos años investigando y ha habido dos registros en la empresa. Grässlin exhortaba a la fiscalía a incoar lo antes posible un proceso penal contra la dirección de la empresa, porque hay pruebas contundentes. Se suponía que la dirección había permitido tanto las mismas exportaciones de armas como viajes de formación de policías a los Estados a los que se prohibía exportar armas de fuego. Después de la denuncia, el gerente Peter Beyerle había dejado su cargo, supuestamente por razones de edad.

Grässlin destacó que en Alemania casi nunca había procesos criminales por el comercio de armas. Hizo recordar el caso Schreiber, cuando se habían exportado de manera ilegal

tanques a Arabia Saudita. Sin embargo, a los responsables no se les había condenado por el comercio ilegal de armas, sino solamente por defraudación fiscal.

El mismo peligro existía en el proceso criminal contra *Heckler&Koch*: se podría acusar a la empresa de corrupción solamente. Esto, para Grässlin, implicaba la complicidad de las autoridades inspectoras alemanas y de la justicia alemana. Sin embargo la campaña “Acción Grito!” esperaba que tuviera lugar un procedimiento judicial explosivo contra la empresa de armas más grande de Europa. Además de Heckler&Koch, también había otras empresas alemanas exportando armas a México. Grässlin mencionó el ejemplo de la empresa Eurocopter, cuyo principal accionista era Daimler AG, y que tenía proyectada la exportación de helicópteros militares a México.

Por último, las exportaciones de armas a países en situación de crisis o de conflictos significaban una infracción al preámbulo y el art. 26 de la constitución alemana, dijo Grässlin. Las leyes de reguladoras de la exportación, en concreto, por ejemplo, la ley de comercio exterior y la ley de control de exportación de armas, dejaban demasiada libertad al comercio de armas. En la política alemana, además existían principios políticos para controlar la exportación de armas y estos no eran compatibles con exportaciones de armas a países donde se violaba los derechos humanos o donde había crisis o conflictos armados, pero estos principios solamente eran meras declaraciones de voluntad y no se tomaban en cuenta en la práctica. Era importante llevar estos principios también al nivel de aplicación de las leyes.

La práctica política del gobierno federal alemán, sin embargo y de momento, se dirigía en la dirección opuesta. Se mandaban menos soldados para que sirvieran en regiones de crisis y de guerra, pero se proveía de armas alemanas a los países en crisis. Alemania es desde hace años el tercer exportador de armas a nivel mundial, después de EE.UU. y Rusia.

Grässlin explicó que los países importadores de armas firmaban contratos especificando donde se daría uso a estas armas dentro del país (en alemán: el destino final). Sin embargo, en la práctica era evidente que muy a menudo se seguía exportando las armas a otros lugares, infringiéndose de forma habitual estos contratos que contienen declaraciones sobre el destino final. En este contexto, Grässlin se refirió a los resultados de viajes de investigación a diferentes países donde se habían encontrado armas exportadas a otros lugares de manera ilegal. En Alemania no existía ningún órgano de control o de sanción para verificar el verdadero paradero de las armas exportadas. El “Bundesausfuhramt” (BAFA), la administración que controla la exportación de armas, falla completamente.

Grässlin subrayó que el 78% de la población alemana estaba en contra de cualquier exportación de armas, sin embar-

go el gobierno no prestaba atención a esto y acordaba estos negocios en sesiones secretas. Respecto a México, Grässlin exigió un total embargo internacional de armas, considerando la situación de los derechos humanos y la implicación de las fuerzas de seguridad estatales en el crimen organizado.

Grässlin mismo consideraba viajar a México con el fin de investigar y documentar, junto con periodistas, médic@s y víctimas de la violencia, el uso de las armas exportadas por Heckler&Koch.

Grässlin propuso impulsar el entrelazamiento y el intercambio de información entre la sociedad civil alemana y mexicana acerca de las exportaciones de armas. Se podría invitar a activistas de la paz de México a Alemania. Además exigió que había que aumentar la presión en el gobierno federal alemán para lograr que las exportaciones ilegales de armas fueran castigadas de manera adecuada – como en el caso de Heckler&Koch – y para conseguir un reajuste de la política de exportación de armas. El sistema de exportaciones legales a países en crisis o en guerra igual que informaciones sobre la exportación ilegal de armas a México van a ser documentadas en su nuevo libro „Schwarzbuch Waffenhandel“ („Libro negro sobre el comercio con armas“) que va a ser publicado en Mayo 2013.

[José Raúl Vera](#), el obispo de Saltillo, hizo referencia a las ponencias de Carlos Fazio y Ana Lilia Pérez y sus análisis de la actual militarización de México. Se mostró de acuerdo con la tesis de Fazio, que la estructura del gobierno mexicana mantenía una simbiosis con la clase alta y el capital nacional e internacional, por lo cual buscaba imponer sus intereses como la toma de los recursos del país contra la mayoría de la población, en caso necesario por medio del control militar y la violencia. También secundó a Fazio y Pérez en que simultáneamente las instituciones estatales estaban altamente infiltradas por el crimen organizado. Muchas veces uno no sabía si en realidad estaba tratando con actores estatales o si ellos de hecho ya formaban parte del crimen organizado. Puso ejemplos de municipalidades de Chihuahua y Guerrero donde los cárteles del crimen organizado de facto nombraban a los jefes de policía. Por lo tanto, controlaban toda la policía y sus armas.

En este contexto, calificó de incongruente la actuación del gobierno federal alemán que, hacia afuera, siempre intentaba mantener una cara de preocupación y arrepentimiento, pero al mismo tiempo estaba haciendo negocios con un gobierno como el mexicano, acordando convenios y permitiendo las exportaciones de armas a México y otros países en conflictos violentos y en situaciones inaceptables con respecto a los derechos humanos.

Vera dijo que era absurdo permitir exportaciones de armas a todos los Estados menos a cuatro donde se prohibía. En la

práctica corriente, las armas compradas por autoridades federales mexicanas, por ejemplo, se mandaban internamente a estas regiones a través de instancias militares, aparte de otras vías intramexicanas de distribución que se podían imaginar. El obispo Vera dijo que no esperaba que la situación en México mejorara con el nuevo gobierno. Es más, era de temer que la política interior se orientara aún más en el modelo colombiano, implicando más violencia contra la sociedad civil. Al fin y al cabo, el consejero de seguridad del nuevo presidente Enrique Peña Nieto era el anterior general colombiano Óscar Naranjo Trujillo.

Se dirigió al gobierno alemán, solicitando que este orientara su política exterior con México desde aspectos de humanidad y sinceridad, y que actuara de forma sensata para evitar que se regara más sangre.

7. „Mafiocracia“ y Estado de derecho

En el pleno final se intentó vincular de nuevo la escalada de violencia en México, desencadenada por la militarización, el crimen organizado y la ausencia del Estado de derecho, con posibles respuestas. En sus respuestas, l@s ponentes hicieron una referencia especial a las posibilidades disponibles a la sociedad civil.

[Rodolfo Aguirre](#) de la oficina de la Fundación Heinrich Böll en México, habló en este contexto sobre el papel que podía jugar la sociedad civil en superar la violencia. Se refirió a los resultados de una conferencia de la Fundación Heinrich Böll que se había llevado a cabo en la Ciudad de México en 2011, organizado con la ayuda de organizaciones de Centro- y Latinoamérica y con su participación.

Primero, relató que luego de varios años de la escalada de violencia, en la sociedad mexicana ya se podía notar cierta pérdida de sensibilidad con respecto a la violencia masiva y el alto número de víctimas. En muchos casos, la sociedad ya ni mostraba casi ninguna reacción a las noticias de violencia. Las noticias aterradoras y los correspondientes destinos particulares ya no eran percibidos de ser tan escandalosos como se les correspondía en realidad. A esto, Aguirre lo calificó de paradójico en cierto sentido, ya que al mismo tiempo se extendía y fortalecía un clima de miedo colectivo.

Ahora México se tenía que plantear una pregunta central: ¿cómo se puede reestablecer una ética civil y una cultura de paz? Hoy en día, el ejército se movilizaba ampliamente en el interior del país, por ejemplo también en contra de estudi-

antes en protesta. Por lo tanto, hoy representaba sobre todo un órgano represivo. No siempre había sido así. Tradicionalmente, el ejército también había estado encargado de medidas de protección contra catástrofes en el interior, y por lo tanto gozaba de cierto aprecio por muchas partes de la población. Ante la actual movilización fuerte del ejército en el sector de la seguridad interior y sus consecuencias negativas en el sentido de una militarización general y la proliferación de la violencia, ahora había que reestablecer una cultura de legitimidad en México, tanto para los órganos estatales como en la sociedad en general. Esto implicaba una re-sensibilización con respecto a los actos de violencia que se cometían. Dentro de la sociedad se tenía que desarrollar nuevamente la conciencia general que la vida tiene un valor, es decir la vida de cada persona. Era necesario que la gente se volviera a dar cuenta que cada asesinato equivalía a un escándalo y una tragedia.

Aguirre informó que l@s participantes de la conferencia en Noviembre 2011 fueron varios actores de la sociedad civil provenientes de países que habían pasado por similares contextos de violencia como el que se encontraba ahora en México. El objetivo del encuentro había sido buscar, de forma conjunta, salidas de situaciones de extrema violencia y caminos hacia una ética civil y una cultura de paz, enfocándose en el papel de la sociedad civil. Finalmente se había realizado un intercambio de experiencias sobre diferentes estrategias, ideas y propuestas de soluciones por parte de diferentes actores de la sociedad civil provenientes de diferentes sociedades. Habían estado presentes actores de la sociedad civil de Argentina, Colombia, Italia y otros países, entre ellos también varios países centroamericanos.

Otra posibilidad para que la sociedad civil se empeñara en lograr una cultura de paz y una re-sensibilización de la sociedad, según Aguirre, era mostrar la historia y el destino de las víctimas en lugares conmemorativos y establecer una cultura de memoria en general. Como ejemplo se refirió a la forma de cómo hoy en día se manejaba el tema del holocausto en Alemania, y en concreto al Monumento del holocausto en Berlín.

También en México se notaba una tendencia alcista de nombrar a las víctimas públicamente, destacó Aguirre. Con respecto a la violencia hacia mujeres, se intentaba hacer visibles y condenar las relaciones estructurales de violencia y el uso abierto de la violencia.

En general, Aguirre lo consideró importante entender que los actores de la violencia – tanto los estatales como los del crimen organizado – no eran actores abstractos e independientes de la sociedad civil, sino que formaban parte de la sociedad en la que actuaban y al mismo tiempo eran un producto de ella. Por lo tanto era importante buscar soluciones en relación a la sociedad entera, incluyendo a la sociedad entera.

La periodista y autora [Ana Lilia Pérez](#) habló sobre la relación entre los actores estatales y la sociedad mexicana, y sobre las posibilidades de proteger a l@s periodistas.

En su opinión, la población mexicana no estaba consciente del poder que podía ejercer en el caso de unirse y formar una sociedad civil activa. Simultáneamente, según Pérez, hace tiempo l@s funcionarios del Estado se habían alejado de su actual tarea de servir a la sociedad. Por lo tanto, existía una perspectiva bipolar, localizando al Estado “arriba” y a la sociedad “abajo”. Había que superar esta perspectiva, y la sociedad tenía que empezar a ejercer influencia en el Estado. En este contexto, Pérez subrayó que el Estado no era el único culpable de las tendencias negativas en México; la sociedad en su conjunto era responsable de muchas cosas, por ejemplo de la libertad de movimiento con el que contaba el crimen organizado.

Por supuesto, no era para nada admisible y legítimo si un nuevo gobierno, como el del PRI actualmente, no demostraba sus ambiciones democráticas ni siquiera el día de su investidura (1 de diciembre 2013), oprimiendo violentamente una manifestación civil en su contra. Sin embargo, el Estado y el gobierno no eran los únicos responsables para proporcionar condiciones democráticas y civiles, sino era una tarea de toda la sociedad. Pérez abogó por el compromiso de la gente, que tenía que aprender a entenderse a sí misma como actor del cambio.

Referente a la situación de la prensa, Pérez destacó el altísimo número de crímenes violentos contra periodistas, que en su mayoría quedaban sin esclarecer. Aquí también se necesitaban estrategias de toda la sociedad para proteger a la prensa y a los medios en general, además de estrategias de autoprotección. En Perú, por ejemplo, los medios habían adoptado una estrategia exitosa: los artículos que podían provocar una respuesta violenta, se habían publicado al mismo tiempo en muchos medios diferentes. Era una forma de enfrentarse a posibles actores violentos de una manera unida y preventiva, quitándoles el punto de ataque que les podía ofrecer un solo periodista o un solo medio.

Sin embargo, en México prevaleía una división profunda entre los diferentes medios, dificultando un procedimiento unido. Por consecuencia de la oleada de violencia contra periodistas, junto con la impunidad y los mecanismos de autoprotección ausentes hasta ahora, hoy en día l@s periodistas en México se autocensuraban o se amordazaban a sí mismo para no convertirse en víctimas de la violencia.

Pérez destacó el papel importante que la sociedad podría jugar para superar esta situación. Por medio de su compromiso se podría crear un público más grande para que ni los medios la pudieran ignorar más.

Como un importante ejemplo reciente de cómo la sociedad civil podía levantar su voz contra las injusticias, Pérez se refirió al movimiento #YoSoy132. Para los jóvenes y estudiantes involucrados había sido, entre otras cosas, una forma de autognosis para que vieran que, siendo un movimiento activo de la sociedad civil, eran capaces de mover algo. En este caso los medios no habían podido ignorar este compromiso, ni siquiera el duopolio medial mexicano de la televisión lo había logrado, si bien lo había intentado al principio.

Pérez llamó a no perder la esperanza, a pesar de todas las perspectivas negativas, y a comprometerse para poder hacer uso del potencial de la sociedad civil y seguirlo desarrollando.

Vidulfo Rosales Sierra del Centro de Derechos Humanos de la Montaña “Tlachinollan” expresó su punto de vista, diciendo que era muy difícil proponer estrategias de solución en un contexto tan complejo como lo es el mexicano.

De acuerdo a Rosales Sierra, actualmente hay cierto número de movimientos y actores de la sociedad civil en México que se están organizando y actuando. También hay algunos partidos políticos que parcialmente se empeñan en lograr un cambio. Sin embargo, un problema importante es la gran fragmentación actual de los diferentes movimientos y actores políticos de la sociedad civil, quienes tienen dificultades en coordinar acciones conjuntas. Habría que lograr esto para llevar una lucha común. Sin embargo, una dificultad es que los llamados partidos de izquierda en México muchas veces no tienen objetivos claramente de izquierda. Algunos no solamente no cuentan con un concepto de izquierda, sino con ningún concepto claro, y por lo tanto cooperan con otros partidos y formando coaliciones.

Sin embargo, Rosales Sierra también mencionó varios éxitos. Por un lado, hasta hace poco tiempo, la jurisdicción militar en México había sido intocable. Gracias al compromiso y valor de las víctimas, ahora muchos procesos y cuestiones de derechos humanos han sido llevados a un nivel internacional, por ejemplo ante la ONU o el Sistema Interamericano de Derechos Humanos. De esta forma, se comienza a cuestionar la jurisdicción militar dentro de México. Para Rosales Sierra, allí se podía ver que por principio existe la posibilidad de tener éxito. A veces, el éxito es pequeño, pero dando muchos pequeños pasos en una buena dirección, también se pueden lograr cambios.

Rosales Sierra destacó que las organizaciones de la sociedad civil actualmente tienen que luchar sobre todo por derechos económicos y sociales, y demandar que estos se convirtieran en derechos exigibles. Relató cómo en Guerrero y Oaxaca, el gobierno intencionalmente se aprovecha de las rivalidades entre partes de la población para quitarles el

control sobre sus territorios y sus recursos naturales, lo cual permite deducir que hay que esperar una continua represión en estos casos. En este contexto, las fuerzas y organizaciones de la sociedad civil nacional e internacional pueden contribuir, por ejemplo, al respeto al derecho a la consulta y al consentimiento previo libre e informado, de acuerdo a los estándares internacionales, con el objetivo de que sea obligatorio consultar y escuchar a los pueblos indígenas en México, entre otros, antes de que actores estatales o no estatales puedan empezar a actuar en sus territorios.

Rosales Sierra también hizo recordar que cada cuatro años, México debe de posicionarse ante el Consejo de Derechos Humanos de la ONU respecto a diferentes temas en materia de derechos humanos, entre ellos tortura, condiciones de detención, violencia contra mujeres, entre otros. Subrayó que la próxima evaluación tendrá lugar en octubre de 2013 en Ginebra, y señaló la opción de participar para actores de sociedad civil internacional.

Además, Rosales Sierra informó que, en el marco del “mecanismo de protección para periodistas y defensores de derechos humanos” aprobado en México en el 2012, se había instalado hace poco un Consejo Consultivo con participación de la sociedad civil; sin embargo subrayó que es necesario que toda la sociedad civil esté pendiente de los avances en la implementación del Mecanismo. Rosales Sierra llamó a las organizaciones de la sociedad civil internacional a que se sumen a presentar su opinión para apoyar a las organizaciones mexicanas en los espacios internacionales. En este contexto, subrayó la gran importancia de este tipo de solidaridad. Como ejemplos de referencia puso la lucha contra el proyecto hidroeléctrico “La Parota” y las exigencias de libertad para el defensor de derechos humanos Raúl Hernández del estado de Guerrero, quien había sido condenado a una pena carcelaria a pesar de ser inocente. En los dos casos, la intervención de la sociedad civil internacional contribuyeron en gran medida a los respectivos éxitos, se paró el proyecto hidroeléctrico, y Raúl Hernández fue liberado.

Para concluir, Rosales Sierra celebró la posible visita de actores de la sociedad civil internacional a México para conocer y documentar la situación local.

En su ponencia, **José Raúl Vera**, el obispo de Saltillo, abogó por una fundamental reforma a la Constitución desde “abajo”. Primero dijo que, para lograr un objetivo, había que aplicar las medidas que uno tenía al alcance, para empezar poco a poco a lograr el objetivo a largo plazo, sin dejar de creer que sí se podía lograrlo. Según Raúl Vera, Jesús nunca había hecho uso de la violencia para lograr sus objetivos. Aunque finalmente se había convertido en víctima de la violencia que él mismo la descartaba. Vera subrayó que el camino de la violencia no era un camino para andar. Había que luchar de una manera civil.

Además, Vera informó sobre la nueva ley a favor de la minería que limita los derechos de la población rural e indígena a disponer de su propio territorio. Este tema se estaba tratando, entre otros, en el “Tribunal Permanente de los Pueblos”, en el que se evidencia y condena la pérfida política neoliberal de los últimos años y sus efectos restrictivos a los derechos de la población.⁶ Para Vera es muy importante que este Tribunal dialogue con las y los afectados, de una manera muy parecida a la de los años 1990 cuando se negociaban los Acuerdos de San Andrés. En ese entonces, dijo Vera, se había logrado establecer el diálogo entre el gobierno y l@s insurgentes en Chiapas.

Según Vera, este modelo del diálogo también se podría aplicar a largo plazo para revisar la Constitución, con el objetivo de fomentar una transformación positiva y alternativa de la Constitución desde “abajo”. Un proceso de este tipo tenía que caracterizarse por un alto nivel de participación. Era importante realizar consultas en los pueblos y en los barrios para facilitar que la misma población pudiera participar desde sus comunidades. Había que escuchar su voz. En la construcción de la sociedad, las personas debían de esta manera convertirse en sujetos, sobre todo las y los pobres y l@s afectad@s por la violencia. Y apenas después de estas consultas, comenzaban a jugar un papel igual de importante las y los académicos en las universidades para darles una forma concreta de ley a las perspectivas y las propuestas de la población. Estas leyes también tenían que diseñarse para garantizar a las personas su existencia como sujetos.

Vera subrayó que el movimiento zapatista en Chiapas ya había logrado convertirse en un sujeto de este estilo en la práctica, más allá de la ley indígena aprobada bajo la presidencia de Vicente Fox, que negando la riqueza de los Acuerdos de San Andrés, se diseñó de “arriba” hacia “abajo” esta ley que deja a los pueblos indígenas en una posición legal de objetos y no de sujetos de derecho.

La nueva Constitución por construir tenía que incluir, entre otros, todos los convenios internacionales que México había firmado y aprobado con respecto a los Derechos Humanos, para que estos realmente entraran en vigor. Además, había que examinar y revisar el artículo 39, según el cual la soberanía de la nación reside en el pueblo.

Para el obispo Vera, el proceso de transformación de la Constitución desde “abajo”, no era nada menos que una revolución pacífica. La historia mostraba muchos ejemplos cuando semejantes cambios políticos sí habían sido exitosos.

⁶ En octubre de 2011 se instaló el Tribunal Permanente de los Pueblos (TPP) con el fin de esclarecer las violaciones de derechos humanos en México. Durará hasta finales de 2013/comienzos de 2014. Cf. <http://www.tppmexico.org>.

8. Anexos:

L@s ponentes y sus organizaciones:

David Bermúdez Jiménez

Realizó estudios de Derecho en la Universidad Nacional Autónoma de México, estudios de Educación en la Escuela Normal Superior de México y estudios especializados en acompañamiento psicosocial a víctimas de violencia y catástrofes en la Universidad Complutense de Madrid.

Tiene 15 años de experiencia en procesos de acompañamiento y formación para la paz y los derechos humanos de comunidades, organizaciones civiles, sociales y eclesiales a través de diversas organizaciones civiles en México.

Actualmente es director de Servicios y Asesoría para la Paz, A.C. (SERAPAZ), organización en la que labora desde el año 2005, desarrollando la Escuela de Paz nacional „Itatic Samuel“. Ha participado en varios procesos de resolución de conflicto en los que interviene SERAPAZ. En los últimos años, se ha dedicado a generar procesos formativos y de acompañamiento psicosocial para víctimas de la violencia y familiares de desaparecidos en México.

SERAPAZ

Es un organismo civil mexicano, independiente y sin ánimo de lucro, fundado e inspirado por Don Samuel Ruíz García; dedicado al servicio a la paz, la justicia y la dignidad a través del fortalecimiento de actores sociales mediante la promoción y articulación de procesos e iniciativas civiles; análisis, diseño estratégico, formación y capacitación; investigación y producción editorial; intervención en procesos de transformación de conflictos sociales.

Es un actor que apoya y acompaña los procesos de paz, en particular para los pobres y especialmente los pueblos indígenas. Comprende los conflictos como expresiones de las estructuras sociales que generan desigualdad, empobrecimiento e injusticia. Busca la transformación de estas estructuras a través de la solución de conflictos por cauces políticos y no violentos.

SERAPAZ también desarrolla su aporte desde la intervención en conflictos a través de diversos servicios, tales como el análisis, la formación, el diseño de estrategias, la construcción de consensos, la facilitación del diálogo y la mediación. Además de contribuir a las condiciones particulares de solución de cada conflicto, SERAPAZ considera necesario incidir en las condiciones generales de lucha y de transformación social, por lo que promueve una cultura de

paz basada en la búsqueda de la justicia y el respeto a los derechos humanos, así como en el impulso de tendencias y actitudes favorables al diálogo y la transformación positiva de los conflictos.

Los siguientes son sus grupos poblacionales objetivo, sobre todo cuando estos están inmersos en conflictos derivados de las luchas por sus propuestas, demandas o derechos, y/o expuestos a la represión y violados sus derechos humanos, y/o que son excluidos y luchan de diversas formas por la justicia y la construcción de alternativas:

- » pueblos, comunidades y organizaciones indígenas en procesos de autonomía
- » comunidades y organizaciones sociales defendiendo sus territorios y recursos
- » frentes, organismos, redes civiles y sociales en conflictos estratégicos
- » movimientos sociales
- » movimientos emergentes
- » comunidades y organizaciones indígenas
- » las mujeres que participan en esos movimientos o procesos
- » víctimas vinculadas a procesos de dignidad, justicia y cambio.

Dr. Sven Berger

Directivo de la Unidad “Delincuencia Grave y Organizada” del Ministerio Federal del Interior de Alemania.

Rodolfo Casillas Ramírez

Profesor e investigador de la Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (FLACSO), sede académica de México, desde enero de 1991. Ha sido Consultor de distintas agencias internacionales; entre ellas, la Organización Internacional para las Migraciones para la realización de los diagnósticos sobre la trata de personas en las ciudades de Tapachula, Chiapas, y México, D. F., para el estudio sobre el tráfico de migrantes centroamericanos en México y el crimen organizado.

Es miembro de la Comisión Intersecretarial para Prevenir, Combatir y Sancionar los Delitos en Materia de Trata de Personas, así como miembro del Consejo Consultivo del Instituto Nacional de Migración. Es autor de dos libros sobre la trata de personas en México y coordinador de otros dos:

1) La trata de mujeres, adolescentes, niñas y niños en México. Un estudio exploratorio en Tapachula, Chiapas. México, editado por la Comisión Interamericana de Mujeres, Organización de Estados Americanos, Organización Internacional para las Migraciones, Instituto Nacional de las Mujeres y el Instituto Nacional de Migración, 2006, 267 págs;

2) Me acuerdo bien... Testimonios y percepciones de trata de niñas y mujeres en México, editado por la Comisión de los Derechos Humanos del Distrito Federal, la Organización Internacional para las Migraciones y la Asamblea Legislativa del DF, 2007.

La Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (Flacso), México,

se estableció en 1975 mediante un acuerdo entre el gobierno mexicano y el sistema latinoamericano denominado Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (Flacso), e inició sus actividades académicas en 1976. La Facultad en México es una de las sedes académicas de dicho sistema, el cual está integrado por 13 unidades asentadas en distintos países de Latinoamérica. La Asamblea General es el máximo Órgano de Gobierno de la Flacso y está compuesta por representantes de todos los Estados miembros del Acuerdo General de la Flacso. Sus reuniones ordinarias se realizan cada dos años en distintos países de la región. Asimismo, Flacso México participa en el Consejo Superior y en el Comité Directivo. Las actividades principales de la Flacso México son docencia (posgrados en Ciencias Sociales), investigación y difusión académica.

Carlos Fazio

Carlos Fazio, nacido en Montevideo (1948), nacionalizado mexicano en 1982, es periodista investigador y académico universitario. Es profesor investigador del posgrado en Derechos Humanos de la Universidad Autónoma de la Ciudad de México (UACM). Se desempeña como docente de la Facultad de Ciencias Políticas y Sociales de la Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM).

Es colaborador habitual del diario mexicano “La Jornada” y corresponsal del semanario “Brecha”, de Montevideo, Uruguay. Ha sido consultor de la UNESCO y la UNICEF, y director de la Agencia Latinoamericana de Servicios Especiales de Información (ALASEI).

Forma parte de la Comisión Ética de la Verdad para el caso de Colombia. En octubre de 2012 integró la Comisión Internacional de Esclarecimiento de graves violaciones de los derechos humanos en la Comuna 13 de Medellín, Colombia.

En México, fue integrante de la Comisión Civil de Interlocución entre el gobierno del Estado de Guerrero y los estudi-

antes de la “Normal Rural Isidro Burgos”, de Ayotzinapa (Guerrero), a raíz del asesinato de dos estudiantes en la Autopista del Sol en diciembre de 2011.

Es miembro del Capítulo México de la Red de Intelectuales en Defensa de la Humanidad.

Fue ponente en el Foro Social Mundial de Génova (2001) y de México (2008 y 2010).

Jürgen Grässlin

Es portavoz de la campaña “Acción Grito de Protesta – A Detener el Comercio de Armas”, portavoz nacional de la Sociedad Alemana de Paz – Opositores Unid@s al Servicio Militar (DFG-VK) y presidente de la Oficina de Información de Armamento (RIB e.V.). Grässlin ha sido galardonado con el „Premio de la Paz de la ciudad de Aachen” en 2011. Escribió una serie de libros críticos sobre políticas de la defensa, militares y económicas. En mayo del 2013 se publicará el „Libro Negro del Comercio de Armas. Como Alemania se beneficia de la guerra.“

Ska Keller

Es miembro del Parlamento Europeo desde el año 2009, miembro de la Comisión Parlamentaria de Comercio, de la Comisión Parlamentaria Mixta UE-Turquía y de la Delegación de México. Es además suplente en la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos Interiores, así como en la Asamblea Parlamentaria Euro-Mediterránea. Anteriormente trabajó como coordinadora de campañas, recaudadora de fondos y portavoz en la Federación Europea de Jóvenes Verdes (2005-2007), así como representante en el Comité Ejecutivo del Partido Verde Europeo (2005-2007). Fue directora de la Asociación del Distrito Spree-Neisse (2002-2009) para el B90/Los Verdes; miembro del comité ejecutivo estatal de Brandeburgo (2005-2009), vicepresidenta y portavoz de la política de la mujer (2007-2009). Hasta el año 2009 fue miembro de la Junta Directiva Nacional y de la Representación Internacional del Foro de Expertos Europa y miembro del tribunal jurídico para los Jóvenes Verdes. De 1999 a 2002 perteneció a la Asociación Internacional de Jóvenes Guben/Gubin e.V.

Luz Kerkeling

Es sociólogo y trabaja como consultor educativo, periodista y director de cine. Realiza a la vez trabajos adicionales para financiar su sustento básico. Actualmente vive en Münster y ocasionalmente en Chiapas. Fue co-fundador del grupo B.A.S.T.A. (1995) y de la asociación “Zwischenzeit e.V.” (2002) en Münster y es promotor de la red pro-zapatista “Ya Basta”.

En 2008 y 2009 trabajó en CIEPAC A.C. en Chiapas y realizó, junto con sus colegas y otr@s activistas, proyectos en las comunidades opositoras sobre el „desarrollo“ neoliberal y la resistencia emancipadora de las mismas.

En 2013 presentará un nuevo libro titulado „El sur de México: la degradación del medio ambiente y la marginación de la resistencia indígena“. Junto con Dorit Siemers trabaja actualmente en el desarrollo de un nuevo documental, „Si el país se convierte en una mercancía“, sobre la destrucción de formas de vida indígenas en Chiapas.

Rupert Knox

Es el encargado de investigación de Amnistía Internacional para México. Desde hace 10 años realiza investigaciones sobre violaciones de derechos humanos en diferentes regiones de México y es el responsable por una variedad de informes publicados por la organización. Lleva más de 15 años trabajando en el Programa de las Américas del Secretariado Internacional de Amnistía Internacional y cuenta con diversas experiencias en los países de la región, incluso Colombia, Paraguay y Brasil.

Amnistía Internacional

Es una organización independiente de derechos humanos con más tres millones de afiliados en todo el mundo. La organización promueve el respeto y cumplimiento de las normas internacionales y regionales de derechos humanos. Desde hace más de 40 años, Amnistía Internacional ha documentado las violaciones de derechos humanos en México y ha realizado campañas internacionales basadas en la información para resaltar la situación de derechos humanos, tanto dentro de México como a nivel internacional.

José Rosario Marroquín Farrera

Realizó estudios de Filosofía, Ciencias Sociales y Ciencias Religiosas. Es miembro del Centro de Reflexión Teológica con sede en la Ciudad de México y colaborador en el Servicio Jesuita de Jóvenes Voluntarios. Fue integrante del área de comunicación y análisis del Centro ProDH de 2007 a 2011, y es director de la misma organización desde mayo de 2011.

Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín Pro Juárez, A.C. (Centro ProDH)

El Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín Pro Juárez es una organización no gubernamental de defensa y promoción de los derechos humanos, fundada en 1988. Tiene su sede en la Ciudad de México y se coordina con organizaciones de todas las regiones del país para colaborar en la defensa de casos ante instancias locales, nacionales e inter-

nacionales. El Centro ProDH quiere contribuir a generar cambios estructurales que permitan a la sociedad el ejercicio equitativo de todos los derechos humanos. Enmarca su labor en la opción por las personas y colectivos en situación de vulnerabilidad, en especial los pueblos indígenas, mujeres, migrantes y víctimas de represión social. En septiembre de 2001 recibió el estatus de órgano consultivo ante el Consejo Económico y Social de las Naciones Unidas. Desde 2004 es reconocido como organización acreditada ante la Organización de Estados Americanos.

Guadalupe de la Mora Covarruvias

Actriz y gestora cultural con cerca de 30 años de experiencia. Cuenta con una maestría en Cultura e Investigación Literaria y un posgrado virtual en Políticas Culturales y Gestión Cultural. Ha publicado tres obras dramáticas: Almas de Arena, Amor impune y El jardín de las granadas, y participando como coautora en publicaciones sobre la cultura en la ciudad. Actualmente se desempeña en la gestión de proyectos culturales en la Universidad Autónoma de Ciudad Juárez. Es integrante desde el 2002 del proyecto cultural Telón de Arena, y como actriz fue becaria del Fondo Nacional para la Cultura y las Artes, en la categoría de creadores escénicos.

Perla de la Rosa

Es directora y actriz de teatro y cine con más de 30 años de experiencia, directora artística de Telón de Arena, A.C., y miembro del Sistema Nacional de Creadores del Fondo Nacional para la Cultura y las Artes. Estudió una licenciatura en Literatura Dramática y Teatro en la Universidad Nacional Autónoma de México y realizó una maestría en Cultura e Investigación Literaria. Actualmente imparte la asignatura de Teatro Mexicano en la Universidad Autónoma de Ciudad Juárez.

Cuenta con numerosos premios y distinciones, entre ellos: el premio Aurora Reyes como chihuahuense destacada en las artes escénicas, otorgado por el Congreso del Estado, y el premio Ariel a la mejor actriz de cuadro por la Academia Mexicana de Artes y Ciencias Cinematográficas. Entre sus obras publicadas están: Antígona, las voces que incendian el desierto; y El enemigo, así como las adaptaciones dramáticas de: Bernarda Alba, la potestad del cuerpo; Una pareja abierta muy abierta, Divorciarse sin morir en el intento, Comala y Más vale sola que mal acompañada. Ha participado en giras internacionales por Alemania, España, Portugal, Ecuador, Brasil y Colombia.

Telón de Arena, Asociación Civil

Es una compañía profesional de artes escénicas, dedicada a la producción y promoción de espectáculos escénicos, con sede en Ciudad Juárez, Chihuahua, México. Su trabajo está

orientado a ofrecer espectáculos escénicos que signifiquen para sus públicos un espacio de reflexión y convivencia. Además de ofrecer temporadas de teatro, realiza talleres e intercambios en el marco del Laboratorio Escénico Teatro de Fronteras, y desarrolla el proyecto Teatro en tu escuela, orientado a la formación de públicos jóvenes para el teatro. Telón de Arena se ha caracterizado por realizar montajes que abordan desde distintas perspectivas la problemática de violencia que se vive en el país, así como temáticas entorno a las relaciones de poder, la migración, la pobreza, injusticia y desigualdad; a partir incluso de una dramaturgia propia. Mantiene un proyecto con una clara orientación social en donde ha asumido el compromiso de acercar el teatro a poblaciones sin acceso a la cultura. Como compañía ha realizado cinco giras internacionales a Europa y Sudamérica, visitando las ciudades de Múnich, Bochum, Aachen, Hamburgo, Colonia y Berlín, en Alemania; Granada, en España, así como Quito, Guayaquil y Manta, en Ecuador, y Cali, en Colombia; y ha realizado dos coproducciones con el Teatro Ibérico de Lisboa, Portugal, y con el Teatro del Valle Independiente de Cali, Colombia. www.telonderarena.org

Ana Lilia Pérez

Es periodista y escritora. Tiene una maestría en Periodismo y diplomados en Historia, Ciencia Política y Periodismo Financiero. Sus artículos y reportajes se han publicado en numerosas publicaciones mexicanas y medios internacionales de comunicación. Es comentarista de radio y de televisión para cadenas internacionales. Por su trabajo periodístico ha obtenido galardones del Fondo de las Naciones Unidas para la Infancia (Unicef), del Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (PNUD) y de la agencia Inter Press Service (IPS), de la Federación de Asociaciones de Periodistas Mexicanos (Fapermex) y la Federación Latinoamericana de Periodistas (Felap). En tres ocasiones ha obtenido el premio de periodismo que otorgan las organizaciones de prensa mexicana. En octubre recibió el Premio de Medios de la ciudad de Leipzig, Alemania. Es autora de los libros Sonda de Campeche – Paradigma de explotación laboral (ITF, 2009), Camisas Azules, manos negras – El saqueo de Pemex desde Los Pinos (Grijalbo, Random House Mondadori), y El Cártel Negro – Cómo el crimen organizado se ha apoderado de Pemex (Random House Mondadori). Es coautora del libro Morir en la Miseria (Océano).

Anieszka Raczynska

Actualmente es Secretaria Ejecutiva de la RedTDT, organización en la que ha trabajado durante los últimos cinco años. Ha sido defensora de derechos humanos desde hace quince años, desempeñándose en diferentes cargos a nivel nacional e internacional como integrante de la sección mexicana de Amnistía Internacional, así como en el Centro de Derechos Humanos Fray Francisco de Vitoria.

Red Nacional de Organismos Civiles de Derechos Humanos „Todos los Derechos para Todas y Todos“ (RedTDT)

La RedTDT es un espacio de encuentro y colaboración de organismos de derechos humanos en el que se elaboran estrategias conjuntas para hacer más efectiva la defensa y promoción de los derechos humanos para todas las personas. Actualmente está conformada por 73 grupos de 21 Estados de la República mexicana. Los grupos que integran la Red comparten información y sus diagnósticos sobre la situación local de derechos humanos, diseñan estrategias conjuntas y realizan acciones concretas para visibilizar las violaciones a los derechos humanos. La RedTDT lleva a cabo actividades de monitoreo y documentación de violaciones a los derechos humanos, que permiten elaborar documentos a nivel nacional e internacional y posibilitan el trabajo de lobby. Las organizaciones que conforman la RedTDT son organismos plurales, no partidistas y no gubernamentales.

Vidulfo Rosales Sierra

Es actualmente coordinador del área jurídica del Centro de Derechos Humanos de la Montaña “Tlachinollan”, donde colabora desde hace más diez años. Es abogado defensor de derechos humanos y Licenciado en Derecho por la Universidad Autónoma de Guerrero.

Centro de Derechos Humanos de la Montaña “Tlachinollan”

El Centro de Derechos Humanos de la Montaña „Tlachinollan“ es una organización no gubernamental de derechos humanos con sede central en Tlapa de Comonfort, Guerrero, en el sureste de México. Tlachinollan trabaja en la región Montaña - Costa Chica del Estado de Guerrero desde hace 18 años, acompañando los pueblos indígenas Nauas, Na Savi (Mixtecos), Me' phaa (Tlapanecos), Nancuee (Amuzgos), y mestizos, en su lucha por la justicia y el pleno respeto a sus derechos humanos.

Fray Raúl Vera López

Es originario de Acámbaro del Estado de Guanajuato, México. Graduó como Ingeniero Químico en la UNAM en 1968. En noviembre de ese mismo año, ingresó a la Orden de Predicadores (Frailes Dominicos) de la Provincia de México. Fue ordenado sacerdote por el Papa Paulo VI, el 29 de junio de 1975.

En 1988 fue ordenado Obispo de la Diócesis Altamirano, Estado de Guerrero, donde impulsó un trabajo desde la iglesia a favor de los pobres de esas tierras. En agosto de 1995 fue nombrado Obispo Coadjutor de San Cristóbal de Las Casas, Chiapas. Junto con Monseñor Samuel Ruiz apoyó el proceso de paz y reconciliación entre los pueblos indígenas de Chiapas y el gobierno federal después del levantamiento zapatista.

Fue nombrado Obispo de Saltillo, Coahuila, por el Papa Juan Pablo II en 1999. Desde entonces, ha trabajado por la implantación de un plan orgánico de pastoral, que promueva una evangelización integral de hombres y mujeres que integran la Diócesis. Fundó el Centro Diocesano para los Derechos Humanos “Fray Juan de Larios”, en Saltillo, desde donde acompaña a familias con personas desaparecidas en Coahuila y México. Acompaña a l@s mineros del carbón en la defensa de sus derechos laborales, especialmente en el aspecto de las condiciones de seguridad necesarias para la realización de su trabajo. Siendo Coahuila un territorio de paso de migrantes, especialmente de centroamerican@s y sudamerican@s, ha promovido el trabajo de “Belén, Posada del Migrante”, desde donde se impulsan estrategias nacionales para la defensa de los derechos humanos de l@s migrantes.

Es presidente del Centro Diocesano para los Derechos Humanos “Fray Juan de Larios”, en Coahuila, del Centro de Derechos Humanos Fray Bartolomé de Las Casas, en Chiapas, y del Centro Nacional de Ayuda a las Misiones Indígenas (CENAMI).

En el área de las organizaciones no gubernamentales, es Presidente Honorario de la “Red Solidaria Década Contra la Impunidad”. Es además miembro de tres tribunales de la sociedad civil, los dos primeros creados en México: el Tribunal Internacional de Conciencia de los Pueblos en Movimiento, el Tribunal Internacional de Libertad Sindical y el Tribunal Permanente de los Pueblos.

En noviembre del 2010 fue galardonado con el Premio Rafto, entregado en Noruega, y recientemente quedó entre los finalistas nominados al Premio Nobel de la Paz.

Programma de la Conferencia

➤ Viernes, 30 de noviembre de 2012

17.30 Inscripción y registro de los participantes en el evento

19.00 Saludo de bienvenida e inicio del evento
Ingrid Spiller, Representante de la Fundación Heinrich Böll
Carola Hausotter, Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México, Stuttgart

19.15 Keynote
¿Posibilidades del Estado de derecho contra la violencia? Desafíos para el nuevo Gobierno, la sociedad civil y los actores internacionales después de 6 años de «guerra contra el narcotráfico»
Monseñor Raúl Vera, Obispo de la Iglesia católica, México
 Moderación: **Wolf-Dieter Vogel**, Periodista y Publicista, Berlín

20.00 Discusión
¿Alternativas al Acuerdo de Seguridad entre Alemania y México? – Compromiso europeo e internacional de apoyar a la sociedad civil mexicana y al Estado mexicano.
Carlos Fazio, Periodista, Profesor UCAM/UNAM, México
David Bermúdez Jiménez, Serapaz, Servicios y Asesoría para la paz, México D.F., **Ska Keller**, Miembro del Parlamento Europeo, Los Verdes, Bruselas/Berlín, **Sven Berger**, Jefe de la Unidad «Crimen organizado», Ministerio del Interior de Alemania, Berlín
 Moderación: **Ingrid Spiller**, Representante de la Fundación Heinrich Böll, Berlín

22.00 Fin del evento

➤ Sábado, 1 de Diciembre de 2012

9.00 Inscripción

9.30 Keynote
La toma económica de los cárteles sobre los recursos: dimensiones y salidas
Ana Lilia Pérez, Periodista, México/Alemania
 Moderación: **Harald Ihmig**, Prof. Universidad Protestante Hamburgo

11.00 Pausa

11.30 Discusión
Respuestas y límites al trabajo de Derechos Humanos en México ante la escalada de la violencia y diversos «actores de la violencia»
Vidulfo Rosales Sierra, Centro de Derechos Humanos, Tlachinollan, Guerrero, **José Rosario Marroquín**, Centro ProDH, México D.F., **Agnieszka Raczynska**, Red Nacional de Organismos Civiles «Todos los Derechos para Todas y Todos»
 Moderación: **Michael Windfuhr**, Instituto Alemán de Derechos Humanos (DIMR), Berlín

13.00 Almuerzo

14.30 Lesung I

«El Enemigo»

Guadalupe de la Mora y Perla de la Rosa, Ciudad Juárez

Lesung II

«Palabras, Silencios y la Digna Rabia»

Kollektiv tonali/Iniciativa México/Colonia

15.30 Foros paralelos

F1 Impactos de la militarización

Agnieszka Raczynska, Red Nacional de Organismos Civiles «Todos los Derechos para Todas y Todos»
Perla de la Rosa, Actriz, Ciudad Juárez,
Luz Kerkeling, Sociologo, Periodista y Cineasta, Münster,
Laura Baas, Sipaz
 Moderación: **Carolin Kollwe**, Promovio y **Cornelia Giebeler**, Universidad Bielefeld

F2 Instrumentalización de la «guerra contra el narcotráfico».

Respuestas a la escalada de violencia y a la diversificación de sus métodos como desapariciones, asesinatos, desalojamientos – con **Carlos Fazio**, Periodista, Profesor UCAM/UNAM, **David Bermúdez Jiménez**, Serapaz (Servicios y Asesoría para la paz), México D.F., **Rodolfo Casillas Ramírez**, Flacso, México D.F.
 Moderación: **Christiane Schulz**, Consultora para Derechos Humanos, Stuttgart

F3 ¿Fortalecimiento del poder judicial como alternativa?

Restricción del fuero militar y otros medios para luchar contra la impunidad
José Rosario Marroquín, Centro ProDH, México D.F., **Vidulfo Rosales Sierra**, Centro de Derechos Humanos, Tlachinollan, Guerrero, **Rupert Knox**, Amnesty International, London
 Moderación: **Carola Hausotter**, Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México, Stuttgart, **Katja Barth**, Carea, Freiburg

F4 Exportación de armas y el acuerdo de seguridad

¿Policías alemanes en México? El rol de la policía en México
Jürgen Grässlin, Autor y Portavoz de la campaña «Parar el comercio con armas» (Aktion Aufschrei), Friburg
Monseñor Raúl Vera, Obispo de la Iglesia católica, México
 Moderación: **Peter Clausing**, Publicista, Berlín

16.30 Pausa durante los foros

18.30 Fin

21.30 Concierto (Lugar del concierto se dará a conocer)

➤ Domingo, 2 de diciembre de 2012

10.00 Fish-Bowl

Conclusiones de los cuatro foros ¿Qué respuestas puede dar la sociedad civil a los graves defectos constitucionales?
 Moderación: **Carola Hausotter**, Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México, Stuttgart

12.00 Pleno Final

«Mafiocracia» y Estado de derecho

Posibles respuestas del Gobierno de México con perspectiva a la seguridad y a los derechos humanos.

Monseñor Raúl Vera, Obispo de la Iglesia Católica, México

Ana Lilia Pérez, Periodista, México/Alemania, Vidulfo

Rosales Sierra, Centro de Derechos Humanos, Tlachinollan, Guerrero

Moderación: Eckhard Finsterer, Misereor, México

13.30 Despedida

Ingrid Spiller, Fundación Heinrich Böll, Berlín

Carola Hausotter, Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México, Stuttgart



La Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México

La Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México es una red de apoyo que opera en Alemania con iniciativas referentes a la situación de los Derechos Humanos en México. Nuestro objetivo común es el apoyo a organizaciones mexicanas de Derechos Humanos en su lucha contra las violaciones de estos derechos y la impunidad, por mejor democracia y equidad.

La Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México se fundó como una asociación de organizaciones de relaciones públicas en Alemania que informan sobre la situación de los Derechos Humanos en México y se dedican al trabajo de cabildeo en Europa en consideración a los intereses de las organizaciones mexicanas colaboradoras.

Con esto queremos contribuir a que el Estado mexicano garantice y cumpla los compromisos en base a la ratificación del Acuerdo Internacional de Derechos Humanos que contrajo. El punto de origen de nuestro trabajo es la situación en México, que esta caracterizada todavía por graves violaciones a los Derechos Humanos.

A esto pertenecen tanto las violaciones a los derechos civiles como también a los derechos económicos y culturales, tales como la falta de acceso a la salud y la educación, así como la marginación de una gran parte de la población mexicana, especialmente los pueblos indígenas que sufren la discriminación y el menosprecio de sus derechos. Los movimientos indígenas y las protestas sociales resultantes de esta situación son a menudo oprimidos violentamente por organismos estatales.

Pero esto, viene siempre acompañado de torturas, detenciones arbitrarias, desalojos y desapariciones, hasta asesinatos, sin que los responsables de estas acciones sean llamados ante la justicia. Periodistas y defensores de Derechos Humanos que asisten estos casos son con frecuencia amenazados y agredidos violentamente. También crímenes masivos cometidos brutalmente contra mujeres en Ciudad Juárez, que desde 1993 hasta la fecha siguen ocurriendo, o la masacre de Acteal, Chiapas, acontecida en 1997 contra los miembros del pueblo indígena, hasta ahora no han sido esclarecidos ni investigados de forma adecuada. Por ende, la impunidad representa uno de los problemas más graves en cuanto a la violación de los Derechos Humanos en México se refiere.

En este contexto se apoya la [Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en México](#) para abogar para:

- » que los Derechos Humanos, Económicos, Sociales y Civiles así como los Derechos Indígenas sean respetados en México.
- » que las víctimas de violaciones de Derechos Humanos sean tratadas con justicia y equidad.
- » poner freno a la impunidad de los violadores de Derechos Humanos.
- » mejorar y garantizar la seguridad y las condiciones de trabajo de los defensores mexicanos de los Derechos Humanos.

zu bestellen unter: www.mexiko-koordination.de

Deutsche
Menschenrechtskoordination
Mexiko



Coordinación alemana
por los derechos humanos en
México
